

Neue Realitäten ost- und ostmitteleuropäischer Frauen

von Ursula Frübis, Berlin

Während in Deutschland um Form und Inhalt einer Frauenuniversität¹ und um den „Elitebegriff“ aus feministischer Sicht gestritten wird, sind die Frauen Ost- und Ostmitteleuropas auf ganz andere Art gezwungen, sich neu in ihren Gesellschaften zu positionieren.

Mit dem vorliegenden Heft wird ein Überblick über die derzeitigen Entwicklungen in der ost- und ostmitteleuropäischen Frauenforschung gegeben. Dieser Überblick erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll vielmehr Anregung sein für ein weiteres systematisches und konsequentes Arbeiten an den Leerstellen feministischer Theorie, denn nach wie vor werden frauenpolitische Themenstellungen allzu leicht als Marginalien abgetan.

Mit dieser Ausgabe des BOI soll neben dem Informationswert auch zu einer Vernetzung zwischen den Wissenschaftlerinnen, die auf diesem Gebiet arbeiten, beigetragen werden. Die abgedruckten Kommunikationsdaten sind dabei sicherlich hilfreich.

In den kommenden Jahren steht die internationale Frauenforschung vor einer neuen Herausforderung. Denn besonders für Ost- und Ostmitteleuropa gilt, die sich kreuzenden zwei Prozesse, die der Globalisierung auf der einen und der Transformation der postkommunistischen Staaten auf der anderen Seite, forschend zu begleiten und zu analysieren. Dieses Spannungsfeld wird in den hier vorliegenden Aufsätzen zwar nicht explizit thematisiert, bildet aber den aktuellen politischen Hintergrund. Die Autorinnen reflektieren über die möglichen politischen Handlungsstrategien, die solch einer komplexen Situation gerecht werden könnten.

So berichtet im Forum Carin von Gumpfenberg, wie in dem Prozeß der Umstrukturierung und Neuorientierung die Frauen Kazachstans mit einer „Reinstallation patriarchaler Werte“ konfrontiert werden. Brigitta Godel thematisiert die Verflechtung der neuen Frauenorganisationen Rußlands mit den ehemaligen Frauenräten in der Sowjetunion. Für Gesine Fuchs wiederum bietet die internationale Vernetzung der neuen polnischen Frauenorganisationen einen Ausweg aus einem innerpolnisch sehr mühsamen Kampf um selbstbestimmte Partizipation. Gestützt auf ihre achtjährige Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern kann Marina Beyer im Rahmen ihres Berliner Projektes OWEN (Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk e.V.) ein Resümee über die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf das Leben von Frauen geben. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß es eines Dialogs zwischen den mittelosteuropäischen Aktivistinnen und den Vertreterinnen des Westens und des Südens bedarf, um den für die Frauen negativen Folgen der System-

transformationen die Stirn zu bieten. Ingrid Miethelie liefert eine differenzierte Darstellung der Wechselwirkung zwischen der nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR im Kontext Osteuropas und den westeuropäischen Bewegungen. Judit Hell argumentiert für eine patriarchatskritische Sicht auf Minderheitengruppen in der multikulturellen Gesellschaft Ungarns.

Der Beitrag Aglaja Toporovas ist das Ergebnis einer Einladung zum Abschlußtreffen der russischen StipendiatInnen der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin an die Frauenbeauftragte im Januar dieses Jahres. Daß mit dem Gender-Ansatz auch in der russischen Geschlechterforschung gearbeitet wird, zeigt ihr Beitrag „Scheinehen in Rußland“.

Abgerundet wird das Forum durch den Aufsatz von Annett Jubara, in dem sie die „by the way“ vorgenommene Konstruktion „Frau“ der russischen Philosophen analysiert.

In den Tagungs-, Projekt- und Seminarberichten von Eva Maria Hinterhuber und Regina Indsheva wird die sich verstärkende Verschränkung von internationaler und osteuropäischer Frauenpolitik deutlich. Nach dem starken Akzent auf frauenpolitischen Darstellungen wird der Schwerpunkt dieser Ausgabe mit kulturgeschichtlich orientierten Beiträgen über russische Schriftstellerinnen (Christina Parnell), den „Frauen in Schwarz“ in Belgrad (Claudia Lichnofsky), der Projektdarstellung „Frauengedächtnis“ der Prager Gender Studies Stiftung und dem Bericht über die Vorträge zum 900. Geburtstag der Hildegard von Bingen (Aloys Henning) beendet.

Ich möchte mich für die hervorragende organisatorische und menschliche Unterstützung von Elisabeth Krainski bedanken. Dank schulde ich auch den KorrekturleserInnen Milena Büchs, Arne Friedemann, Mareike Hybsier und Annett Jubara.

Ursula Frübis ist Frauenbeauftragte am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

¹ Die Internationale Frauenuniversität (IFU) findet im Rahmen der Expo 2000 in Hannover vom 15. Juli bis zum 15. September 2000 statt. Die Curricula der einzelnen Projektbereiche stehen bereits fest, so wird im Bereich Arbeit zum Thema „Frauenarbeit im Spannungsfeld zwischen Integration und Desintegration. West-, Mittel- und Osteuropa im Vergleich“ gearbeitet werden. Informationen unter: <http://www.Int-Frauenuni.de>.

Internationale Frauenpolitik der mittelosteuropäischen Frauenorganisationen

Chancen und Schwierigkeiten, auf nationaler und internationaler Ebene Einfluß zu gewinnen

von Marina Beyer, Berlin

Mit diesem Artikel sollen und können keine allgemeingültigen Antworten auf die Frage nach Chancen und Schwierigkeiten politischer Wirksamkeit von ostmitteleuropäischen Frauenorganisationen gegeben werden. Regionale und nationale Besonderheiten in Geschichte und Kultur wie auch die spezifische Entwicklung in den verschiedenen MOE-Staaten seit Ende der 80er Jahre erlauben kaum pauschale Aussagen. Die heutigen Aktivistinnen der sich mühsam herausbildenden Frauenbewegungen in den postkommunistischen Transformationsstaaten sind nicht nur potentielle Trägerinnen neuer gesellschaftlicher Werte, Normen, Ideen, Organisations- und Aktionsformen, sondern auch Erbinnen der zusammengebrochenen staatssozialistischen Systeme. Daher sollen hier mit Rückblick auf die Zeit des Staatssozialismus und **gestützt** auf die nunmehr achtjährige Zusammenarbeit von OWEN „vor Ort“ mit Frauen und Frauenorganisationen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern (v.a. Rußland, Ukraine, Bulgarien) lediglich einige Denkanstöße zur Diskussion gegeben werden.

Die Frau im Sozialismus

Frauenpolitik im etablierten Sozialismus war ausschließlich paternalistisch-patriarchale Staatspolitik. Primär geleitet von makroökonomischen und bevölkerungspolitischen Interessen wurden Normen, Werte, Identitäten und somit auch Lebensformen und Leitbilder für Geschlechterrollen und Beziehungen zwischen den Geschlechtern vorgegeben. Den staatlichen Frauenmassenorganisationen kam die Aufgabe zu, die „von oben“ gesetzten staatlichen Direktiven und Leitbilder nach „unten“ praktisch und ideologisch durchzusetzen. Während in den Aufbauphasen des Sozialismus noch das Leitbild der erwerbstätigen Frau politikbestimmend war, gewann in den späteren Jahren bei unverändert hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung die kulturell tradierte, reproduktive und fürsorgende Rolle als Identitätsleitbild wieder an Bedeutung. Die Veränderung traditioneller männlicher Leitbilder in der gesellschaftlichen und privaten Sphäre fand bis zum Zusammenbruch des Systems nicht statt und war auch nicht intendiert.

Ein öffentlicher Diskurs über Geschlechteridentitäten und frauenpolitisch relevante Fragestellungen konnte sich unter den Bedingungen fehlender zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen nicht herausbilden. Doch auch in der privaten Sphäre von Familie und Freundeskreis als primäre soziale Beziehungsgruppen, die gleichermaßen auch „Schutzräume“ gegenüber staatlichem Zugriff darstellten und wo systemkritische Reflexionen und Diskussionen

stattfinden konnten, wurden sozialistische Frauenleitbilder und -politik nicht in Frage gestellt. Sowohl in den öffentlichen wie in den privaten Lebensbereichen nahmen Frauen wie Männer, unabhängig vom Ausmaß ihrer Loyalität gegenüber System, Staat und Partei die ihnen zugeschriebenen Rollen weitestgehend und mehrheitlich an. Gerade im Bereich der Frauenpolitik, der das Alltagsleben sehr direkt und nachhaltig bestimmte, schien es in der Bevölkerung und selbst in Kreisen der Systemopposition kaum Bedarf zu geben, staatliche Politik zu verändern.

Beruf, Erwerbstätigkeit und Familie bildeten für die überwiegende Mehrheit der Frauen bei allen Widersprüchen und Alltagsmühen der Vereinbarkeit dieser drei Lebensfelder selbstverständliche Grundelemente der eigenen Identität.

Die starke Identifizierung mit der Mutter- und Fürsorgerinnenrolle stellte dabei keine neue Erfindung des Sozialismus dar, sondern war vielmehr eine Fortsetzung vorsozialistischer kultureller und religiöser Normensetzungen, die lediglich durch die forcierte Berufs- und Erwerbsarbeit von Frauen modifiziert wurde.

In den 80er Jahren bildeten sich in einigen Großstädten sehr vereinzelt kleine Frauengruppen heraus – zumeist von intellektuellen Frauen initiiert. Hier wurde in privaten oder halböffentlichen Frauennischen – mehr oder weniger dem Vorbild westlicher Selbsterfahrungsgruppen folgend – nach der eigenen, selbstdefinierten, individuellen Frauenidentität gesucht. Mit dem kritischen Fragen nach den eigenen Bedürfnissen, Normen, Werten, Erfahrungen war jedoch kein gezieltes Nachdenken über politisch wirksame Handlungsstrategien zur Veränderung staatlicher Normensetzungen und rechtlicher Rahmen verbunden.

Die Entwicklung nach 1989

Mit Beginn der Transformationsprozesse und der schrittweisen Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen wurde auch der äußere Rahmen für Gründung und Tätigkeit von NGOs geschaffen, um Einfluß auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Kultur (Werte, Normen) und des politischen Geschehens nehmen zu können.

Die Zahl der NGOs, auch der staatsunabhängigen Frauenorganisationen, ist seither nahezu explosiv gewachsen. Deutlich ist ein sehr breites Spektrum an Zielsetzungen, Themenbereichen und Tätigkeitsprofilen. Die Organisationen haben ihre unterschiedliche Geschichte, die eng mit Entwicklung und Situation in den einzelnen Ländern vor und nach der Wende verbunden ist. Ebenso differenziert sind die Zugangsmöglichkeiten zu materiellen und

nichtmateriellen Ressourcen. Abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen, sind alle Organisationen von programm- bzw. projektgebundenen finanziellen Unterstützungen aus dem westlichen Ausland und der EU abhängig.

Das frauenpolitische Selbstverständnis der einzelnen Aktivistinnen innerhalb der verschiedenen Organisationen ist breit gefächert. Es reicht von der Identifizierung mit einer sozialbiologisch oder kulturell und hier zum Teil religiös-mystifizierend begründeten Mutter- und Fürsorgerinnenrolle bis hin zu einem egalitären Gleichstellungsanspruch der Geschlechter als Individuen in Gesellschaft und Familie. Allerdings geht die Identitätsorientierung auf Geschlechtergleichheit nur äußerst selten auch mit einem veränderten und vor allem praktiziertem neuen Selbstverständnis im eigenen Lebensalltag, in Familie und Haushalt einher.

Frauen als rettende Mütter

Wirtschaftliche Liberalisierungsprozesse und Struktur-anpassungsprogramme haben bei völlig unzulänglichen sozialen Absicherungen für die Mehrheit der Bevölkerung zunehmend zu existentieller Bedrohung bis an und häufig bis weit unter die Armutsgrenze geführt. Die komplizierte Herausbildung von Marktwirtschaft, pluralistischer Demokratie und Zivilgesellschaft auf den Ruinen des zusammengebrochenen Staatsozialismus ist von tiefen Identitätskrisen begleitet. Dies betrifft sowohl die Neudefinition des nationalen und kulturellen Selbstverständnisses der Transformationsgesellschaften als Ganzes als auch die Neuorientierung ihrer einzelnen BürgerInnen. Insbesondere Menschen, die, bedingt durch die rapiden und radikalen sozialökonomischen Differenzierungsprozesse, an den äußeren und unteren Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, empfinden die Schattenseiten der neuen demokratischen und marktökonomischen Freiheit als tiefe Demütigung, Persönlichkeitsverlust und Entwertung ihrer bisherigen Biographie. Sie nehmen wahr, daß die Werte- und Normensetzungen der neuen Zeit ihr Leben, ihre Erfahrungen, ihre Wertvorstellungen und individuellen Potentiale nicht mehr benötigen. In dieser Situation erstaunt es nicht, daß Frauen v.a. dann, wenn sie ihre frühere relative ökonomische Unabhängigkeit mit dem Verlust ihrer Erwerbsarbeit, die wesentlich für ihre gesellschaftliche Identität war, verloren haben, dazu neigen, die „natürliche Wiedergeburt der Frau als rettende Mutter“ anzunehmen.

Trotz der verfassungsrechtlich weiterhin festgeschriebenen Gleichheitsgrundsätze ist eine deutliche Benachteiligung von Frauen auf dem extrem angespannten Arbeitsmarkt, im Einkommen und im Zugang zu den neuen ökonomischen Ressourcen (Eigentum, Kredite) und zu der sich etablierenden Privatwirtschaft zu verzeichnen. Völlig unzureichende soziale Grundversicherungssysteme sowie ein fehlendes nichtstaatliches Wohlfahrtswesen verstärken die extreme ökonomische Notsituation breiter Bevölkerungsschichten. Die Familie ist wieder zur über-

lebenswichtigen Versorgungseinheit geworden. Die Privatisierung der Armutsbekämpfung wird von einer ideologisch und politisch massiv forcierten Revitalisierung und Verstärkung traditioneller weiblicher Verantwortung für das Überleben der Familien (häufig noch Großfamilien) begleitet.

Die unübersehbare Unterrepräsentanz von Frauen auf den verschiedenen Ebenen der zumindest formal-demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsstrukturen der Legislative und Exekutive verweist auf die geringe Bedeutung, die Frauen als verantwortlichen Mitgestalterinnen der gesellschaftlichen Entwicklung beigemessen wird. Für die äußerst marginale Rolle von Frauen im politischen Geschehen und die nahezu widerstandslose Akzeptanz der zugeschriebenen sozialen Rolle als (unbezahlte und somit abhängige) Ver- und Fürsorgerinnen von Alten, Kranken, Behinderten, völlig Verarmten, Kindern – kurz gesagt von allen, für deren menschenwürdiges Leben der Staat sich nicht mehr zuständig fühlt – gibt es vielschichtige Ursachen. Diese stehen m.E. vor allem im Zusammenhang mit dem über Generationen hinweg erhalten gebliebenen und im privaten wie öffentlichen Alltagsleben weitgehend angenommenen und gelebten traditionellen Rollenverständnis von Frauen.

Wie bereits erwähnt, spiegelt sich dieser Zusammenhang nicht nur in der individuellen Lebenspraxis, sondern auch in der Orientierung und Tätigkeit der neuen unabhängigen Frauenorganisationen wider. Die überwiegende Mehrzahl der Frauenorganisationen konzentriert ihre frauenpolitischen Vorstellungen nicht auf Geschlechtergleichheit in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Seins, sondern eher auf sozial ausgerichtete Handlungsfelder. Dabei richten sich die politischen Forderungen primär auf eine Erleichterung von Lasten, die v.a. Frauen in Erfüllung der an sie gerichteten traditionellen Rollenerwartung zu tragen haben. Eine grundsätzliche Veränderung der Geschlechterrollen und damit strukturelle und rechtlich abgesicherte Umverteilung von Ressourcen und Lasten ist von nachrangiger Bedeutung.

Die durch Kultur und staatliche Politik weitgehend verinnerlichte weibliche Identität zusammen mit den im Vordergrund stehenden praktischen Überlebensnöten und der enttäuschenden Erfahrung der Gleichgültigkeit der gewählten neuen politischen Eliten gegenüber der Not der Bevölkerung bilden nach unserer Erfahrung die Haupt Hindernisse für einen öffentlichkeitswirksamen Diskurs über langfristige, strategisch-politische Interessen. Strukturelle gesellschaftliche Veränderungen in Richtung gleicher Lebens- und Entwicklungschancen und Verantwortung von Frauen und Männern in privaten, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen werden kaum angestrebt.

Als hilfreiche Unterstützung wird von der Seite der Frauenorganisationen häufig der intensive internationale Informations- und Erfahrungsaustausch, die Bildung von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen genannt. Vor

dem hier nur grob angerissenen Hintergrund scheinen Zweifel angebracht, ob es sinnvoll und hilfreich ist, politische Handlungskonzepte, die die westlichen feministischen Bewegungen in einem zweifelsohne ebenfalls patriarchalen, aber dennoch deutlich verschiedenen gesellschaftlich-kulturellen Gesamtkontext entwickelt haben, als Patentrezepte in die MOE-Länder zu exportieren. Angesichts der historischen Beispiellosigkeit der gegenwärtigen Systemtransformation und auch angesichts der Erfolge eines weltweiten neoliberalen Patriachats ist meines Erachtens eher ein praxisorientierter Dialog des gegenseitigen Lernens von mittelosteuropäischen Aktivistinnen der verschiedenen Richtungen, Vertreterinnen der westlichen Feminismuskonzeptionen und Frauenbasisbewegungen aus den Postkolonialstaaten und posttotalitären Transformationsgesellschaften des Südens angebracht. Diese Art des Dialogs braucht Zeit und braucht die Bereitschaft und Fähigkeit, andere Lebenswirklichkeiten, Kulturen und Identitäten von Frauen, die möglicherweise zunächst irritierend wirken, wahrzunehmen, zu respektieren und in ihren jeweiligen historischen Kontext zu setzen.

Die Tätigkeit des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerkes OWEN e.V. konzentriert sich seit 1994 auf den

Aufbau und die langfristige begleitende Unterstützung von lokalen Frauenselbsthilfegruppen und der von Frauen organisierten und geleiteten Gemeinweseninitiativen in Osteuropa. Zu unseren Prinzipien gehört die Nutzung von Methodologien der emanzipatorischen Bewußtseinsarbeit, die v.a. aus den Erfahrungen mit Frauen aus Basisinitiativen und -bewegungen der westlichen Industriestaaten und des Südens heraus entwickelt worden sind. Wir bemühen uns um den direkten, konkreten Austausch zwischen Gruppen, die in vergleichbaren Themenbereichen engagiert sind. Dieser Ansatz hat sich aus unserer Perspektive bewährt. Frauen, die sich an der Basis und innerhalb ihres Lebensumfeldes gemeinsam organisieren, werden darin bestärkt, sich selbstbewußt und kritisch mit ihrer Identität als Frau in Familie und Gesellschaft auseinanderzusetzen. Sie beginnen zunächst auf kommunaler Ebene und orientiert an ihren selbstdefinierten Grundbedürfnissen, öffentlich aktiv und politisch handlungsfähig zu werden.

Diplombiologin Dr. Marina Beyer ist Gleichstellungsbeauftragte der DDR unter der CDU-SPD-Koalitionsregierung, Mitbegründerin und Mitarbeiterin von OWEN e.V.

Frauenbewegung in Ostdeutschland als Teil osteuropäischer Dissidenz?

von Ingrid Miethe, Berlin

Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern existierte in der DDR schon vor 1989 eine nichtstaatliche Frauenbewegung, die teilweise einem oppositionellem Systemprotest zuzuordnen ist.¹ Wie die zahlreichen Differenzen zwischen Ost- und West-Frauen, Ost- und West-Feministinnen nach 1989 zeigen (Rohnstock 1994; Helwerth/Schwarz 1995; Rosenberg 1995; Beuth/Plötz 1998), ist diese aber nicht allein im Kontext westdeutscher feministischer Bewegungen zu verstehen. Auch wenn die Frauenbewegung der DDR sich nach 1989 auf der Strukturebene sehr schnell der westdeutschen angeglichen hat (vgl. Rucht u.a. 1997), wird auf der Akteurs-ebene deutlich, daß sich bis heute Einstellungen und Positionen gehalten haben, die auf eine Sozialisation unter „realsozialistischen Bedingungen“ zurückgehen. Um ostdeutsche Opposition und als Teil davon die unabhängige Frauenbewegung der DDR in ihrer Komplexität zu erfassen, ist es deshalb unumgänglich, diese sowohl in den Aspekten zu betrachten, wo sie ein „Kind Osteuropas“ ist, als auch in denen, wo sie dies nicht ist.

Im folgenden soll deshalb zunächst ein kurzer Überblick über Opposition in der DDR im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern gegeben werden, um danach die

Ergebnisse einer empirischen biographischen Untersuchung zu Frauen in der DDR-Opposition (Miethe 1998) darzustellen.

Historischer Kontext: die Stellung der DDR zwischen „Ost“ und „West“

Wird unter Osteuropa das Ergebnis der Teilung Europas infolge des Kalten Krieges und weniger eine historisch oder kulturell einheitliche Region verstanden, ist auch die DDR ein Teil Osteuropas. Die DDR war bis 1989 ein untrennbarer Bestandteil des Ostblocks und trotz nationaler Unterschiede durch ähnliche Rahmenbedingungen politischer Herrschaftsausübung gekennzeichnet. Entsprechend bestehen zwischen der Opposition in der DDR und der anderer ostmitteleuropäischer Länder² zentrale Parallelen, v.a. in der Forderung nach elementaren Menschenrechten, sowie das Herstellen von Öffentlichkeit, Pluralismus Toleranz und gesellschaftlicher Selbstorganisation – Forderungen, die in westlichen Demokratien als selbstverständlich vorausgesetzt werden konnten. Gleichzeitig gibt es gravierende Unterschiede zwischen der ostmitteleuropäischen Opposition und der in der

DDR, die zum einen in der territorialen als auch staatsbürgerlichen Sonderstellung der DDR und zum anderen in der spezifischen deutschen Geschichte begründet sind. Zu den territorialen und politischen Besonderheiten der DDR gehörten die spezifische Lage zwischen Ost und West sowie die Spezifiken, die sich aus der Zweistaatlichkeit Deutschlands (Hirschman 1992, Torpey 1995) ergaben.

Die DDR war und blieb trotz des „Eisernen Vorhanges“ ein Teil des historischen Gebildes Deutschland. Mit der Bundesrepublik verbanden eine gemeinsame Sprache, ein gemeinsamer kultureller Hintergrund und verwandtschaftliche Beziehungen. Aufgrund der gemeinsamen Sprache war die DDR das Land innerhalb des Ostblocks, in dem es der Staatsmacht nie gelang, ihr Informationsmonopol aufrechtzuerhalten (Lemke 1991:188). Es erfolgte damit mehr als in den östlichen Nachbarländern eine Beeinflussung durch westliche Medien. Auf diesem Wege kamen auch vielfältige feministische Ideen in die DDR.

Mit der Zweistaatlichkeit Deutschlands war die für die Oppositionsszene wesentliche Frage der Ausreise in die Bundesrepublik verbunden. Die Bundesrepublik hat die DDR Zeit ihres Bestehens nie staatlich anerkannt. Den „Ausreisern“ aus der DDR stand damit im Gegensatz zu politischen Flüchtlingen aus den anderen Ostblockländern immer ein Aufnahmeland zur Verfügung, in dem dieselbe Sprache gesprochen wurde, das über einen gleichen kulturellen Hintergrund verfügte und das automatisch eine deutsche Staatsbürgerschaft garantierte. Die *exit-voice*-These (Hirschman 1992) ist eine der meistdiskutierten Thesen, um die im Vergleich zu anderen Ostblockländern, insbesondere zu Polen, der CSSR und Ungarn, vergleichsweise geringe Opposition in der DDR zu erklären. Die im Gegensatz zu anderen Ostblockländern immer mögliche Abwanderung (*exit*), so die These, behinderte bis 1989 die Entwicklung von Widerspruch (*voice*), eine Dynamik, die sich erst im Herbst '89 veränderte, als es zu einem „Zusammenfließen von Abwanderung und Widerspruch“ (Hirschman 1992:351) kam.

Wesentliche historische Unterschiede zu anderen osteuropäischen Ländern bestehen in der nationalsozialistischen Vergangenheit (Hirschman 1992; Joppke 1995; Jander 1996) sowie dem weitgehenden Fehlen einer deutschen Widerstandstradition (Fehr 1995). Während für die anderen ostmitteleuropäischen Länder der Nationalismus eine wesentliche Ressource der Abgrenzung gegenüber dem sowjetisch beeinflussten Staatsapparat war, verhinderte die nationalsozialistische Vergangenheit eine positive Identifikation mit einem Deutschsein (Joppke 1995). Den Bürgern der DDR stand damit ein deutscher Nationalismus als Abgrenzungskriterium gegenüber der Sowjetunion als „Besatzungsmacht“ nicht zur Verfügung. Ebenso verhinderte der Mythos der „antifaschistischen DDR“ lange Zeit die Opposition gegen das DDR-System.

Die DDR hatte damit immer eine „Sandwichposition“ zwischen Ost und West und damit eine Sonderstellung in-

nerhalb des Ostblocks. Einerseits bildete die DDR die westliche Flanke des sowjetischen Einflusssbereiches, auf der anderen Seite war sie der östliche Teil eines deutschen Gebietes, das sich durch eine relativ homogene Kultur und Sprache auszeichnete.

Wenn die Opposition in der DDR in einem osteuropäischen Kontext betrachtet wird, erscheint diese zumeist als defizitär. Dies bezieht sich v.a. darauf, daß sich in der DDR erst relativ spät eine unabhängige Oppositionsszene gebildet hat, der größte Teil der Opposition bis 1990 lediglich Reformen anstrebte, nicht aber das DDR-System als solches in Frage stellte und die für die ostmitteleuropäische Opposition typischen Fragen der Menschenrechte erst relativ spät Gegenstand der DDR-Opposition wurden.

Dem entgegengesetzt verhält sich jedoch die Entwicklung einer unabhängigen Frauenbewegung. So war die DDR das einzige Land Ostmitteleuropas, in dem sich bereits vor 1989 eine, wenn auch kleine, eigenständige, staatsunabhängige Frauenbewegung entwickelte. Im Kontext des Umbruchs in der DDR und in Ostmitteleuropa im Verlauf des Jahres 1989 brachte die DDR als einziges osteuropäisches Land eine feministisch orientierte Bürgerbewegungsgruppe, den Unabhängigen Frauenverband (UFV) hervor (Ferre 1993; Hampele 1995). Diese – im Vergleich zu anderen Ostblockländern – starke feministische Bewegung geht nicht zuletzt auf Kontakte und Einflüsse westdeutscher Frauenbewegungen zurück.

Welche Bedeutung hatten diese Konstellationen für die jeweiligen Akteurinnen und inwieweit werden auch noch heutige (frauen-) politische Positionen dadurch beeinflusst? Dies ist eine der Fragen, denen auf Basis einer empirischen Studie nachgegangen wurde.

Empirische Basis

Basis der Untersuchung sind lebensgeschichtlich-narrative Interviews mit dreißig Frauen der DDR-Opposition, die über einen Zeitraum von 1994 bis 1998 durchgeführt wurden. Die Auswertung konzentrierte sich anschließend auf eine einzige Gruppe „Frauen für den Frieden“, die nahezu vollständig interviewt und mit der auch eine Gruppendiskussion durchgeführt werden konnte. Die einzelnen Gruppen „Frauen für den Frieden“ gründeten sich 1982 in Reaktion auf die geplante Verabschiedung des neuen Wehrdienstgesetzes, das im Falle der Mobilmachung die Einbeziehung von Frauen in den aktiven Wehrdienst vorsah. Die hier untersuchte Gruppe arbeitete bis 1989 zusammen und gehörte im Herbst '89 zu den InitiatorInnen der gemischtgeschlechtlichen Bürgerbewegung „Neues Forum“ an ihrem Ort.

Die Auswertung ausgewählter Einzelfälle erfolgte auf der Basis minimaler und maximaler Kontrastierung (Glaser/Strauss 1967) als hermeneutische Fallrekonstruktionen (Rosenthal 1995). Da in der Auswertung sehr schnell deutlich wurde, daß eine Verbindung zwischen der politi-

schen Aktivität der Frauen und der Familiengeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus besteht, wurden z.T. auch Interviews mit Familienangehörigen der untersuchten Frauen durchgeführt und Familiendokumente in die Auswertung einbezogen.

Die Ergebnisse

In der Untersuchung wurde sehr schnell deutlich, daß – auch wenn thematische und organisatorische Ähnlichkeiten zu den Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) bestehen – eine Zuordnung in diesen westeuropäischen Kontext nicht sinnvoll erscheint. Die oppositionelle Aktivität der Frauen ist keinesfalls, wie dies im Kontext der NSB-Forschung verstanden wird, als eine Reaktion auf Modernisierungsprobleme der Gesellschaft zu verstehen.

Vielmehr zeigt sich bei der Untersuchung der DDR-Opposition ein Befund, wie er für andere osteuropäische Länder, z.B. für Ungarn³ (Szabo 199 :214) oder für die tschechischen Dissidenzbewegungen (Schneider 199 :214) beschrieben worden ist. Eine ähnliche Themenwahl wie die der westdeutschen NSB (Frauen, Frieden, Ökologie), wird dabei als Ergänzung einer oppositionellen Aktivität verstanden, die schwerpunktmäßig auf die Herstellung einer demokratischen Gesellschaft und die Einforderung elementarer Menschenrechte zielt.

Auch im Hinblick auf die Geschlechterfrage zeigt sich bei dem untersuchten Sample eine Position, die der anderer osteuropäischer Länder sehr ähnlich ist (vgl. z.B. Einhorn 1993; Satori 1997). Obwohl die hier untersuchten Frauen in einer reinen Frauengruppe organisiert waren, wird deutlich, daß die Frauenfrage nicht die erste Priorität einnahm. Die gesellschaftliche Beschränkung durch das DDR-System stellte oft eine stärkere Beeinträchtigung für die Frauen dar als das Erleben einer Benachteiligung als Frau, weshalb der Kampf gegen ein als „Diktatur“ verstandenes System im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stand. Machtungleichheiten zwischen den Geschlechtern wurden dabei nicht negiert, nahmen aber nicht unbedingt die erste Priorität ein (Miethe 1996:97).

Diese Position der untersuchten Frauen spiegelt sich auch in der weiteren Entwicklung der unabhängigen Frauenbewegung wieder. Die „Frauen für den Frieden“, die die ab Anfang/Mitte der 80er Jahre langsam entstehende unabhängige Frauenbewegung der DDR wesentlich initiiert haben (Kukutz 1995), zogen sich nach 1986 zunehmend aus dieser Frauenbewegung zurück. Die dort zunehmend diskutierten feministischen Inhalte waren den Friedensfrauen, deren politische Aktivität auf eine Auseinandersetzung mit einem als „Diktatur“ verstandenen DDR-System gerichtet war, „nicht politisch genug“ (Hampele 1995). Die nichtstaatlichen Frauengruppen der DDR und die gemischtgeschlechtlichen systemkritischen Gruppen waren von da an zwei Bewegungen, die sich weitestgehend getrennt voneinander weiterentwickelten. Der sich

im Herbst '89 bildende Unabhängige Frauenverband (UFV) bestand nur zu einem kleinen Teil aus Frauen der ehemaligen Oppositionsszene der DDR (Hampele 1995).

In der Untersuchung wurde aber auch ein zentraler Unterschied zu anderen osteuropäischen Oppositionsbewegungen deutlich. Die Fallrekonstruktionen machen deutlich, daß die zentrale, handlungsleitende Dimension für die Frauen in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Deutschland beruhte. Ohne daß die untersuchten Frauen jemals danach gefragt worden wären, stellten sie selbst in den Interviews ihre politische Aktivität in den Kontext der Familiengeschichte im Nationalsozialismus. Die politische Aktivität entwickelte sich dann an Stellen, wo in der Gesellschaft Muster wiedererkannt wurden, die mit der Verarbeitung des NS innerhalb der Familie korrespondierten.

In der Gruppendiskussion bildet sich der Konsens heraus, politisch aktiv geworden zu sein, um von den eigenen Kindern später nicht den Vorwurf zu bekommen, den die Frauen ihren eigenen Eltern für deren „Zugucken“ im Nationalsozialismus machen. Auch wenn die Bedeutung dieses Gruppenkonsens für die jeweiligen Frauen typologische Besonderheiten aufweist, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll⁴, wird deutlich, daß dies den kollektiv geteilten Handlungsrahmen der Gruppe bildet. An dieser Stelle bestehen zentrale Parallelen zur westdeutschen 68er Bewegung, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll.

Auf Grundlage der in der Studie untersuchten Frauen wird deutlich, daß die nationalsozialistische Vergangenheit den zentralen, handlungsleitenden Unterschied zur Opposition in anderen osteuropäischen Ländern darstellt. Damit kann die eingangs formulierte These bestätigt werden, es habe in der DDR aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und der damit verbundenen Schwierigkeiten der Abgrenzung von einem sich als antifaschistisch definierenden Staat nur eine verhältnismäßig schwache Opposition gegeben. Es muß m.E. aber auch der Umkehrschluß gezogen werden, daß das wenige, was an Opposition existierte, sich genau aus der Auseinandersetzung mit und Kritik an diesem Antifaschismusideal konstituierte.

Nach 1989 haben sich die Strukturen und Organisationsformen der ostdeutschen Frauenbewegung sehr schnell denen der Frauenbewegung Westdeutschlands angeglichen. Im Gegensatz dazu haben sich aber viele Einstellungen gehalten, die auf die Sozialisation in der DDR zurückgehen, Ähnlichkeiten mit anderen osteuropäischen Ländern aufweisen und im Gegensatz zu west-feministischen Positionen stehen. Als Beispiele seien hier nur der stärker „männerintegrierende“ Ansatz ostdeutscher (feministischer) Frauen, die geringeren Bedenken gegen die Nutzung staatlicher Gelder oder der Ansatz, den Staat in die Lösung auch frauenpolitischer Probleme einbeziehen zu wollen, genannt (vgl. z.B. Penrose 1993; Schenk/Schindler 1995; Miethe 1996).

Von der nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR wurden auch bereits vor 1989 viel mehr als im übrigen Osteuropa feministische Inhalte diskutiert, was nicht zuletzt auf den Austausch mit Westdeutschland zurückgeht. Andererseits zeigen heutige Differenzen zur westdeutschen Frauenbewegung, daß sich in Ostdeutschland bis heute Positionen gehalten und weiterentwickelt haben, die unter den spezifischen Bedingungen der DDR als Teil Osteuropas entstanden sind. Frauenbewegung in Ostdeutschland heute zu verstehen erfordert damit, sie sowohl im Kontext Osteuropas als auch im Kontext westeuropäischer Bewegungen zu betrachten.

Ingrid Miethe ist Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, FU Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft.

Literatur

- Beuth, Kirsten Plötz, Kirsten. 1998. Was soll ich euch denn noch erklären? Ein Austausch über Frauengeschichte(n) in zwei deutschen Staaten. Gelnhausen.
- Einhorn, Barbara. 1993. Cinderella goes to Market. Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe. London/New York.
- Fehr, Helmut. 1995: Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976 bis 1989). in: Poppe, Ulrike u.a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Berlin: 301–334.
- Ferree, Myra Marx. 1993. The Rise and Fall of „Mommy Politics“: Feminism and Unification in (East)Germany, in: *Feminist Studies* 19, no. 1: 89–115.
- Glaser, Barney/ Strauss, Anselm. 1967. *The Discovery of Grounded Theory*, Chicago.
- Hampele, Anne. 1995. Der Unabhängige Frauenverband. Organisationslaufbahn eines frauenpolitischen Experiments im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß (Fallstudie). Dissertation am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.
- Helwerth, Ulrike/Schwarz, Gislinde. 1995. Von Muttis und Emanzen. *Feministinnen in Ost- und Westdeutschland*. FaM.
- Hirschman, Albert O. 1992. Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, in: *Leviathan*, Heft 3: 330–358.
- Jander, Martin. 1996: Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“ – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik. Berlin.
- Joppke, Christian. 1995. *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movement in a Leninist Regime*. Washington Square: New York University Press.
- Kukutz, Irena. 1995. „Die Bewegung 'Frauen für den Frieden' als Teil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR, in: *Deutscher Bundestag (Hg.) Materialien der Enquete-Kommission“ Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland*. Baden-Baden / FaM. Bd. VII/2, 1285–1408.
- Lemke, Christiane. 1991. Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen.
- Miethe, Ingrid. 1996. Das Politikverständnis bürgerbewegter Frauen der DDR im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*. Heft 3/96, 87–101.
- Miethe, Ingrid. 1998. *Frauen in der DDR-Opposition. Lebens- und kollektivgeschichtliche Verläufe in einer Frauenfriedensgruppe*. Dissertation am FB Politische Wissenschaft der FU Berlin.
- Penrose, Virginia. 1993. Orientierungsmuster des Karriereverhaltens deutscher Politikerinnen. Ein Ost-West-Vergleich. Bielefeld.
- Rohnstock, Katrin (Hg.). 1994. *Stiefschwestern. Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken*. FaM.
- Rosenberg, Dorothy. 1995. Stepsisters: On the Difficulties of German-German Feminist Cooperation, in: Casimir, Fred (Hg.): *Communication in Eastern Europe. The role of history, culture and media in contemporary conflicts*. Mahwah / New Jersey: 81–109.
- Rosenthal, Gabriele. 1995. Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. FaM/N.Y.
- Rucht, Dieter/Blattert, Barbara/Rink, Dieter. 1997. Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung? Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. FaM.
- Sartori, Nina. 1997. Transformation, Zivilgesellschaft und Frauenbewegung am Beispiel Tschechien. Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.
- Schenk, Christina/Schindler, Christiane. 1995. Frauenbewegung in Ostdeutschland – Innenansichten, in: Maleck-Lewy, Eva/ Penrose, Virginia (Hg.). *Gefährtinnen der Macht. Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland – eine Zwischenbilanz*. Berlin: 183–203.
- Schneider, Eleonora. 1994. *Prager Frühling und Samtene Revolution: soziale Bewegungen in Gesellschaften sowjetischen Typus am Beispiel der Tschechoslowakei*. Aachen.
- Szabó, Máté. 1991. Soziale Bewegungen, Mobilisierung und Demokratisierung in Ungarn, in: Deppe, R. u.a. (Hg.): *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. FaM: 206–220.
- Torpey, John C. 1995. *Intellectuals, Socialism, and Dissent. The East German Opposition and Its Legacy*. Minneapolis/London.

¹ Dies trifft v.a. auf die stark politisch orientierten Gruppen „Frauen für den Frieden“ zu.

² Der Vergleich bezieht sich in erster Linie auf die Opposition in Polen, Ungarn bzw. der CSSR.

³ Szabó hat zwar als erster versucht, im osteuropäischen Kontext den NSB-Ansatz für Ungarn anzuwenden und betrachtet diesen auch als hilfreich zur Erklärung der Ökologiebewegung in Ungarn. Auch er grenzt aber die Dissidenzbewegung in Ungarn ausdrücklich von den NSB ab.

⁴ Eine ausführliche Darstellung der Typologie befindet sich in Miethe 1998:263.

Geschichte und aktuelle Situation von Frauenprojekten in Zagreb

von *Claudia Lichnofsky*

Frauenbewegung vor dem Krieg

Das Autonome Frauenhaus in Zagreb besteht seit 1990, also schon vor dem Krieg, und ist der Frauenbewegung Ex-Jugoslawiens zu verdanken, die schon seit 1987 jährlich stattfindende Kongresse in Ljubljana, Zagreb und Belgrad veranstaltete (ein Monat vor dem Krieg war der letzte Kongreß in Ljubljana), aus denen das „Feministische Netzwerk Jugoslawien“ hervorging. Nach dem ersten feministischen Kongreß in Belgrad 1977 (nach den Angaben von Belgrader Feministinnen) bzw. 1978 (nach den Angaben von Djurdja Knejevic), zu dem viele bekannte Feministinnen (u.a. auch Alice Schwarzer) eingeladen waren, bildete sich die erste feministische Frauengruppe Jugoslawiens, die sich „Frau und Gesellschaft“ nannte, in Zagreb. Die Tatsache, daß Jugoslawien nicht zum Ostblock gehörte, hatte vor allem positive Vorteile für Frauen in Jugoslawien, da sie so leichter Zugang zu feministischer Literatur und Diskursen aus dem Westen hatten. Das Autonome Frauenhaus Zagreb war eines der ersten in der Region. Ebenfalls vor dem Krieg bildete sich die Zagreber Frauen-Lobby, die sich für NGOs einsetzte und versuchte, Frauengruppen zu vernetzen. Leider existiert sie nicht mehr.

Frauenprojekte im Krieg

1992 wurde das Zentrum für Frauen-Kriegs-Opfer von 45 Frauen gegründet, darunter sieben Mitarbeiterinnen des Frauenhauses und ca. 20 Flüchtlinge. Vergewaltigungen von Frauen waren der Ausgangspunkt für die Gründung, jedoch nicht das einzige Kriterium für eine Aufnahme. Aufgenommen werden sollten alle traumatisierten Frauen. Die Mitarbeiterinnen wurden in ihrer Arbeit unterstützt und trainiert von internationalen Gruppen. Auffallend ist, daß es vor dem Krieg zwei Frauengruppen in Kroatien gab, während es jetzt über 40 sind, was zum einen damit zu erklären ist, daß der Bedarf nun viel höher ist, aber auch damit, daß die Förderungsmöglichkeit – bedingt durch die internationalen Gruppen – sich als günstiger erweist.

Das Frauenhaus ist stark frequentiert, dennoch müssen pro Woche durchschnittlich sieben Frauen abgewiesen werden. Denjenigen, die aufgenommen werden können, wird Schutz und eine anonyme Adresse gewährt. Ihnen wird geholfen, die Familie zu verlassen, wenn sie das wollen.

Als das „Konzept der demographischen Erneuerung Kroatiens“ in das kroatische Parlament eingebracht wurde, in dem die „Anti-Lebensmentalität“ bekämpft werden sollte und „die Erneuerung und die Wiedergeburt der Familie

und des Heimes“ beabsichtigt war, wurde die Existenz eines Frauenhauses schlicht geleugnet.

Zum Glück der Frauen gilt noch immer das alte Abtreibungsgesetz aus sozialistischer Zeit. Das heißt jedoch nicht, daß es nach wie vor einfach ist, eine Abtreibung durchzuführen, da viele Kliniken sich weigern. Die Reaktion schlägt jedoch weiter zu: Männer, die Frauen verletzen oder vergewaltigen, werden nur verfolgt, wenn die Frauen unverheiratet waren. In naher Zukunft wird ein neues Frauengesetz erwartet, das regelt, wer wen heiraten darf. Die katholische Kirche hat eine sehr große und einflußreiche Lobby, die sogar die Regierung zu der Überlegung veranlaßt, künftig nur noch kirchliche Heiraten zuzulassen.

Tudjman brüstet sich zwar mit den kroatischen NGOs und ist dankbar für die soziale Arbeit, die sie leisten, er unterstützt sie aber mit keinem Pfennig. Im Gegenteil: Eine von der Regierung mitinitiierte Medienkampagne, die anti-nationalistische Feministinnen als „Kroatien vergewaltigende Hexen“ (Globus vom 10.12.1992) verleumdete, unterstellt ihnen, daß sie „Ausverkauf mit den Schicksalen vergewaltigter Bosnierinnen“ betreiben. Unter den Opfern dieser Kampagne waren namhafte Journalistinnen und Schriftstellerinnen, darunter auch Dubravka Ugresic, Autorin von „Americki fikcionar“ und „Kultura laži“ (Kultur der Lüge), die aus Kroatien fliehen mußte.

Der Nationalismus macht auch vor Frauengruppen nicht halt

Einige Frauengruppen Zagrebs (darunter „Frauenhilfe jetzt“ und „Kareta“) begannen im Krieg immer nationalistischer zu werden, so daß ein Austritt des Autonomen Frauenhauses aus dem Frauenbündnis „Tresnjevka“ 1992 nicht ausblieb. Diese Frauengruppen wurden von der Pressekampagne verschont bzw. waren teilweise sogar beteiligt daran, indem sie Briefe an die Redaktionen verschiedener Zeitungen schrieben, da sie Vergewaltigungen im Krieg als serbisches Verbrechen sehen. Andere Gruppen, wie „Mütter für Frieden“, „Mütter von Vukovar“ und „Fesseln der Liebe“, begannen als Anti-Kriegs-Gruppen, die ihre Söhne aus der jugoslawischen Armee nahmen. Sie entpuppten sich als nationalistisch, als sie ihre Söhne in die neugegründete kroatische Armee schickten (in der unter anderem auch rechte deutsche Soldaten zu finden waren) oder in Strasbourg für die Unabhängigkeit Kroatiens demonstrierten.

Als positiv bewerteten kroatische Feministinnen, daß Kroatien unter Beobachtung von westlichen Regierungen steht,

da sich die Regierung dadurch nicht alles erlauben kann und Frauengruppen die Möglichkeit haben, die Einhaltung von Kriterien zu beobachten und gegebenenfalls in westlichen Medien darüber zu berichten.

Als weitere Einrichtungen im „Zentrum für Frauen-Anti-Kriegs-Opfer“ sind „Kontra“, das SOS-Notruftelefon für Lesben und „Stop Violence“, eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen, zu nennen.

Djurdja Knezevic, die frühere Mitarbeiterin im Autonomem Frauenhaus war, für die Frauenlobby Zagreb auch in Deutschland schon Vorträge gehalten hat und Kontakte zur Heinrich-Böll-Stiftung und zur Berliner Frauenfraktion unterhält, hat Ende 1992 die „Women's Infoteka“ gegründet (s. Protokoll Infoteka).

Frauennetzwerke überwinden (neugeschaffene) Grenzen

Für westliche Feministinnen, die etwas für Frauenopfer des Krieges tun wollten, war Zagreb die erste Anlaufstelle. Monika Hauser und Gabi Mischkowski, Gründerinnen von Medica aus Köln, fragten beim Autonomen Frauenhaus in Zagreb an, wie sie bosnischen Frauen hel-



Kroatische Hochzeitsgesellschaft mit Staatsflagge
Foto: C. Lichnofsky

fen könnten und wurden von ihnen nach Zenica vermittelt, wo heute das Frauen-Therapiezentrum steht.

Bei SEKA, einem Frauenerholungshaus in Brac, arbeitet heute Gabi Müller, frühere Mitarbeiterin von Sukaina, einer antinationalen Frauengruppe in Hamburg, die sich mittlerweile aufgelöst hat. In Brac finden auch Seminare für Frauengruppen und PsychologInnen statt, aber hauptsächlich ist SEKA gedacht für traumatisierte Frauen aus Zenica, Tuzla, Sarajevo und Srebrenica, was „Zena Zenama (Frauen für Frauen)“ in Sarajewo koordiniert. Diese Gruppe wiederum ist von Selma Hadzilovic, ehemalige Mitarbeiterin von „Medica Zenica“ und Jadranka Mihailovic, ehemalige Mitarbeiterin von „Frauen in Schwarz“ aus Belgrad, gegründet worden.

Das Frauennetzwerk Kroatiens ist also ohne die zahlreichen Frauengruppen des sonstigen ehemaligen Jugosla-

wien gar nicht zu denken. Weder vor noch während und auch nicht nach dem Krieg. Die Gruppen, die wir auf einer Delegationsreise kennengelernt haben, waren alle antinationalistisch und feministisch, leisteten jedoch auch das, was wir als humanitäre Arbeit bezeichnen würden.

Die Situation in Kroatien nach dem Krieg

Nach den Vertreibungen in der Krajina gibt es kaum noch SerbInnen in Kroatien. Für sie ist es nicht leicht, zurückzukehren, da Kriegsverbrecher keine Staatsbürgerschaft mehr bekommen und Familien meist nicht ohne Mann leben wollen. In Knin (Krajina) werden bosnische KroatInnen überredet, in die leeren Häuser (der serbischen KroatInnen) zu ziehen, während die ehemaligen BesitzerInnen, wenn sie keine Verwandten in Serbien haben, in leere Häuser von geflohenen AlbanerInnen im Kosovo einquartiert sind. Rund um die Krajina sind Minen, was auch in Kroatien ein Problem darstellt. Im Sommer 1998 explodierten einige durch die großen Brände an der Küste. Auch in einem anderen ehemaligen serbischen Autonomiegebiet an der Grenze zu Bosnien besteht dieses Problem. Ebenfalls dort ist das ehemalige Dorf Slavonski Brod, welches durch einen Fluß geteilt wird, der gleichzeitig die Grenze zu Bosnien darstellt, auf der bosnischen Seite in Srpski Brod umbenannt worden, weil dieses Gebiet zur Republika srpska gehört.

Die Zukunft sieht für Frauen in Kroatien nicht rosig aus, was zu einer vermehrten Emigration von intellektuellen und jungen Frauen führt. Da Tudjman schwer krank ist, setzen einige die Hoffnung auf ein baldiges Ende seiner Amtszeit; ob das jedoch die Probleme lösen wird, bleibt fraglich, denn auch die restlichen Parteien sind nicht weniger nationalistisch. Ein Vorteil Kroatiens ist, daß dort Wert auf die Meinung der westeuropäischen Länder gelegt wird und somit die Möglichkeit der Kontrolle gegeben ist. Ob die westlichen Staaten jedoch diese Möglichkeit im Sinne einer Demokratisierung Kroatiens nutzen oder lieber ihren Interessen für eine EU-Osterweiterung nachgehen, ist eine andere Frage.

Claudia Lichnofsky ist Studentin der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und Mitglied des Internationalismus-Referats des AStA.

Frauenfrage und Multikulturalismus in Ungarn

von Judit Hell, Miskolc

Bei einer Betrachtung der multikultureller Gesellschaften ist es angebracht, zwei Arten zu unterscheiden: die traditionelle und die moderne. In den traditionellen Gesellschaften konnte es vorkommen, daß mehrere Volksgruppen zusammenlebten, die aber – abgesehen von den vielen Unterschieden – grundsätzlich zum gleichen Kulturkreis gehörten. So lebten zum Beispiel in Ländern des europäischen Kulturkreises Engländer und Schotten, Franzosen und Bretonen sowie im Gebiet des geschichtlichen ungarischen Staatsgebildes Ungarn, Slowaken, Rumänen, Kroaten, Serben und Deutsche jahrhundertlang zusammen. Diese Völker gehörten alle zu ein und demselben Kulturkreis, obwohl sie daneben ihre eigene Kultur hatten (eine Ausnahme bildeten die mit ihnen lebenden, zum nicht-christlichen Kulturkreis gehörenden Juden und die eher formell christlichen Zigeuner).

Die Zugehörigkeit zu ein und demselben Kulturkreis war auch in der Vergangenheit keine Garantie dafür, daß ein Zusammenleben ohne Konflikte blieb. Die unterschiedlichen Sprachen, Bräuche, Traditionen verursachten häufig eine einseitige (z.B. auf die Minderheit gerichtete) oder gegenseitige Zurückweisung, oft Haß oder Spannungen. Man braucht nur an jene Mentalität gewisser europäischer Regionen zu denken, die bis zum frühen Mittelalter (ja, sogar bis zur Antike) zurückzuverfolgen ist und noch lange Jahrhunderte weiterwirkte und zur Folge hatte, daß eine gegebene Volksgruppe einer ihr unverständlichen Sprache gegenüber eine Antipathie entwickelte, ja, daß sich sogar der Sprachgebrauch und die gegen die fremde Volksgruppe gerichteten Vorurteile ineinander verflochten. Vom Standpunkt der Geschichte aus ist es interessant zu verfolgen, wer sich wann und wem gegenüber barbarisch verhielt. Für das romanische Europa waren die Slawen eine solche Volksgruppe, von den heidnischen Magyaren gar nicht zu sprechen, die sich im X. Jahrhundert im christlichen Europa niederließen. Alte Chroniken, mittelalterliche Wallfahrts-Beschreibungen beweisen es: allein das Nichtverstehen einer Sprache führte dazu, mit Vorurteilen zu begegnen und folgende Gedanken zu entwickeln: das Volk ist anders – niedriger – bössartig. Trotz aller Vorurteile, des einanderzurückweisens, des Gegeneinanderseins und der Kriege waren dies die Völker des christlichen Europas (man muß natürlich hinzufügen, daß in den 2000 Jahren nach der Geburt Christi das Christentum selbst niemals in Einheit war, und nachdem es an die Macht gekommen war, zeigte es nicht nur gegen andere Religionen und Kulte seine Intoleranz, sondern auch gegen theologisch-dogmatische Andersartigkeit, mit anderen Worten gegen das alternative Christentum).

In Ungarn tritt das Problem der Multikulturalität weitgehend nicht so scharf auf wie in den USA oder in Westeu-

ropa, da die außereuropäischen Kulturen hier nur in geringem Maße vertreten sind. Die einzige große Gruppe (eine halbe bis zu einer Million), die um ihre Identität kämpft, stellen die seit Jahrhunderten hier lebenden **Zigeuner** dar. Obwohl gegenwärtig ein immer größerer Prozentsatz der **Zigeuner** zum Katholizismus übertritt, erwartet die Mehrheit der Gesellschaft von diesem Prozeß kaum eine erfolgreiche Integration der Zigeuner, aber auf keinen Fall wünscht oder erhofft man deren Assimilation.

Immer bedeutender könnte in Zukunft die Rolle der in halb- oder illegalen Wirtschaftszweigen des Landes beschäftigten Chinesen werden. Sie formen keine massiven Gemeinschaften und erheben keinen Anspruch auf kulturelle Autonomie, weil sie nur eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben.

Eine verhältnismäßig neue Erscheinung ist die offiziell genehmigte Ansiedlung einer ungefähr 20.000 Personen umfassenden islamischen Gemeinschaft. Auf welche Art, wie sie sich eingliedern werden, wird sich erst in Zukunft erweisen. In den größeren Städten, die über eine Universität verfügen, aber hauptsächlich in Budapest, leben dunkelhäutige und arabische Studentengruppen, die sich auf Zeit hier aufhalten, im allgemeinen zwischen sieben und acht jahrelang. Eine gewisse Anzahl von ihnen wählt sich jedoch unter den ungarischen Mädchen eine Frau aus. In diesen gemischten Ehen kommen Elemente des patriarchalischen Familienmodells zur Geltung. Die Ehefrau darf nichts ohne die Erlaubnis ihres Mannes tun, und es ist Pflicht für sie, den *Tschador* zu tragen.

Von den mitteleuropäischen Völkern können die hier lebenden Deutschen, Slowaken und Rumänen als die bedeutenderen Gemeinschaften bezeichnet werden. Diese Volksgruppen integrierten sich erfolgreich in die ungarische Gesellschaft, und von der im 19. Jh. begonnenen, erzwungenen Assimilation ist heute nichts mehr zu spüren. Eine selbständige politische ethnische Vertretung im Parlament ist ihnen aber bis heute noch nicht zugesichert worden.

Zusammenfassend können wir daher sagen, daß es in Ungarn – die **Roma-Minderheit**, die sich auch sonst nirgendwo integrieren konnte, ausgenommen – keine Tradition des Zusammenlebens mit nichteuropäischen Kulturen gibt. Obwohl auch hier, wie überall in der Welt, in gewissen Kreisen der Bevölkerung seit langem negative Stereotypen gegen das Anderssein existieren und die Jahrzehnte des Kommunismus die demokratischen Werte auch nicht gestärkt haben (jede Art von Pluralität war in jenen Jahrzehnten unvorstellbar), kann man trotzdem sagen, daß bis zum politischen Umbuchs die Vorurteile gegenüber fremden Kulturen nur irgendwie „in der Luft hingen“. Mit der politischen Öffnung von 1989 jedoch erschienen in größerer Anzahl Ausländer aus entfernte-

ren Ländern. Als Folge des Zusammenwirkens zahlreicher gesellschaftlicher Komponenten bildeten sich Anfang der 90er Jahre rechtsextreme rassistische Gruppen von Jugendlichen, welche gegenüber Ausländern anderer Hautfarbe und gegenüber Romas regelmäßig kollektiv gewalttätig wurden. Die immer häufiger werdenden Straßenangriffe wurden von Jugendlichen ausgeführt, die im allgemeinen Mitglieder der großstädtischen Jugend-Subkultur waren. Die Meinung der Mehrheitsgesellschaft über diese Angriffe war sehr geteilt. Gleichzeitig wurden zahlreiche antirassistische, zivile rechtsschützende Bewegungen und Vereinigungen ins Leben gerufen. Eine solche ist z.B. die auch heute noch existierende Martin-Luther-King-Vereinigung, welche seit ihrer Gründung das Ziel hat, dazu beizutragen, daß sich sowohl die Kultur der Mehrheit als auch die der Minderheit gegenseitig anerkennen. Sie beruft sich auf die Multikulturalität, die Toleranz, die Menschenrechte. Ich glaube, solange die Mehrheit keine Erfahrungen mit einer fremden und ihr fernstehenden Kultur hat und solange sie nicht fähig ist, sich über die Stufe der totalen Zurückweisung einer anderen Kultur hinwegzusetzen, es auch keine Hoffnung darauf gibt, daß diese Mehrheit gegen die Praktik der Unterdrückung (z.B. von Individuen, Frauen usw.) in einer fremden, hier angesiedelten Kultur protestieren kann. So ist es zum Beispiel für ein dauerhaftes Zusammenleben mit der islamischen Minderheitskultur und deren Anerkennung eine notwendige Bedingung, daß die Mehrheitskultur gegen die – diskriminierende – Praktik der Unterdrückung der muslimischen Frauen auftreten kann.

Ein anderes Beispiel ist die in Ungarn lebende **Zigeunerminderheit**. Sie lebt seit Jahrhunderten mit den Ungarn, aufgrund ihrer Mobilität ist sie beinahe überall gegenwärtig, ihre Wohnplätze kann man aber hauptsächlich in den zurückgebliebenen Gegenden finden, in **segregierten**, ghettoartigen Siedlungen. Die Ebene ihrer Schulbildung ist sehr niedrig, und unter ihr gibt es nur wenige qualifizierte Arbeitskräfte. Im allgemeinen gehen die Männer zur Arbeit, aber sie sind vielleicht diejenigen, die am meisten unter den Veränderungen der wirtschaftlich-politischen Struktur zu leiden haben, da die sozialpolitischen Begünstigungen drastisch abgebaut wurden. Ihre sozialen und kulturellen Probleme kommen in devianten Verhaltensformen zum Ausdruck, welche von der Mehrheit schwer zu tolerieren sind. Typisch für sie ist das traditionelle, patriarchalische Familienmodell mit vielen Kindern. In Ungarn sind Roma die erste Zielgruppe von rassistischen Gewalttaten. Man kann es kaum zählen, wie oft z.B. Roma-Frauen verschiedene Vorschriften verletzen müssen, wenn sie ihren eigenen Rechtsbräuchen gemäß leben wollen.

Eine der interessantesten Fragen in Verbindung mit dem weiblichen Geschlecht bei den Roma bezieht sich auf die Turnstunden in der Schule: nach der Wertordnung der nicht assimilierten und muttersprachlich orientierten **Zigeunergruppen** sowie einiger ungarisch sprechender

Zigeunergemeinschaften verletzt die Schule die (traditionelle) Beziehung zwischen den Geschlechtern, da sie die sich in der Pubertät befindlichen Mädchen dazu zwingt, einen Turnanzug anzuziehen. Gemäß der Wertordnung der Roma zählen nämlich die 13 bis 14-jährigen Mädchen schon als Frauen, für die es sich nicht ziemt, ihren Körper zu zeigen. Die Mädchen dürfen in diesem Alter keine Hose und keinen kurzen Rock mehr tragen, und in der Turnstunde werden sie vor die Wahl gestellt, sich unter



Schamgefühlen auszuziehen oder die Bemerkungen des Lehrers und der Mitschüler zu ertragen. Laut Schulgesetz haben die Schüler ein Recht darauf, daß man ihre religiöse, lebensanschauliche oder sonstwelche Überzeugung, nationale oder ethnische Identität achtet, was in der Praxis aber oft nicht eingehalten wird. Die Lehrer begründen ihre Intoleranz gegenüber der kulturellen Andersartigkeit der **Zigeunermädchen** damit, daß sie sagen, es wäre auch eine Diskriminierung, wenn sie diesen Mädchen erlauben würden, sich in den Turnstunden nicht umzuziehen.

Ein anderes Beispiel: ist ein 13-jähriges **Zigeunermädchen** (Roma) schutzbedürftig, das mit einem Jungen gleicher Abstammung zusammenlebt? Gemäß der Roma-Wertordnung ist die Beziehung zwischen Jugendlichen – was übrigens sehr häufig ist – gleichwertig mit der ehelichen Beziehung. Im entsprechenden Paragraphen des ungarischen Strafgesetzbuches heißt es aber, daß derjenige, der mit einer Person unter 14 Jahren eine geschlechtliche Beziehung eingeht, die strafbare Tat einer Schändung begeht und mit Freiheitsentzug von einem bis zu fünf Jahren zu bestrafen ist. Die Regeln des Strafgesetzbuches enthalten allgemeine Normen, die für alle Staatsbürger gültig sind, aber im Fall der **Zigeunergemeinschaften**, die sich nicht integrieren konnten, bleiben die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse fast ohne Wirkung. Deshalb existieren hier alle jene äußeren Umstände natürlich nicht, die den Prozeß der Frauenemanzipation in unserer modernen Zeit möglich gemacht und unterstützt haben.

Hat also eine Minderheitsgruppe in einer multikulturellen Gesellschaft das Recht, ihre traditionell-patriarchalischen Bräuche beizubehalten? Die Mitglieder der Minderheit sind ebensolche Staatsbürger wie die der Mehrheit. Sie haben also dieselben Rechte, aber auch dieselben Pflichten. Die Erhaltung solcher Traditionen, die das menschliche Recht auf Freiheit verletzen, darf nicht erlaubt werden. Die Pflege der Sprache oder der Künste ist eine Sa-

che, das Tragen des *Tschadors* oder das Beschneiden der Klitoris eine andere. Wenn die weiblichen Mitglieder der Minderheit diese Bräuche tatsächlich freiwillig auf sich nehmen, dann sind sie höchstens jenen modernen Sekten-Mitgliedern ähnlich, die bereit sind, bis zum kollektiven Selbstmord zu gehen. In der Mehrheit der Fälle spielt aber der Zwang eine gewisse Rolle. Und so ist die Befreiung der Frauen im **Zeichen** der Moderne keine „Frauenfrage“, sondern eine konsequente Verwirklichung der Menschenrechte.

PhD Dr. Judit Hell ist Dozentin an der Universität Miskolc, Fakultät für Humanitäten, Lehrstuhl für Philosophie, H-3515 Miskolc, Egyetemváros, Ungarn. Der Beitrag ist eine kurze Zusammenfassung eines längeren Aufsatzes.

Hüterinnen des Herdes? Zur politischen Partizipation und Selbstorganisation von Frauen in Kazachstan

von Marie-Carin von Gumppenberg, München

„In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten“, so meinte im Frühjahr 1998 ein Abgeordneter des kazachstanischen Unterhauses, „haben die Männer die Bürde der Regierung des Staates auf sich genommen. Wenn es uns etwas besser geht, werden wir den Frauen die Macht geben.“¹ Die Frage des OSZE-Vertreters nach dem Grund der mangelnden Präsenz von Frauen in Machtorganen war damit für den Abgeordneten ausreichend beantwortet. Fakt ist, daß derzeit in Kazachstan lediglich 10,7% der Parlamentarier Frauen sind (6,5% im Senat und 13,4% im Unterhaus). Keine einzige Frau stellt auf regionaler Ebene den Gebietsgouverneur. In der gesamten Regierung gibt es nur eine einzige Ministerin. Und diese genießt auch noch den Ruf einer „eisernen Lady“. Arbeits- und Sozialministerin Natal'ja Korčova – eine „Frau ohne weiblichen Charme und besondere Einfühlsamkeit“ – hat die undankbare Aufgabe übernommen, gegenüber den Bürgern den von der Regierung forcierten Sozialabbau zu vertreten und durchzusetzen. Dafür wird sie nun mit Unpopularität gestraft. Es gibt aber auch Ausnahmen. Für die ständige Vertretung der Republik Kazachstan bei den Vereinten Nationen ist Akmaral Arystanbekova tätig, promovierte Chemikerin, ehemalige Abgeordnete des Obersten Sowjets und Außenministerin der kazachischen SSR von 1989 bis 1991. Eine besonders engagierte und populäre Politikerin ist Tat'jana Silkina, Abgeordnete des Unterhauses, welche sich seit 1990 – dem Tod ihres einzigen Sohnes in der Armee – darum bemüht, Wehrdienstleistende und ihre Familien über ihre Rechte zu informieren und aufzuklären.

Die Gesellschaft Kazachstans befindet sich in einem Prozeß der Um- und Neuorientierung. Auf der Suche nach

einer eigenen kazach(stan)ischen Nationalkultur² wird auf „authentische“, vorrevolutionäre Institutionen und Moral-kodizes zurückgegriffen. Von den Sowjets diskreditierte alte – meist kazachische – Traditionen werden wieder gepflegt.³ Besonders im Süden des Landes kommt es immer häufiger zu arrangierten Ehen und zur Verheiratung Minderjähriger. Der Versuch, kazachisches Gewohnheitsrecht juristisch in dem neuen Ehe- und Familien-gesetz zu fixieren, ist jedoch im Sommer 1998 gescheitert. Weder konnte das Verbot der Heirat zwischen Verwandten bis in die siebte Generation hinein noch die Polygamie oder die Zahlung des *kalym* – des Brautpreises – durchgesetzt werden. Jedoch zeigte die hitzig geführte Debatte um die Neufassung des Gesetzes, daß eine Reinstallation patriarchaler Werte gewünscht und forciert wird. Unterstützung hoffen diese restaurativen Kräfte durch Präsident Nazarbaev zu erhalten. Dieser hatte 1998 anlässlich des Internationalen Frauentages über die Bestimmung der Frau räsontiert: „Die Natur und der Himmel haben die Frau zur Hüterin des Herdes und zur Erzieherin der Kinder gemacht.“⁴ Daß Nazarbaev jedoch das Verdienst der Frauen keineswegs auf ihre Leistungen in Reproduktion und Haushalt reduziert wissen will, zeigt sein Engagement für den von ihm 1995 initiierten „Rat für Frauenangelegenheiten, für Familie und demographische Politik“. Aufgabe des vornehmlich aus Männern bestehenden Gremiums, welchem Nazarbaevs Frau Sara ehrenamtlich vorsitzt, ist die Verbesserung des Sozial- und Gesundheitssystems, die rechtliche Gleichstellung der Frau sowie Hilfeleistung für alleinerziehende Mütter und kinderreiche Familien. Ende September 1998 hat der Präsident den Rat mit weiteren Aufgaben betraut: mit

der Erarbeitung von Konzepten zur Lösung dringlicher Frauenprobleme wie Frauen in Machtpositionen, Gewalt gegen Frauen und Frauen als Unternehmer.⁵

Handlungsbedarf seitens des Staates besteht in der Tat. Schon lange sehen sich kazachstanische Frauen weder in rechtlicher noch in sozialpolitischer Hinsicht ausreichend vom Staat unterstützt und gefördert. Seit Aufhebung des Meinungs-, Informations- und Vereinigungsmonopols der KPdSU 1989 ist in Kazachstan ein breites Spektrum an Frauenorganisationen entstanden, welche eigene Wege zur „Lösung der Frauenfrage“ suchen. Diese Emanzipationsbewegung „von unten“ konzentriert sich im wesentlichen auf folgende Themenbereiche: Frauenrechte, Frauen in der Transitionsphase, Frauen im Beruf, Probleme alleinstehender Mütter und kinderreicher Familien. Nach der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 haben die hauptsächlich in Almaty angesiedelten Frauengruppierungen begonnen, ihre Arbeit zu koordinieren. Ihr erklärtes Ziel ist es, auf Politik und Gesellschaft einzuwirken, um zugunsten von Frauen sozio-ökonomische Entwicklungen zu stimulieren und politisch-rechtliche Entscheidungen herbeizuführen. Wenngleich derzeit fast 60% der Frauen überhaupt kein Interesse an sozialpolitischem Engagement zeigen, so sind doch 20,9% in wohltätigen Organisationen vertreten, 7,2% in Rechtsvereinigungen, 6,4% in politischen, 4,0% in religiösen und 4,5% in nationalen Bewegungen.⁶ Die Zusammenarbeit der einzelnen Frauengruppierungen mit staatlichen Institutionen gestaltet sich oftmals schwierig. Zumeist fehlt es den NGOs an Mut, Durchsetzungswillen und Beharrungsvermögen, gemeinsam mit dem Staat nach Problemlösungen zu suchen. Auch Unverständnis und Mißtrauen von Seiten der staatlichen Stellen blockierten viele Initiativen. Darüber hinaus ist der finanzielle und materielle Handlungsspielraum der Frauenorganisationen begrenzt. Die Durchführung von geplanten Projekten ist oft infrage gestellt.

Neben Wohltätigkeitsorganisationen wie dem Kinderfond *Bobek* von Präsidentengattin Sara Nazarbaeva finden sich zahlreiche Informations- und Weiterbildungszentren für Frauen wie das *Almatyner Fraueninformationszentrum* von Gul'sara Tlenčieva, registriert im Juli 1996. Die einzige sich explizit feministisch bezeichnende Frauenorganisation ist die *Feministische Liga* von Svetlana Šakirova, gegründet 1993. Deren Ziel ist es, auf alle Formen der Diskriminierung von Frauen aufmerksam zu machen, Tabus wie Gewalt gegen Frauen zu thematisieren und die rechtliche Gleichstellung von Frauen zu forcieren. Aus der Anti-Atom-Bewegung hervorgegangen ist 1994 die *Internationale ökologische Assoziation der Frauen des Ostens*, welche sich für die Schließung von Atomversuchszentren und die Aufklärung über die Gefährlichkeit von Atomversuchen einsetzt. Religiös motiviert sind national-kazachische Frauenorganisationen wie die *Liga islamischer Frauen* von Kalimaš Batmanova. Gegründet wurde die *Liga* 1992, „um durch den Islam Ordnung, Frieden und Moral in das Land und unter seine

Bewohner zu bringen“.⁷ Mit Hilfsangeboten an bedürftige, kranke und sozial ausgegrenzte Frauen sucht diese Organisation vorwiegend kazachische Frauen für ihre Ziele zu gewinnen: Wiederverankerung patriarchaler Werte in der Gesellschaft, Einführung der Bigamie und die Begrenzung der Rechte der Frau auf Familie und Haushalt. Daß sich die meisten kazach(stan)ischen Frauen von derartigen Parolen nicht beeindruckt lassen, zeigen Umfrageergebnisse. Über 50% orientieren sich an dem westlichen Frauenbild, d.h. suchen nach größerer persönlicher Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit. Das traditionelle sowjetische Frauenbild – Emanzipation im Berufs- und Patriarchat im Privatleben – hingegen preferieren nur noch 15%. Dem „östlichen“ Frauentypus, wie er u.a. von der *Liga der islamischen Frauen* propagiert wird, suchen lediglich 9% zu entsprechen.⁸

Eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, welche Frauen informieren, Initiativen finanzieren und Bedürftige unterstützen wollen, finden sich in dem Bereich „Frauen in Beruf und Wirtschaft“. Die bekanntesten Vereinigungen sind die Anfang 1995 gegründeten *Unternehmerinnen Kazachstans* von Dina Igsatova und die im Februar 1996 registrierte *Assoziation der berufstätigen Frauen* von Raušan Sarsenbaeva. Gerade im Berufsleben werden Frauen diskriminiert: Bei der Einstellung, Weiterbildung und Beförderung werden meist Männer bevorzugt. Von Entlassungen sind in erster Linie Frauen (70% aller registrierten Arbeitslosen) betroffen. Die Frauenarmut steigt. Über 50% der alleinerziehenden Mütter finden langfristig keine Arbeit.⁹ Frauen, so zeigen Untersuchungen¹⁰, fehlt es im Berufs- und Geschäftsleben an Entschlossenheit, Durchsetzungsbereitschaft sowie an persönlichen Kontakten. Unternehmerinnen, welche es dennoch geschafft haben, sich in dieser männlich dominierten Welt zu behaupten, führen ihren Erfolg auf ihre Ehrlichkeit und Korrektheit bei der Abwicklung von Geschäften, auf ihre Kompetenz und Menschenkenntnis sowie ihr Verantwortungsbewußtsein gegenüber Kunden und Angestellten zurück. Probleme im Umgang mit Beamten – ein häufig genanntes diskriminierendes Moment – beklagen allerdings mehr Männer als Frauen. Allgemein schätzen Frauen die wirtschaftliche Situation kritischer und negativer als ihre männlichen Kollegen ein.

Bei der Analyse des Frauenbildes in den kazachstanischen Medien findet man weniger offen geäußerte Affronts gegen Frauen als vielmehr eine Unzahl versteckt platzierter Stereotypen. Lediglich einige meist kazachischsprachige Zeitungen wagen es hin und wieder, gegen die „satanische Emanzipation“ und den „verrotteten Feminismus“ zu wettern.¹¹ Es überwiegen aus Sowjetzeiten tradierte und importierte, vermeintlich westliche Stereotypen. Thema Nr. 1: Beruf. Er übt einen Beruf aus, weil er es kann und will. Sie, weil sie muß. Er kümmert sich um seine Arbeit und erholt sich zu Hause in seiner geliebten Familie. Sie, auch wenn sie den gleichen Job macht, zeigt ihre weibliche Seite zu Hause durch Putzen und Kochen. Thema Nr. 2: Fraueninteressen. „Kulturelle“ Themen wie

Astrologie und Psychologie oder „alltägliche“ Probleme wie Kochen und Kinder, Mode und Make-up sprechen sie an, ihn hingegen Informationen über Wirtschaft und Politik. Thema Nr. 3: Idealbilder. Die erfolgreiche Geschäftsfrau, die schöne Sekretärin und die bekannte Popsängerin sind ihre Vorbilder. Für ihn sind Frauen Objekte seines Genusses neben Autos, Champagner und anderen Luxuswaren.

Kazachstanische Frauen erfahren Diskriminierung weniger im privaten Bereich als durch **die und in der**(????) Öffentlichkeit. Insbesondere im Berufsleben erleben sie Benachteiligungen. Eine grundsätzliche Veränderung der Stellung der Frau – etwa durch eine Islamisierung der Gesellschaft – ist nicht zu erwarten. Kazachstan ist ein multinationaler Staat mit über 120 Ethnien. Der Anteil der turksprachig-muslimischen Bevölkerung beträgt derzeit ca. 60%. Traditionell ist der Islam unter den Kazachen (ca. 50% der Bevölkerung) nicht fest verwurzelt. Afghanistan und Tadschikistan gelten allgemein als abschreckende Beispiele islamischen Fundamentalismus. Darüber hinaus führt Präsident Nazarbaev eine sehr rigide Politik gegenüber religiösen Extremisten. Nicht zuletzt ist eine Vielzahl von Frauenorganisationen bemüht, die Kazachstanerinnen über ihre Rechte aufzuklären und finanziell sowie materiell zu unterstützen und zu fördern.

Marie-Carin von Gumpenberg ist ??

- ¹ Kazachstanskaja Pravda, 16.4.1998
- ² 1989 war der Bevölkerungsanteil von Kazachen und Russen noch je ca. 38%. Nun hat sich die Bevölkerungsstruktur zugunsten der turksprachigen, sunnitischen Kazachen verschoben. Über 50% der Bevölkerung sind 1998 Kazachen, ca. 32% Russen.
- ³ Die Hochzeit von Präsidententochter Alija Nazarbaeva (18) mit dem Sohn des kirgizischen Präsidenten Aidar Akaev (23) im Juli 1998 dokumentiert die Wiederbelebung dynastischer Gepflogenheiten.
- ⁴ Kazachstanskaja Pravda, 7.3.1998.
- ⁵ Adress of the President of the Republik Kazakhstan to the People of Kazakhstan on the Situation in the Country and major Directions of Domestic and Foreign Policy: Democratization, Economic and Political Reform for the New Century. 30. September 1998, in: www.prezident.kz.
- ⁶ Achmedžanova, G.: The Role of Women in the Socio-Economic and Political Life of Kazakstan. in: Republic of Kazakhstan. Report on the Status of Women, Almaty 1997, S. 19–24.
- ⁷ Frankfurter Rundschau, 23.8.1993.
- ⁸ Achmedžanova, G.: The Role of Women in the Socio-Economic and Political Life of Kazakstan. in: Republic of Kazakhstan. Report on the Status of Women, Almaty 1997, S. 24.
- ⁹ Išmuchamedova, Ljazat: Women Outside of Marriage, in: Republic of Kazakhstan. Report on the Status of Women 1997, Almaty 1997, S. 71.
- ¹⁰ Siehe: Ljudmila Efimova: Problemy ženskogo biznesa v Kazachstane, in: Fraueninformationsblätter Nr. 5, 1996, S. 6.
- ¹¹ Shakirova, Svetlana: Men and Women. Stereotypes and Overcoming Them. in: Republic of Kazakhstan. Report on the Status of Women, Almaty 1997, S. 16.

Der lange Weg zu selbstbestimmter Partizipation: Die neuen Frauenorganisationen in Rußland

von Brigitta Godel, Köln

I. Ansätze zur Lösung der „Frauenfrage“ vor der Perestrojka

Die Lösung der „Frauenfrage“ war mit Beginn der Sowjetmacht weniger ein emanzipatorisch-egalitär motiviertes Anliegen der Kommunistischen Partei als vielmehr eine politisch-ideologische Forderung zur Erfüllung der kommunistischen Gesellschaftskonzeption, der es in irgendeiner Form zu entsprechen galt. Dieser Aufgabe dienten von 1919 bis zum Jahre 1930, als die „Frauenfrage“ für gelöst erklärt und unter den Bedingungen der Einparteiensherrschaft nicht länger diskutiert wurde, die Frauenabteilungen (*Ženotdely*) der Partei. In der Folgezeit versuchten die Frauenräte (*Žensovety*) als geistige Erben das unvollendete Werk fortzusetzen. Die Bedeutung und die Wirkungsmöglichkeiten der *Žensovety* variierten dabei in der Stalin-, Chruščev- und Brežnev-Zeit beträchtlich. Die Partizipation der Frauen blieb jedoch stets „von oben“ angeleitet und kontrolliert.

II. Neue Vorgaben „von oben“ zur Bewältigung der Probleme

Die Aufforderung Gorbačevs auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Jahre 1986 zur Bildung eines einheitlichen Netzes der *Žensovety*, die – abgesehen von den illegalen Dissidentinnengruppen Ende der siebziger Jahre – die einzige offizielle frauenspezifische Partizipationsmöglichkeit darstellten, hatte in der Öffentlichkeit zunächst große Resonanz gefunden: Der Appell bewirkte die Neugründung bzw. Reaktivierung zahlreicher Frauenräte und war ein Ausdruck der tolerierten Verlagerung der politischen Initiative „nach unten“ („von oben“ initiiertes Impuls „von unten“). Hierbei war es aber weniger um die Unterstützung der im Zuge des Demokratisierungsprozesses entstehenden heterogenen Frauenbewegung, die tatkräftige Förderung weiblicher politischer Artikulation und Selbstbestimmung gegangen als vielmehr um die konkrete Mithilfe der Frauen bei der Lösung der immer

dringlicheren sozialen und ökonomischen Probleme. Letztendlich blieb die wiederaufgenommene Diskussion der „Frauenfrage“ daher fortgesetzt den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen untergeordnet und wurde nicht um ihrer selbst, besser: der Frauen willen, geführt.

III. Bewußtseinswandel und Selbstorganisation im Transformationsprozeß

Mit der Erosion des sowjetischen Herrschaftssystems und der Demokratisierungspolitik in der Perestrojka-Periode (1985–1989) ging jedoch eine Wandlung des Bewußtseins vieler Frauen einher. Wesentliche Elemente hierbei waren die nicht aufhörenden Enthüllungen (dank Glasnost¹) ihrer desolaten Lage im gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereich, die sich ständig verschlechternden ökonomischen Bedingungen, die Entzauberung bisher gültiger politisch-ideologischer Werte und Normen sowie die Erkenntnis der Notwendigkeit zu selbständigem, nicht länger durch vorgegebene (Männer-)Hierarchien bevormundetem Handeln.

In der Postperestrojka war angesichts des krisenhaften Gesamtzustands der Gesellschaft eine weitere Verschärfung, aber auch einsetzende Differenzierung und Diversifizierung der Situation der Frauen, vor allem nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahre 1991, zu beobachten.

Von den vielschichtigen, teilweise widersprüchlichen politischen und ökonomischen Umgestaltungen im Transformationsprozeß Rußlands wurden Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise betroffen. Die Ergebnisse fielen hierbei für die Mehrzahl der Frauen, die 53% der russischen Bevölkerung ausmachen, aufgrund historisch gewachsener struktureller und geschlechtsspezifischer Benachteiligungen besonders ungünstig aus:¹ Es kam zu ihrer verstärkten Diskriminierung in allen Lebensbereichen (Stichworte: gravierende Beschränkung der politischen Partizipation von Frauen an den gewählten staatlichen Organen, mangelnde Teilhabe an den entstehenden marktwirtschaftlichen Strukturen, Nichtkonkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Abbau der Sozialleistungen, Hauptverantwortung in der Familie, Verblasen von Vorstellungen der Geschlechtergerechtigkeit, weitere Unterminierung des Ansehens der Frauen im öffentlichen Bewußtsein, Pornographie, Gewalt).

Zu Beginn ihres Erkenntnis- und Emanzipationsprozesses wußten sich sowjetische Frauen mit dem überwiegenden Teil der Gesellschaft einig im Kampf gegen die Vorherrschaft und den Machtmißbrauch der Kommunistischen Partei. Ihre politische Subjektwerdung war – insbesondere nach dem Untergang der KPdSU – der Auslöser für weitergehende Forderungen nach Partizipation und damit Überwindung der an Gültigkeit verlierenden, überkommenen Machtstrukturen und patriarchalen Wertvorstellungen sowie für die Formulierung und reale Umsetzung frauenrelevanter Interessen. Hierbei darf der Fak-

tor der sich zuspitzenden wirtschaftlichen Notlage jedoch nicht zu gering veranschlagt werden. Die bisher „von oben“ angeleitete Partizipation wird nun durch die „von unten“ initiierte, sich autonom entwickelnde politische Teilhabe in Form fraueneigener Organisationen und Gruppierungen erweitert (Selbstorganisation). Die Tatsache der Gründung einer wie auch immer gearteten lokalen bzw. territorialen Frauenorganisation selbst ist ein erster, demokratisch begründeter oder beeinflusster politischer Schritt. Dies stellt einen Wandel von struktureller Bedeutung und das positive Erbe der Perestrojka dar.

In die Gegenrichtung der sozialen und politischen Aktivierung der Frauen wies die Wiedererstarkung patriarchaler Wert- und Geschlechtervorstellungen, mit der Frauen aus dem öffentlichen Leben verdrängt und zur Rückkehr in die Familie bewegt werden sollen (bei einer bisherigen Frauenerwerbsquote von 92%!). Diese auch in den Medien propagierte Tendenz zur „Renaissance des Patriarchats“² – gleichbedeutend mit einer weiteren Marginalisierung der Frau als Individuum – stand in engem Zusammenhang mit der intensivierten Besetzung insbesondere ökonomischer Machtpositionen durch Männer, die nach dem Aufbrechen der verkrusteten, repressiven Strukturen erfolgte. Sie fand paradoxerweise bei manchen Frauen Akzeptanz: Die im Alltag meist als „schwach“ erlebten Männer können so in einem glänzenderen Licht gesehen werden, was dem langersehten Wunsch nach eigener Schwäche entspricht – das Ergebnis einer inhaltlich und auf der Bewußtseinssebene kaum vollzogenen Emanzipation von geschlechtsspezifischen Stereotypen. Dies spiegelte die Schizophrenie des sowjetisch-russischen Frauenbildes zwischen Stärke in tatkräftigem Handeln und Schwäche in demütiger weiblicher Unterordnung wider.

Diese traditionelle, gegenüber individuellen, auch familienunabhängigen Lebensmodellen höchst intolerante „Rückwärts“-strömung wird vermutlich ohne einschneidende Auswirkungen bleiben: Erstens zwingt die wirtschaftliche Situation ohnehin „zum Rückzug“ (z.B. sind 70–80% der registrierten Arbeitslosen Frauen³) und erfordert individuelle Lösungen bzw. macht die Präsenz auf dem Arbeitsmarkt um so wichtiger. Zweitens stellten Frauen bisher 51% der arbeitenden Bevölkerung, bilden also eine nicht zu vernachlässigende Größe der Beschäftigungspolitik (Bedarf an Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen). Drittens sind viele Frauen Alleinverdienerinnen und auf Arbeit angewiesen bzw. ohne ihre Arbeit kann das durchschnittliche Lebensniveau einer Familie nicht aufrechterhalten werden (mindestens 40% des Familieneinkommens werden heute von Frauen bestritten⁴). Viertens wollen Frauen – insbesondere angesichts des krisenbedingt angespannten psychologischen Klimas in vielen Familien sowie des spärlichen und teurer gewordenen Freizeitangebots – nicht auf den „Therapie“- und Kommunikationswert des Arbeitsplatzes verzichten. Fünftens sind Frauen an (relative) ökonomische Unabhängigkeit gewöhnt. Sechstens brauchen auch „rei-

chere“ Frauen günstige Perspektiven für ihre Kinder, was mit hohen Kosten verbunden ist (Besuch von Privatschulen, Sporteinrichtungen usw.). Und siebtens erkennt ein Teil der Frauen die dahinter stehende ideologische, ökonomische, soziale und demographische Absicht.

IV. Die politische Initiative „von unten“: Autonome Frauengruppen (non-governmental organizations/Nichtregierungsorganisationen (NGO) seit 1990

Die NGO, die die Interessenvielfalt von Frauen in der pluralistischen werdenden russischen Gesellschaft widerspiegeln, lassen sich grob in fünf Kategorien unterteilen: politische, beruflich und wirtschaftlich orientierte, bewußtseins- und allgemeinbildende, feministische und Selbsthilfegruppen, wobei Doppelzuordnungen durchaus möglich sind. Die autonomen Frauenorganisationen können dabei auch einen relativ „offiziellen“ Charakter tragen.

Es überrascht nicht, daß die Gruppierungen in all den Politikbereichen auftauchten, in denen besondere Defizite an staatlichem Handeln – vor allem gegenüber Frauen – bestanden.

Antrieb für die Gründung politischer Gruppen war u.a. z.B. die Negierung, Mißachtung oder mangelnde Initiierung frauenpolitisch relevanter Fragestellungen (fehlende Frauenpolitik). Sie setzen sie sich weitgehend ein für eine Politik gleicher Möglichkeiten für Frauen, suchen neue Problemlösungen unter Einbeziehung frauen- und nicht nur familienpolitischer Ansätze und streben eine systematische Schulung von Frauen im politischen Bereich an. Zu diesen Organisationen gehörte z.B. die politische Bewegung „Frauen Rußlands“ (*Žensčiny Rossii*). Mit ihrem aufsehenerregenden Einzug in die Duma (1993) war sie neben anderen Programmschwerpunkten bestrebt, der mit dem Demokratisierungsprozeß einhergehenden Verdrängung der Frauen aus den gewählten Körperschaften Einhalt zu gebieten. Die Dumafraktion verstand sich jedoch nicht als unmittelbare Pressure-group für Frauenangelegenheiten, sondern als „Partei“ der Mitte und vertrat eher die traditionelle Frauenrolle. Nach einer völlig unerwarteten Niederlage bei den Dezemberwahlen 1995 (die Gründe für die 4,7% erhaltenen nur anstelle der prognostizierten zumindest 6% der Wählerstimmen sind vielfältig) konnten die *Žensčiny Rossii* nicht mehr als Gruppe in die Duma einziehen, was einen herben Sichtbarkeitsverlust von Frauen auf der politischen Bühne darstellt.

In der Fraktion waren neben engagierten Frauen aus vorwiegend akademischen Berufen auch ehemalige „Frauen des Apparats“ (z.B. die Vorsitzende der Union der Frauen Rußlands, Alevtina Fedulova) zu finden.

Die beruflich und wirtschaftlich orientierten Gruppen versuchen den negativen Auswirkungen der ökonomischen Umbruchssituation sowie wirtschaftspolitischen Unzulänglichkeiten und Widersprüchen entgegenzuwirken (un-

zureichende Wirtschafts- und Sozialpolitik). Die Palette dieser aus beruflichen Gründen Zusammengeschlossenen sowie der Geschäftsfrauen (*biznesvumen*) und ihrer Mitstreiterinnen reicht dabei von Schriftstellerinnen, Regisseurinnen, Verlegerinnen, Leiterinnen von Business-Schulen, Kosmetikerherstellerinnen bis hin zu Produzentinnen von Kunsthandwerk und Künstlerinnen. Über ihre aus Interesse oder Not geborenen spezifischen Anliegen hinaus nehmen sie auch Anteil am sozialen Leben der Gesellschaft sowie an den Initiativen der diversen Frauenorganisationen.

Diese Frauen arbeiten teilweise in ihrer gelernten Profession, die auf Hoch- oder Mittelschulbildung basiert, teilweise zeichnen sie sich aber gerade durch den Neubeginn ihrer beruflichen Laufbahn in einer Organisation bzw. einer Firma aus, die sich wirtschaftliche Erfolge zum Ziel gesetzt hat sowie die Verwirklichung der eigenen kreativen und unternehmerischen Fähigkeiten ermöglicht. In letzteren Gruppierungen sind insbesondere Frauen zwischen Mitte zwanzig und vierzig vertreten, die damit meist um rund zehn Jahre jünger als Frauen in anderen Organisationen sind. In dieser Tatsache spiegelt sich die gesellschaftliche Aufbruchstimmung mit ihrer marktwirtschaftlichen Orientierung wider, an die sich anzupassen am ehesten der jüngeren Generation gelingt.

Die bewußtseins- und allgemeinbildenden Organisationen entstanden aufgrund der Unfähigkeit des Staates, während der Transformationsperiode in allen Bereichen dringend erforderliche Hilfs-, Beratungs- und Bildungsprogramme zu lancieren (ungenügende Bildungs- und Sozialpolitik). Diese Gruppen (Frauenklubs) haben sich zum Ziel gesetzt, die beginnende Suche der Menschen nach Selbsterkenntnis, individueller Neuorientierung und ihrem Platz im gesellschaftlichen Wandlungsprozeß zu unterstützen. Gleichzeitig wollen sie die Rolle der Frauen dabei überprüfen und ihre unzureichende Beteiligung daran reflektieren. So gehören die Entwicklung neuer Denk- und Verhaltensmuster wie auch des religiösen und globalen ökologischen Bewußtseins, die Hebung des Selbstwertgefühls der Frauen, Erfahrungsaustausch, Selbstverwirklichung, Bildungs- und Umschulungsprogramme u.a. zu ihrem Tätigkeitsfeld. Insbesondere in diesem Bereich wird deutlich, wie die Selbstorganisation der Frauen zur Aufgabe der resignativ-passiven Grundhaltung sowie zur Formulierung und Reklamierung ihrer bisher nicht berücksichtigten Interessen beitragen kann.

Die Mitglieder dieser Gruppen rekrutieren sich vorwiegend aus Frauen mit Hochschulbildung. Zu ihren Teilnehmern können aber auch Männer zählen, deren bisweilen unangefochtene Dominanz im Rahmen der Fraueninitiativen – vor allem, wenn sie die „Sache der Frauen“ befürworten oder sogar egalitäre Geschlechterbeziehungen unterstützen – für die russische Realität und Tradition charakteristisch ist. Ob sie sich aus Empathie, Eigennutz oder mangelnder Kompetenz in „Männersachen“ engagieren, sei dahin gestellt.

Die feministischen Frauengruppen bildeten sich angesichts des ideellen und geistigen Vakuums nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, in das die neuen, häufig mißverstandenen demokratischen Wertvorstellungen nur teilweise und sehr allmählich eindringen konnten (mangelnder gesellschaftlicher Wertkonsens). Diese Frauenorganisationen entdecken die als bürgerlich verschrieene, mit Vorurteilen belastete und aus Ignoranz verurteilte oder belächelte eigene feministische Vergangenheit (von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis 1917)⁵ und studieren westliche Feminismustheorien. Daß es sich dabei um keine reine Übernahme westlicher Feminismusmodelle handeln kann, sondern es sie auf russische Verhältnisse umzumünzen gilt, steht für alle Gruppierungen außer Zweifel. Denn sie wissen um die spezifisch russischen Emanzipationsbedingungen der vergangenen Jahrzehnte (z.B. wenig befreiende individuelle und kollektive Erfahrungen mit gelebter „Gleichberechtigung“, keine autonome, radikalreformerische Frauenbewegung, unterschiedliche Bedeutung und Bewertung der Arbeit von Frauen in West und Ost) wie auch die weithin vorhandenen Feminismus-„phobien“. Die Frauen erleben feministisches Denken bei ihrer politischen, gesellschaftlichen und ideellen Neuorientierung als befreiende und inspirierende Kraft und sehen in ihm das Fundament für die Herstellung egalitärer Geschlechterbeziehungen und damit den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft Gleichberechtigter, in der die „Probleme der Frauen“ die Probleme aller sind. Dabei bleibt die Feminismuskonzeption nicht ohne Auswirkungen auf den politischen und gesellschaftlichen Diskurs (Programm und Satzung der Gesamtrussischen gesellschaftlichen und politischen Bewegung *Žensčiny Rossii* von 1996⁶ sowie Auseinandersetzungen in Presse, Rundfunk und TV). Zwei Sommerschulen (1996 und 1997 veranstaltet vom Moskauer *Gendernyj centr* und der Universität Tver⁷) sollten zur Entwicklung der Genderforschung und zur Fortsetzung der aktiven Aufklärungsarbeit hinsichtlich des Charakters der Geschlechterrollen (Stereotype) und des Sexismus in der russischen Gesellschaft beitragen.⁷ Feministisches Denken wird dabei heute nicht doktrinär zementiert, sondern es weist Durchlässigkeiten und Nuancen auf.

Wiederum sind es überwiegend Frauen mit Universitätsabschluß, die sich in solchen Vereinigungen engagieren.

Die Einrichtung von Selbsthilfegruppen bot oft den einzigen Ausweg aus schwierigen individuellen und materiellen Notsituationen, in denen von staatlicher Seite keine entsprechende soziale Betreuung und konkrete Unterstützung zu erwarten waren (unzureichende Sozialpolitik). Diese Organisationen als Ausdruck für Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Bürgerengagement – von den Soldatenmüttern, die z.B. anlässlich des Tschetschenienkriegs unverzichtbare Akzente setzten, den kinderreichen bzw. alleinerziehenden Müttern bis zur psychotherapeutischen Hilfe für diverse Problemgruppen und zu ALANON (Angehörige von Alkoholikern) – sehen ihre

Hauptaufgabe in gegenseitiger Hilfe und Ermutigung angesichts ähnlicher Schwierigkeiten.

Finden sich in den zuvor genannten Frauenorganisationen eher Akademikerinnen und intellektuelle Frauen, so sind in den Selbsthilfegruppen Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten vertreten.

Über diese defizitdefinierten Aktivitäten hinaus versuchen die diversen Frauenorganisationen jedoch auch, auf die gesellschaftliche Weiterentwicklung insgesamt mit frauenspezifischen Impulsen einzuwirken.

V. Fazit

Obwohl die *Žensovety* als „traditionelle“ Struktur von den NGO vielfach abgelehnt werden bzw. in ihrer heutigen Bedeutung umstritten sind, ist aufgrund mancher positiver organisatorischer Grundzüge und frauenpolitischer Aktivitäten einerseits ihr Zusammengehen mit neuen autonomen Frauengruppen, andererseits ihr Fortbestehen als parallele, modifizierte Einrichtung zu beobachten. Bisweilen findet auch die völlige Transformation eines *Žensovet* in eine autonome Frauenorganisation statt.

Die politische Ausrichtung, die Intensität der Arbeitsweise sowie der Wirkungsgrad der verschiedenen NGO sind recht unterschiedlich. Daß ihre Aktivitäten und Initiativen zur Sichtbarmachung der Frauen im weitesten Sinne jedoch merklichen Einfluß auf die Perzeption und Reaktion der Führung nehmen, zeigen – wenn auch unzureichend realisierte – staatliche Maßnahmen (Programme, institutionelle Veränderungen) sowie die zunehmende Hinzuziehung einzelner Organisationen und Personen zur Beratung der Regierung. Dennoch ist weiteres politisches Handeln unabdingbar.

Die begonnene überregionale Vernetzung der NGO – heute ca. 400 – zum Aufbau einer horizontalen Informationsstruktur bei zwei Treffen in *Dubna* (1991 und 1992) eröffnet trotz vorhandener Schwierigkeiten die Aussicht auf vermehrte Aktions- und Politikfähigkeit.

Da die autonomen Frauenorganisationen einen Teil der übrigen unabhängigen gesellschaftlichen Bewegungen und Institutionen „von unten“ darstellen, scheinen sie wie diese – angesichts der Wirren und langen Dauer des Umbruchsprozesses einerseits sowie der eingeschränkten politischen Handlungsfähigkeit „von oben“ andererseits – zu einem nicht unwesentlichen Faktor für die Stabilisierung und Fortentwicklung der Gesellschaft insgesamt zu werden.

An der Unumkehrbarkeit des in Rußland eingeleiteten frauenspezifischen Emanzipationsprozesses dürfte sich nichts Grundlegendes ändern, selbst wenn weitergehende allgemeine Emanzipations- und Demokratisierungsbemühungen durch konservative Ausrichtungen in Politik und Gesellschaft behindert werden sollten. Diese Annahme stützt sich auf das zu beobachtende Selbstbewußtsein vieler autonomer Frauenorganisationen, das – vor dem Hintergrund der gewandelten politischen, ökonomi-

schen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – aus den zwischenzeitlich genutzten Handlungsfreiheiten und -möglichkeiten sowie erzielten Ergebnissen resultiert.

Brigitta Godel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Probleme in Köln.

- ¹ Vgl. hierzu z.B.: Marilyn Rueschemeyer, Difficulties and opportunities in the transition period. Concluding observations, in: Marilyn Rueschemeyer (ed.), Women in the politics of postcommunist Eastern Europe, S. 225 ff. (Ort, Jahr????)
- ² Natal'ja Rimaševskaja, Social'no-demografičeskaja situacija i social'naja politika, in: Ličnost' i sem'ja v pochu peremen, Institut social'no-konomičeskich problem narodonaselenija RAN, Moskau 1994, S.12.

- ³ Vgl. u.a.: Natal'ja Tichonova, Arbeitslosigkeit in Rußland, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 52/1998, S. 11.
- ⁴ Lilija V. Babaeva, Ženščiny Rossii v uslovijach social'nogo pereloma: rabota, politika, povsednevnaia žizn', Rossijskij obščestvennyj naučnyj fond, Naučnye doklady 34, Moskau 1996, S. 165.
- ⁵ Svetlana Ajvazova, Kratkij kskurs v istoriju feminizma, in: Ženščina Pljus, 2/1994, S. 16–20; Bianka Pietrow-Ennker, Charakter und Strategien der russischen Frauenbewegung (2. Hälfte des 19. Jahrhundert bis zur Oktoberrevolution), in: Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München 1996, München 1997, S. 227 f.
- ⁶ Ustav. Programma, Obščerossijskoe obščestvenno-političeskoe dviženie ženščin Rossii, Moskau 1996.
- ⁷ Moskovskij centr gendernych issledovanij (Hrsg.), Materialy Pervoj Rossijskoj letnej školy po ženskim i gendernym issledovanijam „VALDAJ-96“, Moskau 1997.

Strategien polnischer Frauenorganisationen¹

von Gesine Fuchs, Hannover

Widersprüchliche Entwicklungen, potentielle Konflikte: eine Gesellschaft in der Transformation

Der nunmehr zehnjährige soziale, ökonomische und politische Umbruch in Ostmitteleuropa hat den Frauen der Region widersprüchliche Ergebnisse gebracht: auf der einen Seite haben sich politische und kulturelle Artikulationsmöglichkeiten für Frauen eröffnet ebenso wie ökonomische und berufliche Entwicklungschancen. *Grosso modo* hat sich aber ihre ökonomische Situation relativ zu jener der Männer verschlechtert. Frauen sind öfter arm oder *working poors*, öfter und länger als Männer arbeitslos, sie federn mit Extraarbeit die sozialen Kürzungen ab, die durch die Finanzkrise des Staates entstanden sind, in Ungarn und Polen ist die Selbstbestimmung über den eigenen Körper durch restriktive Abtreibungsgesetze eingeschränkt. Konservative Rollenmodelle beanspruchen nun kulturelle Hegemonie, obwohl die Lebensrealität von Frauen eher dem realsozialistischen Ideal der Mutter-Arbeiterin als dem der bürgerlichen Familie gleicht.

Eine starke politische Organisierung und Protest von Frauen gegen ihre sich verschlechternde Situation blieb auch in Polen (anders etwa als bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern im Schiff- oder Bergbau) zunächst aus. Viele Wissenschaftlerinnen versuchten, Gründe für den „ausbleibenden Feminismus“ zu finden. Angeführt wurden die vorherrschende Tradition kollektiver Rechte vor Individualrechten (Tatur 1991, Marody 1993), fehlende objektive Interessensgegensätze zwischen den Geschlechtern im Realsozialismus (Watson 1993 und 1995), das entmündigende Erbe des „Paternalistischen Staatssozialismus“ (Dölling 1991, Verdery 1994). Flankierend wurde auf die fehlende Tradition unabhängiger

Frauenbewegungen, auf die Diskreditierung des Gleichheitsgedankens durch die verkürzte sozialistische Emanzipationsideologie und auf die Konservierung alter Rollenstereotypen in Verbindung mit biologistischen und antifeministischen Auffassungen hingewiesen (vgl. Matynia 1995 und die Länderberichte in Chowdhury/Nelson 1994). Verstärkend für Polen kommt die Tradition katholischer Normen und Wertvorstellungen hinzu, die teilweise in nationale Mythen übergehen (*Matka Polka*).

Zwar weisen diese Erklärungen auf wichtige soziale Tatsachen hin, bieten aber für die polnische Entwicklung in den neunziger Jahren weniger überzeugende Argumente: In Polen gibt es etwa 30.000 Nicht-Regierungs-Organisationen, darunter viele von Frauen organisierte und getragene Gruppen. Ein „Informator“ polnischer Frauenorganisationen verzeichnete 1995 über 80 Einzelgruppen und Dachorganisationen und zusätzlich noch einige Forschungseinrichtungen. Ein Index des Fraueninformationszentrums Ośka vom Januar 1999 führt 244 Organisationen und aktive Regionalgruppen auf, die sich in den Bereichen Arbeit, Bildung, Sexualaufklärung, Gesundheit, Gewalt, Recht und Wohlfahrt engagieren. 40% der Organisationen sind im Bereich Arbeit/Ausbildung tätig bzw. bieten einschlägige Weiterbildungen an. Sie beraten und schulen Frauen bei Bewerbungen, bei Buchhaltung und Computer und stärken in Kursen das Selbstbewußtsein und das Qualifikationsprofil. Sie stellen Infrastruktur für Bewerbungen zur Verfügung und beraten rechtlich bei Diskriminierungserfahrungen. Die größeren unter ihnen werden häufig durch ausländische Stiftungen unterstützt. Seit 1989 ist also eine zivilgesellschaftliche Organisationsbasis entstanden, damit Frauen als wichtig wahrge-

nommene eigene Interessen vertreten (für einen deutschsprachigen regionalen Überblick vgl. Lemke/Penrose/Ruppert 1996).

Entstehungsgründe politischer Organisation polnischer Frauen

Es lassen sich zwei Ansatzpunkte der Mobilisierung der polnischen Frauen ausmachen. Die seit 1989 heftig geführte Abtreibungsdiskussion fungierte als Kristallisationspunkt für viele Frauengruppen, in diesem Kontext wurden auch Ansprüche auf Gewissensfreiheit und Privatsphäre artikuliert, etwa mit den Komitees für ein Referendum in der Abtreibungsfrage, die auf weitere, insbesondere kirchenkritische Bevölkerungskreise, anziehend wirkten. Diese Entwicklung verweist auf die Organisationsfreiheit als *conditio sine qua non* in Transformationsgesellschaften, damit sich unterschiedliche Meinungen bilden und auffächern können. Noch 1991 artikuliert sich in der „gesellschaftlichen Konsultation“ des polnischen Parlamentes über das Abtreibungsrecht hauptsächlich die katholische Kirche gegen Abtreibungen. 1995 dagegen – und das ist das zweite Mobilisierungsmoment – gab es die erste öffentlich wahrgenommene Auseinandersetzung verschiedener Frauenorganisationen zur Definition der Situation polnischer Frauen für die Weltfrauenkonferenz in Peking: In einer ausdifferenzierten Zivilgesellschaft wurde offen um Wertehegemonie gestritten. Am Ende wurden drei Berichte, nämlich von der Regierung, vom Forum der Nicht-Regierungsorganisationen und von katholischen Nicht-Regierungsorganisationen eingereicht.

Die Diskreditierung der Gleichheit als politisches Ziel wird teilweise dadurch aufgehoben, daß viele Frauen, die aus der Oppositionsbewegung bekannt sind, die drängen sozialen und politischen Probleme der Frauen anzusprechen und so zu einer thematischen Akzeptanz im öffentlichen Diskurs beitragen. Auf sie fällt kein Zweifel postkommunistischer Kumpanei. Unterstützt wurde das durch die 1991 gegründete Parlamentarische Frauengruppe (zu der heute allerdings nur noch Frauen aus Nichtregierungsparteien gehören), die mehrmals Gesetzesinitiativen startete. Informelle Gruppen wie „Kobiety Też“ (Frauen Auch) ermuntern Frauen zur Kandidatur für ein politisches Amt und schulen interessierte Frauen konkret. Die Wahrnehmung von Diskriminierung als Diskriminierung und nicht als biologisches Schicksal durch berufstätige Frauen ist beispielsweise in den letzten Jahren stark angestiegen (vgl. CBOS 1997).

Die Relevanz politischer Organisation für die Demokratisierung

Ausgehend von diesen Entwicklungen muß eine Forschungsfrage heute lauten, warum sich polnische Frauen engagieren, welche Themen sie dabei besetzen und mit welchen Strategien sie arbeiten. Das Wachsen von Frauen-

organisationen und ihrer politischen Arbeit ist aus theoretischen Gründen für die weitere Demokratisierung der polnischen Gesellschaft essentiell: Demokratie besteht einerseits aus einer Reihe von formellen Institutionen – den „prozeduralen Minima“ von Robert Dahl, ist aber auch eine Art und Weise, in der von Entscheidungen betroffene Individuen Einfluß auf diese Institutionen und damit auf ihr Leben nehmen. Eine inklusive Staatsbürgerschaft muß die gleichen zivilen, politischen und sozialen Rechte für alle BürgerInnen herstellen. Dazu gehört auch die anerkannte Legitimität von politischer Partizipation und Repräsentation der Gruppe der Frauen (vgl. dazu Kaldor/Vejvoda 1997, Jonasdottir 1988 und Phillips 1994). Die inhaltliche Konsultierung von Gruppeninteressen ist die Voraussetzung für ihre Repräsentierung in politischen Entscheidungsgremien. Zur Analyse dieses Entwicklungsprozesses lassen sich Ansätze der Bewegungsforschung produktiv anwenden, etwa das Konzept der dualen Logik sozialer Bewegungen. Dieses Konzept besagt in der Konsequenz, daß nur mit der Neudefinition kultureller Normen, individueller und kollektiver Identitäten, Interpretationsmodi, Form und Inhalt von Diskursen (mit den *politics of identity*) erfolgreich a) die Anerkennung neuer politischer Akteure/innen (*politics of inclusion*) in die politische Gesellschaft und b) die Einflußnahme auf das „Universum des politischen Diskurses“ (*politics of influence*) gelingen wird (Cohen/Arato 1994: 529f.).

Genau die Notwendigkeit der „Identitätspolitik“ als der politischen Gesellschaft vorgelagert zeigt, daß nicht nur die Herausbildung von Konflikt- und Vermittlungsmustern in der politischen Öffentlichkeit untersucht werden müssen, sondern auch Auseinandersetzungen zwischen und



Charakteristikum der polnischen Zivilgesellschaft ist es, daß immer wieder Persönlichkeiten in die politische Gesellschaft gehen (wollen).*

innerhalb von gesellschaftlichen Akteuren. Ein wichtiges Konzept dazu ist das der Zivilgesellschaft, das für eine empirische Fragestellung jedoch möglichst offen gefaßt werden muß. Zur Zivilgesellschaft gehören freiwillige (und nur freiwillige) Zusammenschlüsse, Organisationen, Verbände, soziale Bewegungen und Formen öffentlicher Kommunikation, die nicht zwangsläufig

binnendemokratisch sein müssen. In der Zivilgesellschaft werden nämlich auch Auseinandersetzungen um die kulturelle Vorherrschaft von Werten, Normen und Identitäten geführt, d. h. sie ist ein Zentrum der Demokratisierung. Sie ist von der politischen Gesellschaft im engeren Sinne getrennt, mit der sie nicht verschmelzen will. Forderungen aus der Zivilgesellschaft können sich auf die politische Gesellschaft beziehen (Einflußpolitik im engeren Sinne), aber auch auf die zivile Gesellschaft selbst. Die Pluralisierung und organisatorische Ausdifferenzierung des zivilgesellschaftlichen Raumes ist positiv zu werten, weil sich damit auch die Formulierung von Interessen und Forderungen vollzieht (vgl. dazu auch Bernhard 1996 und Lauth/Merkel 1998).

Framing als analytisches Konzept

Für die konkrete Analyse der Aktivitäten polnischer Frauenorganisationen im zivilgesellschaftlichen Diskurs erweist sich das Konzept des „Framings“ als geeignet. Es ermöglicht, der Bedeutung von kulturellen Kontexten nachzugehen und herauszufinden, wie (unterprivilegierte) Gruppen dies für sich einsetzen.

Der Ansatz des „Framings“ stammt aus der Bewegungsforschung. Er geht davon aus, daß Menschen „frames“, also Rahmen haben, die grundlegende Interpretationsmuster darstellen. Frames organisieren Erfahrung und erleichtern Orientierungsleistungen. Sie leiten individuelle sowie kollektive Handlungen an (Snow/Nenford 1988: 198). Um nun Individuen und Gruppen zu mobilisieren, können soziale Bewegungen das Framing ihrer Themen betreiben. Framing bedeutet, daß Ereignissen und Bedingungen eine neue Bedeutung zugewiesen wird. Dabei findet ein Dreischritt statt: eine soziale Tatsache wird analysiert und problematisiert, dann wird ein Lösungsvorschlag entwickelt und drittens gibt es einen erfolgreichen Aufruf zur Aktion. Soziale Tatsachen, die als bedauerlich, aber tolerierbar bewertet wurden, sind nun skandalisiert. Man kann verschiedene Arten des „Framing“ betreiben: verschiedene bestehende, ideologisch kongruente Bezugsrahmen können miteinander verbunden werden; das eigene Thema kann in einen größeren Rahmen gestellt werden oder aber man ändert den Rahmen an sich, sozusagen das „Universum des Diskurses“. Drei Bedingungen müssen für erfolgreiches Framing erfüllt sein. 1. Die behaupteten Fakten müssen nachprüfbar und tatsächlich vorhanden sein (*empirical credibility*). 2. Es muß eine erfahrungsmäßige Vergleichbarkeit geben, d. h. der Rahmen muß Antworten und Lösungen zu Situationen bieten, die mit der bisherigen Wahrnehmungsweise dieser Situation harmonisieren (*experiential commensurability*). 3. Das Framing muß in den Geschichten und Mythen des kulturellen Erbes Resonanz finden, die Ereignisse und Erfahrungen in der Gegenwart formen (*narrative fidelity*, narrative Wiedergabetreue).

An zwei unterschiedlichen Strategien, eine auf die breite Bevölkerung und eine auf politische Eliten gerichtet, läßt sich m. E. nach ein Framing polnischer Frauenorganisationen ablesen.

1. Die Kampagne „Halt häuslicher Gewalt“ – „Powstrzymać przemoc domową „

Anders als im Westen, wo Gewalt gegen Frauen zu Beginn der feministischen Bewegung thematisiert wurde, war dies in Osteuropa bis vor kurzem tabuisiert. 1995 schlossen sich in Polen Organisationen verschiedener Grundüberzeugung und Stoßrichtung zu einem breiten Bündnis, der „Niebieska Linia“ (blaue Linie, blaues Telefon) zusammen, um häusliche Gewalt zu bekämpfen². Das ist wichtig, weil im NGO-Bereich postkommunistischer Gesellschaften eine eher skeptische Zurückhaltung gegenüber organisatorischen Zusammenschlüssen besteht. Die Niebieska Linia besteht aus Frauenorganisationen, Kinderschutzbünden, Wohlfahrtsvereinen und Anti-Alkoholiker-Initiativen. Die Niebieska Linia arbeitet hauptsächlich mit psychologischer und rechtlicher Beratung von Opfern, mit öffentlicher Aufklärung und Verbesserung der Kenntnisse und Möglichkeiten der beteiligten Organisationen. Seit 1995 besteht auch eine landesweite Gratis-Telefonnummer für alle Fragen rund um häusliche Gewalt. Monatlich gehen zwischen 320 und 400 Anrufe ein.

Im November 1997 gab es eine besondere, mit Regierungsgeldern unterstützte, öffentliche Kampagne mit Fernsehspots und Fernsehdiskussionen, mit Plakaten und Presseberichten über lokale Hilfsangebote bis hin zu Tests „Wie gewalttätig bin ich?“ in Zeitungen.

Der Erfolg war enorm: im November 1997 wurden 853 Anrufe auf 2 Telefonleitungen gezählt und damit das technisch mögliche Maximum erreicht. Die örtlichen Häuser für Gewaltopfer wurden überlaufen, ebenso die Beratungsstellen, so daß einige Einrichtungen baten, ihre Adressen nicht mehr zu veröffentlichen. Die Kampagne war landesweit sichtbar (56% erinnerten sich einen Monat später in einer repräsentativen Umfrage daran) und die Reaktionen waren überwiegend positiv. Sogar die Katholische Kirche hatte sich nicht von dieser Aktion distanziert, ein Erfolg im Vergleich zu früheren Aktivitäten.

Es stellte sich als nicht überraschend heraus, daß 80% der Gewaltopfer Frauen sind, die unter körperlicher und psychischer Gewalt ihrer (Ex)-Partner leiden. Immerhin 10% der Opfer sind mißhandelte Kinder.

Häusliche Gewalt wurde mit der Kampagne ein Stück delegitimiert, und der Ansturm hatte zur Folge, daß lokale Behörden die Existenz dieses Problems nicht mehr infrage stellen können. Die schon erwähnte Umfrage zeigte eine große Ablehnung (um die 70%) von Gewalt und eine hohe moralische Verpflichtung, einzugreifen. Immerhin ein Viertel der Befragten gaben zu, in ihrem Umkreis im letzten Jahr Gewalt erlebt zu haben.

Meine These ist, daß Frauenorganisationen den Rahmen von „Familie“ erfolgreich benutzt haben, um Gewalt gegen Frauen unter der Bevölkerung zu thematisieren. Die Kampagne war empirisch glaubwürdig; die Problemdefinition stimmte mit der Erfahrung vieler Menschen überein und eine Kampagne gegen Gewalt in der Familie, gegen pathologische Tendenzen ist kulturell akzeptabel. Weil Polen eine familienzentrierte Gesellschaft ist, konnte der Rahmen gut eingesetzt werden; das Primär-Kollektiv konnte als bedroht gezeichnet werden. Akzeptierend dürfte auch gewirkt haben, daß konsequent alle Familienmitglieder als von Gewalt betroffen gezeigt wurden. Dieses Framing zielte auf die Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise und knüpfte an ihr Alltagswissen an. In einer öffentlichen, zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung wurde der hegemoniale Rahmen der Familie benutzt, aber auch transformiert, weil ihm zugrundeliegende Annahmen widerlegt wurden: die Familie ist eben nicht mehr oder nur Schutz vor der feindlichen Welt. Die bisher nur bedauerliche Tatsache der häuslichen Gewalt, die überwiegend Frauen trifft, wurde skandalisiert. Nach der Kampagne Ende 1997 arbeiten die Organisationen weiter am Thema. Allerdings sollte auch das Framing fortgesetzt werden, etwa durch die Ausbildung von Multiplikatoren. Nach dem Regierungswechsel 1997 allerdings strich Kazimierz Kaspera, der neue Regierungsbeauftragte für Familienfragen und Fundamentalkatholik, schon überwiesene UN-Gelder für geplante Kampagnen. Sein letztjähriger Familienbericht war umstritten, ebenso seine Äußerungen zur Finanzierung neuer niedrig dosierter Anti-Baby-Pillen (unnötig, da nur weiblicher Genuß) und von Viagra (bevölkerungspolitisch sinnvoll) durch die Krankenversicherung. Innerhalb der Regierungskoalition scheint Kaspera jedoch akzeptiert.

2. Europäisches Recht und internationale Vernetzung

Im zweiten Beispiel sind politische Eliten die Adressaten. Zwei Besonderheiten der postkommunistischen Transformationsgesellschaften sind dabei von Bedeutung: zum einen ist der externe, internationale Einfluß auf die institutionelle Ausgestaltung relativ groß. Zum zweiten besteht der NGO-Bereich nur zu einem Teil aus Basisinitiativen. Einen Entwicklungsschub hat sie durch die Unterstützung ausländischer Stiftungen erhalten, durch die viele Vereine Infrastruktur, Projekte, Publikationen usw. aufbauen konnten. Hier arbeiten z. T. „professionelle Aktivistinnen“, die Einflußkanäle zu etablieren suchen, etwa durch informelle Kontakte zu Parlamentarierinnen oder bis 1997 im NGO-Forum der Regierungsbeauftragten für Frauen, die das Forum als Beratungsgremium etablieren wollte.

Mit Verweis auf europäisches und internationales Recht argumentieren Aktivistinnen, daß sich die rechtliche und faktische Situation für Frauen in Polen verbessern muß.

Diese Begründung scheint erfolgversprechend, weil in der polnischen politischen Kultur der Verweis auf die zivilisatorische, geistesgeschichtliche und religiöse Zugehörigkeit zu Europa eine wichtiger Teil von Identitätsbildung

Foto: Gestine Fuchs



Informelle Gruppen wie *Kobiety Też* agitierten für die Wahl von mehr Frauen ins Parlament.**

ist, ein „narrative fidelity frame“. Nur eine Minderheit der politischen Eliten bekennt sich nicht zu „Europa“. Schließlich hat sich Polen 1997 eine „euro-kompatible“ Verfassung geben, die die Übertragung staatlicher Aufgaben an suprastaatliche Institutionen wie die EU erlaubt. Internationale Verträge werden nun unmittelbar geltendes Recht in der Republik Polen. Wo Gesetze diesen Verträgen widersprechen, gelten die Verträge. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde in allen Lebensbereichen festgeschrieben (Artikel 33 der Verfassung)³. Konsequenterweise wurden 1996 diskriminierende Arbeitsschutzbestimmungen, die Frauen etwa wegen der „Vibrationen“ den Beruf der Busfahrerin verboten, geltenden ILO-Konventionen angepaßt. Ebenfalls seit 1996 sind beim Erziehungsurlaub, der Sorge für kranke Kinder usw. beide Elternteile gleichgestellt.

Aus Anlaß des 50. Jahrestags der UNO-Menschenrechts-erklärung haben 1998 Frauenorganisationen aktiv die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen gesucht und konnten damit ihre Isolierung durchbrechen⁴. In diesem Milieu wurden Experten für die Unteilbarkeit von Frauenrechten als Menschenrechten sensibilisiert. Damit verbindet sich die Hoffnung, daß das Universalitätsargument in Polen auch heute bei den PolitikerInnen auf Aufmerksamkeit stößt, waren Menschen- und Bürgerrechte doch in realsozialistischen Zeiten zentrales Anliegen der Opposition. Die faktische Durchsetzung ratifizierter UNO-Konventionen wäre ein Erfolg für Frauen, da diese häufig weitergehen als polnische Gesetze. Die Wirksamkeit der Strategie muß sich allerdings noch in

der Praxis zeigen, denn das Verwaltungshandeln und sogar Gesetze widersprechen gerade bei der Gleichberechtigung häufig Verfassung und internationalen Verträgen: Polen ist in dieser Hinsicht kein Rechtsstaat. Keine Fraktion im Sejm und erst recht keine Regierungspartei fühlt sich zur Zeit verpflichtet, bei „Europa“ auch „Gleichstellung“ mitzudenken.

Einen Ausweg kann hier die internationale Vernetzung bieten, durch den sich polnische Frauenorganisationen in den Kontext der internationalen Frauenbewegung stellen und deutlich machen, daß sie nicht alleine kämpfen. Anfang 1997 wurde KARAT gegründet, eine regionale ostmitteleuropäische Koalition, die die Fortschritte bei der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform beobachtet und kritisch begleitet. Einzelne Organisationen, wie die „Federacja na Rzecz Kobiet i Planowania Rodziny“ (Föderation für die Sache der Frau und Familienplanung), sind Berichterstatte(r)innen für UN-Organisationen und die WEDO (Women's Environment and Development Organization, <http://www.wedo.org/>), die weltweit die Einhaltung von Verpflichtungen durch Regierungen beobachtet. Die internationale Vernetzung ermöglicht es auch, internationalen Druck auszuüben. Erfahrungsgemäß ist es den Regierenden weniger unangenehm, im Inland angegriffen zu werden, als wenn Polen beispielsweise vor der UNO-Menschenrechtskommission in Genf erwähnt oder gar gerügt wird.

Nicht zuletzt diese Rechtspraxis verdeutlicht die widersprüchlichen Transformationsergebnisse für Frauen. Es zeigt sich auch, wie wichtig die zivilgesellschaftliche Organisation von Frauen ist, damit tatsächliche gleiche Rechte politisch eingefordert und schließlich umgesetzt werden, damit also in Polen die Demokratisierung weitergeht.

Gesine Fuchs ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover.

Literatur

Bernhard, Michael: Civil Society after the First Transition. Dilemmas of Post-Communist Democratization in Poland and Beyond, in: *Communist and Postcommunist Studies* 29, No.3 (1996), 309–330.
 CBOS: *Aspiracje zawodowe kobiet a życie rodzinne* [Berufliche Aspirationen von Frauen und Familienleben], Warszawa 1997: CBOS BS/12/12/97.
 Chowdhury, Najma; Nelson, Barbara (Hrsg.): *Women and politics worldwide*, Yale University Press, 1994.
 Cohen, Jean L.; Arato, Andrew: *Civil Society and Political Theory*, Cambridge, Mass.; London: MIT Press, 1992.
 Dölling, Irene: Über den Patriarchalismus staatssozialistischer Gesellschaften und die Geschlechterfrage im gesellschaftlichen Umbruch, in: *Utopie kreativ* No. 7 (1991), 25–32.

Jonasdottir, Anna G.: On the concept of interest, women's interests, and the limitations of interest theory, in: Dies. (Hrsg.): *The political interests of gender*, London: Sage 1988, S. 33–65.

Kaldor, Mary; Vejvoda, Ivan: Democratization in central in east european countries, in: *International Affairs* 73, No.1 (1997), 59–82.

Lemke, Christiane; Penrose, Virginia; Ruppert, Uta: *Frauenbewegung und Frauenpolitik in Osteuropa*. Frankfurt/M.: Campus, 1996.

Marody, Mira: Why I am not a feminist: some remarks on the problem of gender identity in the United States and Poland, in: *Social Research* 60, No. 4 (1993), 853–864.

Matynia, Elzbieta: Finding a Voice: Women in Postcommunist Central Europe. in: Basu, Amrita (Hrsg.): *The Challenge of Global Feminisms*, Boulder: Westview, 1995, 374–404.

Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* No. 6–7 (1998), 3–12.

Phillips, Anne: Democracy and Representation, or: why should it matter, who our representatives are? in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 34/1994, S. 63–76.

Snow, D.; Benford, R. D.: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: Klandermans, B.; Kriesi, Hanspeter; Tarrow, Sidney (Hrsg.): *International Social Movement Research*, Vol. 1 London: J. A. Press, 1988, 197–217.

Tatur, Melanie: Warum gibt es keine Frauenbewegung in Polen? In: *Feministische Studien* 9, No. 1 (1991), 96–107.

Verdery, Katherine: From Parent-State to Family Patriarchs: Gender and Nation in Contemporary Eastern Europe, in: *East European Politics and Societies* 8, No. 2 (1994), 225–255.

Watson, Peggy: Osteuropa: Die lautlose Revolution der Geschlechterverhältnisse, in: *Das Argument* No. 202 (1993), S. 659–874.

Watson, Peggy: Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnisse in Osteuropa, in: *Das Argument* 37, No. 5/211 (1995), 721–730.

* Wanda Nowicka, Vorsitzende der Föderation für die Sache der Frau und Familienplanung, kandidierte als Senatorin mit dem Motto „Eine Gesellschaft gleicher Chancen“.

** Der Text des Plakates lautet „Gemeinsam Leben – gemeinsam regieren – Stimme für Frauen! Daß dieser Gedanke außerordentlich provozierend wirkt, zeigen die eingefügten sexistischen Kommentare (aus „gemeinsam leben“ wird „Geschlechtsverkehr“, aus „gemeinsam regieren“ wörtlich „pimmelich regieren“).

¹ Dieser Text entstand im Rahmen der Arbeit an einer Dissertation mit dem Arbeitstitel „Einfluß und politische Funktion von Frauenorganisationen in der Demokratisierung Polens 1990–1997“ an der Universität Hannover.

² Die folgenden Informationen basieren auf der Auswertung „grauen Materials“ der Niebieska Linia.

³ In diesem Artikel ist auch das Recht des gleiches Lohns für gleichwertige Arbeit festgehalten, eine Formulierung, die sicher nicht zufällig ist.

⁴ Die nachfolgenden Informationen stammen zum Teil aus einer Vortragsveranstaltung mit Barbara Limanowska von Ośka, dem Fraueninformationszentrum, an der Universität Warschau vom Januar 1999.

Sur Place Stipendien in Rußland

von Ingrid Spiller, Berlin

Seit nunmehr fünf Jahren vergibt die Heinrich Böll Stiftung Jahresstipendien an begabte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Rußland. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Memorial in Moskau und dem Institut für unabhängige soziologische Forschungen in St. Petersburg werden jährlich 28 Stipendien mit dem Ziel vergeben, neuartige historische, soziologische, kultur- und rechtswissenschaftliche Forschungen anzuregen. Gefördert werden vor allem junge Wissenschaftlerinnen in den Regionen jenseits der großen russischen Metropolen: rund 70% der Geförderten sind Frauen, zwei Drittel kommen nicht aus Moskau oder St. Petersburg.

Das Programm möchte dazu beitragen, die Herausbildung eines neuen, veränderten Wissenschaftsverständnisses zu fördern – eine wichtige Voraussetzung für die Herausbildung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen in Rußland.

Finanziert wird das Programm durch das Studienwerk der Heinrich Böll Stiftung mit Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Die Auswahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten erfolgt in einem in ganz Rußland ausgeschriebenen jährlichen Wettbewerb durch eine unabhängige Jury. Angesprochen werden Studierende sowie junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit der Aufarbeitung der sowjetischen Repressionsgeschichte, der aktuellen Menschenrechtssituation in Rußland sowie soziologischen Forschungen beschäftigen. Das Stipendium ermöglicht ihnen, zumindest für einen begrenzten Zeitraum ökonomisch abgesichert an ihren Studien und Forschungen zu arbeiten und notwendige Literatur zu beschaffen. Da sie nicht nur im Förderzeitraum, sondern auch darüber hinaus durch die beiden Partnerorganisationen der Heinrich Böll Stiftung, die Gesellschaft Memorial und das Institut für unabhängige soziologische Forschungen, wissenschaftlich betreut werden, können die Stipendiatinnen und Stipendiaten aus ihrer wissenschaftlichen Isolation herauskommen und neue Anregungen und Unterstützung für ihre Arbeit gewinnen. Einen wichtigen Stellenwert nimmt in diesem Zusammenhang die jährlich stattfindende Konferenz ein, auf der die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Arbeiten zur Diskussion stellen. Sie erhalten dabei ein Feed Back von eingeladenen Spezialist(inn)en aus Rußland, Deutschland und aus anderen Ländern, die auch zu den Konferenzschwerpunkten referieren. Im letzten Jahr etwa berichtete ein Referent aus Südafrika über die Arbeit der Wahrheitskommission in Südafrika und stellte damit einen Weg der Vergangenheitsaufarbeitung vor, der den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern bis dahin unbekannt war.

Etwa ein Drittel der Geförderten erhält außerdem die Gelegenheit zu einem zweimonatigen Forschungsaufenthalt in Deutschland. Sie werden je nach Themenschwerpunkt an verschiedenen wissenschaftlichen Instituten in der Bundesrepublik betreut und erhalten somit einen Einblick in die Literatur und in die neuere wissenschaftliche Diskussion zu ihrem Themenbereich, zu denen sie zu Hause in diesem Ausmaß meist keinen Zugang haben.

Das Sur Place Programm in Rußland bietet schon jetzt einen kleinen, aber zielgerichteten und effektiven Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Rußland, für die die Förderung sozialwissenschaftlicher, an Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit orientierter Forschung wichtiger Bestandteil ist. Die in den meisten Regionen Rußlands einzigartige Möglichkeit, finanzielle Förderung für wissenschaftliche Arbeiten zu weitgehend tabuisierten Themen zu erhalten und darüber hinaus in ein Netzwerk von Wissenschaftler(inn)en und Aktivist(inn)en eingebunden zu werden, die sich mit einer ähnlichen Problematik beschäftigen, hat häufig das gesellschaftliche Engagement der Stipendiatinnen und Stipendiaten gestärkt. Insbesondere diejenigen, die zu Fragen der sowjetischen Repressionsgeschichte arbeiten, kämpfen gegen eine wieder stark zunehmende Zahl von administrativen, politischen und/oder durch Korruption begründeten Behinderungen um einen freien Zugang zu den Archiven, um eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung voranzubringen.

Die Erfahrungen mit der deutschen Vergangenheit haben gelehrt, wie wichtig und notwendig die aktive Aufarbeitung der eigenen Geschichte für den Aufbau demokratischer gesellschaftlicher Strukturen ist. Ein weiteres wichtiges Element ist die Einbindung eines Staates und seiner verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen und Gruppen in demokratische internationale Zusammenhänge. Die Förderung des wissenschaftlichen Austausches innerhalb Rußlands und auf internationaler Ebene ist ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Ingrid Spiller ist Diplom-Geografin und arbeitet als Referentin im Studienwerk der Heinrich Böll Stiftung. Sie ist dort zuständig für die Förderung ausländischer Stipendiat(inn)en.

Heinrich Böll Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel: 030/28534 403
email: spiller@boell.de

Global Governance – Chancen und Grenzen aus frauenpolitischer Sicht

von Eva Maria Hinterhuber, Berlin/Frankfurt (Oder)

Wie wirken sich Globalisierungstendenzen, wie die Entstehung internationaler Finanzmärkte oder der Siegeszug neuer, virtueller Informationstechnologien auf die Lebenssituation von Frauen aus?

Globalisierung als Chance?

Die Petersburger Frauenrechtlerin Ol'ga Lipovskaja schätzt die Konsequenzen der Globalisierung für Frauen in Rußland als ambivalent ein – Frauen seien zwar primär betroffen von den negativen Entwicklungen, gerade im Bereich sozialer Absicherung, auch träten neue Problemlagen und Marginalisierungsformen hinzu, wie beispielsweise der international agierende Frauenhandel, der in der Russischen Föderation ein alarmierendes Ausmaß erlangt hat. Andererseits jedoch sieht Lipovskaja auch die positiven Seiten der Entwicklung: Frauen profitierten z.B. von den neuen Informationstechnologien und nutzten diese zur Herausbildung von Netzwerken untereinander.

Diese Einschätzung findet sich auch bei der postmodernen Theoretikerin Saskia Sassen, die aber noch einen Schritt weiter geht und in der Globalisierung eine Chance für die internationale Frauenpolitik sieht: „Globalization is creating new operational and formal openings for the participation of non-State actors and subjects. Once the sovereign State is no longer viewed as the exclusive representative of its population in the international arena, women and other non-State actors can gain more representation in international law; and give new meaning to older forms of international participation, such as women's longstanding work in international peace efforts“ (Sassen 1996: 31).

Also frauenpolitisches Agieren auf internationaler Ebene statt auf der nationalstaatlichen als Erfolgsstrategie der neunziger Jahre?

Dieser Frage und dem an sie anschließenden Themenkomplex auf den Grund zu gehen, war Anliegen der von der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie und der Heinrich-Böll-Stiftung unter der Regie des Schwerpunktes Politikwissenschaftliche Frauenforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen organisierten internationalen Tagung mit dem Titel „Global Governance – Politische Verhandlungssysteme und internationale Frauenpolitik“ (13.11.–15.11.1998 in Gießen), die somit das Thema Globalisierung einmal aus einer positiven Perspektive angehen wollte.

Dabei wurde die Tagung nach vier Gesichtspunkten strukturiert: Nach einer Einleitung von wissenschaftlicher Seite durch die erhellenden und durchaus gegensätzlichen Vorträge von Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz und Dr. Uta

Ruppert wurde die Frage nach relevanten Verhandlungsereignissen, aber auch nach den positiven wie negativen Erfahrungen der Akteurinnen mit politischem Handeln auf internationaler Ebene erörtert.

In einem weiteren Schritt wandte man sich der Bewertung von Verhandlungsverfahren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit aus frauenpolitischer Sicht zu. Von zentralem Interesse war hierbei, inwieweit unterschiedliche Verfahren – unabhängig von den verhandelten Inhalten – auch die Ergebnisse des Verhandlungsprozesses präformieren.

Noch einmal zurück auf eine grundlegendere Ebene führte der dritte Tagungspunkt, der sich mit den Potentialen der internationalen gegenüber der nationalen Verhandlungsebene auseinandersetzte.

Durch die Beteiligung aller Referentinnen an dem abschließenden *Round Table* zu den Chancen und (wünschenswerten, durchaus auch utopischen) Varianten von Verhandlungsprozessen aus frauenpolitischer Sicht gestaltete sich das Ende der Tagung eher als ein Ausblick auf die unter den verschiedenen Ansatzpunkten möglichen Strategien sowie deren Bewertung durch international agierende Akteurinnen.

Ausgangspunkt für die bereits in der Ankündigung zur Tagung postulierte These, daß in der Gegenwart „Governance statt Government ... die Perspektive erfolgreicher Institutionalisierung frauenpolitischer Fortschritte“ zu sein scheint, waren die frauenpolitischen Errungenschaften als Ergebnis von UN-Konferenzen wie in Rio de Janeiro, Kairo und Peking. Frauen sahen und ergriffen die Chance, auf die international normgebende Ebene der Vereinten Nationen Einfluß zu nehmen – ein Bestreben, das die Journalistin Christa Wichterich als „Suchbewegung nach Macht auf globalisiertem Terrain“ charakterisierte.

Scheinerfolge auf internationalem Parkett

Dabei war dieses Ansinnen zum Teil durchaus von Erfolg gekrönt: So stellte Dr. Flavia Pansieri von UNIFEM (United Nations Development Fund for Women) anhand des Beispiels der CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women), einer der international akzeptiertesten Konventionen zum Schutz von Frauenrechten und deren Anwendung im nationalen Kontext, die Sinnhaftigkeit von Global-Governance-Instrumenten in den Vordergrund. Dabei hob sie die ursprünglich aus finanziellen Gründen entstandene, inzwischen jedoch als erfolgreich erprobte Zusammenarbeit von UNIFEM mit nationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hervor.

Die vermeintlich positive Resonanz, auf die NGOs seit einiger Zeit in der internationalen Politik stoßen, vermag aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß dieses Feld, wie die Gießener Politologin Uta Ruppert hervorhob, nach wie vor hierarchisch, nicht-transparent und machtzentriert ist, um nur einige Eigenschaften zu nennen. Denn die neue Aufgeschlossenheit gegenüber NGOs in den internationalen Beziehungen ist vielfach nur eine „scheinbare Öffnung bei gleichzeitiger Verhaltensstarre“, zitierte die Sozialwissenschaftlerin Ruth Klingebiel Ulrich Beck.

Gerade die Umsetzung von internationalen Abkommen auf nationalstaatlicher Ebene und deren Kontrolle, die als das eigentliche Kriterium zur Messung des Erfolgs von Global Governance aus frauenpolitischer Sicht gesehen werden muß, stellt sich als sehr problematisch heraus. Zwar, so Ruth Klingebiel, ermöglichen die UN-Konferenzen eine Normsetzung aus Frauensicht; angesichts der oft mehr als zögerlichen Realisierung der Beschlüsse seitens der Unterzeichnerstaaten muß jedoch die Frage gestellt werden, ob die häufig postulierten Fortschritte in der internationalen Frauenpolitik nicht überschätzt werden. Eine schöne Metapher für diesen Zwiespalt fand Toko Matshe vom Women's Resource Center aus Zimbabwe: „Oftmals bekommen wir die Krümel vom Tisch und glauben, wir hätten gegessen“ – die Gruppe der NGO-Aktivistinnen sei zu schnell dankbar dafür, überhaupt mit dabei sein zu können.

Gleichzeitig fehlte es den Teilnehmerinnen an der Tagung nicht an Selbstkritik: Die bereits einleitend von Barbara Holland-Cunz aufgeworfene Frage nach der demokratischen Beschaffenheit der internationalen Zivilgesellschaft selbst wurde von verschiedenster Seite aufgegriffen. Auf den Bruch mit dem eigenen demokratietheoretischen Ideal durch die Dominanz der Perspektive bestimmter Weltregionen machte Ol'ga Lipovskaja aufmerksam und zog als Beispiel das Machtgefälle zwischen NGOs des Westens und den östlichen Organisationen, die vielfach finanziell von ersteren abhängig sind, heran. Christa Wichterich wiederum warnte nicht nur vor der Überschätzung des bereits Erreichten, sondern auch davor zu unterschätzen, daß die zunehmende Professionalisierung von NGO-Aktivistinnen zur Individualisierung führt und daß die Institutionalisierung von NGOs diese untereinander weiter differenziert.

Das Spannungsverhältnis von globaler und lokaler Ebene

Auf allgemeines Interesse stieß die Diskussion des Spannungsverhältnisses zwischen der globalen und lokalen Ebene: „How can local thinking and local acting transform the global thinking and acting?“, formulierte Vivienne Taylor von der für die Entwicklung des *empowerment*-Ansatzes bekannten südafrikanischen Organisation DAWN. Bei der Beantwortung dieser Frage kristallisierte sich ein bemerkenswerter Unterschied in Abhängigkeit von dem jeweiligen politischen System des Herkunftslandes der einzelnen Teilnehmerinnen heraus, der Dr. Jutta Joachim von der Universität Madison/Wisconsin zur folgenden These bewegte: Global Governance erweise sich insbesondere für NGOs aus Ländern ohne eine entwickelte Zivilgesellschaft als taugliches Instrument für (frauen-)politisches Engagement, während in Ländern mit einer intakten *civil society* das Augenmerk eher auf die lokalen Eingriffschancen gerichtet werden müsse. Für die Richtigkeit dieser These ließen sich auch Hinweise aus Rußland finden, wo vor allem von Seiten der Menschenrechtsorganisationen immer wieder betont wird, daß die versuchte Einflußnahme auf und im Idealfall eine Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen gegenwärtig die einzige Möglichkeit sei, die russische Regierung zum Umdenken und Handeln zu bewegen.

Verschiedene Ansichten waren in bezug auf die angestrebten Ziele vertreten. Flavia Pansieri argumentierte, indem sie Toko Matshes Bild vom gemeinsamen Mahl aufgriff, daß der erste Schritt sein müsse, an den Tisch zu kommen, um dann nach Tischmanieren verlangen zu können. Damit stieß sie auf erheblichen Widerspruch, den Vivienne Taylor folgendermaßen zum Ausdruck brachte: „We have to ask if we want a bigger piece of a rotten pie or whether we want to change the ingredients.“ Auch Toko Matshe unterstrich, daß sie keine Korrekturen, sondern Alternativen anstrebe. Als Mittlerin trat Helen O'Connell von der Londoner Organisation WIDE auf, indem sie argumentierte, daß erst die Kenntnis der Strukturen (ver-)handlungsfähig macht.

Eva Maria Hinterhuber promoviert derzeit an der FU Berlin und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) in Politischer Wissenschaft.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://userpage.fu-berlin.de/~oei>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Internationale Frauenpolitik in Ost- und Ostmitteleuropa

von Ursula Frübis, Berlin

Eine feministische Bewegung in Ost- und Ostmitteleuropa lebt im Gegensatz zu der in Westeuropa in keiner ihr zugestandenen Nische. Die Frauen Ost- und Ostmitteleuropas sind mit einer besonderen Problemlage konfrontiert: Sie müssen sich gleichzeitig mit der postsozialistischen Restrukturierung des sozialen Lebens, einer *diffused class structure*, einer mafiösen Wirtschaft und dem rapiden Absinken ihres Lebensstandards auseinandersetzen. Auf einem Arbeitstreffen der „Karat Coalition“, das am 10. und 11. Oktober 1998 in Prag stattfand, traf ich die in den neuen Netzwerken arbeitenden Frauen, die auf diese schwierigen bis katastrophalen Situationen reagieren.

Einige Monate zuvor wurde ich durch einen Vortrag von Kinga Lohmann in Berlin auf die „Karat Coalition“ als erstes Ost-Ostfrauenetzwerk aufmerksam. Die polnische Wissenschaftlerin Kinga Lohmann fungiert als derzeitige Koordinatorin des überregionalen Netzwerkes, das Frauen-NGOs aus Albanien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Mazedonien, Polen, Rumänien, Rußland, der Slowakischen Republik und der Ukraine miteinander verbindet. Hervorgegangen ist diese Organisation aus einer Konferenz im Warschauer Hotel „Karat“ im Februar 1997, auf der sich diejenigen Frauen, die sich im September 1995 zum ersten Mal auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking kennengelernt hatten, erneut trafen. Diese Frauen nahmen sich nach Peking als Frauen einer Region wahr, die in den internationalen Foren entweder kaum gesehen oder mit einem negativen Image verbunden wurde. Diese Einsicht wurde zum Ausgangspunkt ihres Anliegen „to promote and ensure de facto gender equality by promoting the Platform for Action of the United Nations IV World Conference on Women (Beijing, 4–15 September 1995) and making the region visible in the international fora. The Karat Coalition members take care of monitoring the implementation of the Platform for Action as well as National Action Plans.“¹

Die „Karat Coalition“ findet hier den Anschluß an eine institutionalisierte Funktionsweise der neueren Frauenbewegung als Teil der internationalen Zivilgesellschaft. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Verflechtung mit dem System der Vereinten Nationen. Anfang der 60er Jahre wurden Frauen in den südlichen Kontinenten als „Ressource“ für den Entwicklungsprozeß in den einzelnen Mitgliedstaaten der UN „entdeckt“. Das Abschlußdokument der 1. Weltfrauenkonferenz, der „Weltaktionsplan“ von Mexiko², enthielt umfassende Richtlinien zur Frauenförderung bis 1985. 1979 nahm die Generalversammlung der UN das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau“, kurz Frauenrechtskonvention (CEDAW), an. Die Frauenrechtskonvention ist das erste internationale Rechtsinstrument, das die Diskriminierungen von Frauen defi-

niert. Die Frauenrechtskonvention enthält ein konkretes Aktionsprogramm, das die einzelnen Vertragsstaaten zur Durchführung von gesetzgeberischen und anderen Maßnahmen verpflichtet. Die Konvention sieht u.a. Sanktionen und Schutzmaßnahmen gegen die Diskriminierung der Frau (Art. 2), zeitweilige Sondermaßnahmen zur beschleunigten Herbeiführung der de-facto-Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 4), rechtliche Maßnahmen zur Abschaffung jeder Form des Frauenhandels und der Ausbeutung von Frauen durch Prostitution (Art. 6) sowie politische Partizipationsrechte (Art. 7) vor.

Doch in den meisten Staaten fehlen zur Umsetzung der Gleichstellungsmaßnahmen sowohl der politische Wille als auch die geeigneten Durchsetzungsinstrumente. Hier werden die ost- und ostmitteleuropäischen Staaten keine Ausnahme bilden, oder sollte den Frauen der „Karat Coalition“, die mit einem hohen Aufwand an diesem Projekt gearbeitet haben, ein Erfolg auf den unterschiedlichen Verhandlungsebenen beschieden sein?

Im März dieses Jahres wird die „Karat Coalition“ in New York vor den Vereinten Nationen auf der 43. Sitzung der CSW („Commission on the Status of Women“) ihren „Regional Report on Institutional Mechanisms for the Advancement of Women in the countries of Central and Eastern Europe“ vorlegen.

Die bulgarische Frauen-NGO „Women’s Alliance for Development“ hat ihre Erfahrungen bereits gemacht. Ihren Bericht finden Sie, ausnahmsweise in englischer Sprache, auf den folgenden Seiten.



Ursula Frübis ist Frauenbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

email: lachs@zedat.fu-berlin.de

Kontakt Karat Coalition:
Karat Coalition, ul. Franciszkańska 18/20
00-205 Warsaw, Poland
tel. /fax: 00 48 22 635 47 91; email: karat@waw.pdi.net
<http://www.kobiety.com/ekarat.htm>

¹ Broschüre der Karat Coalition, 1998.

² Report of the World Conference of the International Women’s Year. Mexico City, 19 June – 2 July 1975. United Nations Publications (Sales No. E. 76.IV.1), New York 1976.

Bulgarias Report on the Institutional Mechanisms for the Advancement of Women (since the Beijing conference)

von Regina Indsheva and Pavlina Filipova, Sofia

Currently, Bulgaria is but the only country in Central and East Europe without a national machinery for the advancement of women.

In 1998, the UN Committee on the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW) stated with regard to the report of the Government of Bulgaria.

"The Committee noted with concern that the Government of Bulgaria apparently lacked an understanding of article 4.1 of the Convention. As embodied in the Convention, special, temporary measures or affirmative action meant the establishment of programmes that advantaged women more than men. They required undermining formal equality for a certain period of time in order to achieve de facto equality in the long term. The reference by the representative of the Government of Bulgaria to earlier retirement age for women than men cannot be regarded as a measure of affirmative action. The Committee was concerned that there were no special laws aimed at bringing about women's de facto as well as de jure equality and that the Government had not demonstrated a commitment to introduce special, temporary measures in the near future."¹

Guarantees for the advancement of women are not in place. The only relevant legal provision FOR DE JURE EQUALITY is the Constitution of the Republic of Bulgaria, in force since 1990. In fact, the Constitution states, that all citizens are equal regardless social status, religion, ethnic origin, sex etc. Women are mentioned only in connection with marriage, otherwise "mothers" are subject to special protection by the State. There is no legal guarantee for equal pay for equal value of work.²

Background: Transition and Reform Efforts in Bulgaria 1989–1998

In the last eight years a fundamental process of transition from totalitarian political regime and centrally planned economy to pluralistic democracy and market economy has been taking place in Bulgaria. The collectivist tyranny of communist ideology and practice started to be replaced by individual freedoms and a new social contract between citizens and governments.

Since 1990 four Parliaments, nine Governments and three Presidents of Bulgaria have been trying to identify a development path, which will take the country out of the deep economic crisis and isolation and will bring it to the family of the modern European societies. The reform agenda was set up quite early in this process – creating a pluralistic political system (first democratic elections were held in 1990), adopting a new Constitution

(1991), ensuring human rights and freedoms, liberalising the economy, reforming the State administration, developing civil society. However enthusiastic at the beginning, the process of democratisation soon proved to be difficult and uneven. Bulgaria managed to avoid civil unrest and violence during this period. But after 1989 for six years it was directly or indirectly governed by post-communists, who slowed down or only imitated reforms and who got widely known for their economic policy for "nationalising losses and privatising profits" of the state economic sector, which still accounted for 80% of the whole sector. This brought the country to the deepest crisis it has ever experienced in its modern history.

Transition from a totalitarian regime of communist type that is determined by a profound redefinition of the role of the State. While before 1989, the fall of the Iron Curtain, the State owned and controlled virtually all spheres of public and private life (as no other dictatorship established elsewhere in the world), after 1989 the crucial struggle was, whether the State should withdraw from the economy, allowing for free market, and private economic and civil initiative. However, after the collapse of economy in 1996, which led to the deepest social crisis, experienced by the Bulgarian people, and radical political changes, since 1997 the question is not whether, but how much and how fast the State can withdraw from economy (including the social services market), allowing for decentralization and self-government. Additional obstacles for development, resulting from the year-long struggle around the redefinition of the role of the State, are organized crime and corruption within the state institutions, currently illustrated by a public argument between central and local government (about where corruption is worse).

The social cost of transition: Poverty

In 1996–1997 people in Bulgaria were forced into a struggle for sheer survival. The country was in a state of hyperinflation – the annual inflation rate reached 311% in 1996 and the currency depreciation was 3,000%! This situation seriously damaged people's incomes, devaluated their savings and created massive poverty. Wages and pensions were seriously eroded by the inflation – in US dollar equivalent, the average monthly wage fell from about \$ 110 in 1995 to \$ 20 in the first months of 1997. This is particularly significant for Bulgaria where the main sources of income are wages and salaries and the share of other types of income, that are not so severely affected by the inflation, is very minimal, e.g. income from property – 1,2%, income from entrepreneurship – 6%.

Although employed, people faced poverty, hardship and insecurity. The number of households with income below subsistence level reached 54% in 1996 and those below the social minimum level rose from 41% in 1990 to 73% in 1996. The purchasing power of the population halved and it created changes in household consumption: the share of expenses for foodstuff were increased from 36% in 1993 to 55,9% in 1997. The average monthly pension fell by 65% in the period 1990–1996. Drastic negative changes in the level of consumption and security occurred for women-headed households, pensioners, families with many children, people with disabilities, people from some ethnic minorities. This massive impoverishment was an unexpected result of the transition, and it had a shocking effect on the public.

Poverty is growing among women-headed households, which comprise 21,4% of households in Bulgaria, and their number continues to grow due to the higher life expectancy of women (63% of old age people are women), the increasing number of divorces and the fall of the marriage rate. 64,9% of female households are prevalently poor from the point of view of absolute poverty, but they are also poorer than male-headed households. Factors of poverty among women are related to their role as careers within the family, to limited territorial mobility and lack of appropriate skills, that prevent them from successfully competing at the tight labour market. Women also experience growing hidden discrimination in employment and have limited access to re-training. The impoverishment of such large groups of women of different age and social background is rooted in structural reasons of gender inequality, which are generally not recognized. Strategic intervention efforts by the Government are subsequently condemned to fail.

Another new phenomenon which deepened people's disorientation and challenged their egalitarian perception of the society was the widening gap between income levels – in 1996 the wealthiest 20% of the population received income which was 5,8 times higher than the poorest 20%. Together with the understanding that these differences were inevitable in a free market environment there was a strong disapproval to the process of income stratification and also a strong expectation that everybody should have an "equal start and equal opportunities" and "the State should regulate incomes".

Unemployment was also a new problem for Bulgarians. It occurred as a result of several pressures. The first was the crisis itself which forced budget cuts in state subsidies, especially in the industries, public sector and state administration – this resulted in cutting subsidized work places which were ineffective or unnecessary and in shrinking the personnel to the minimum possible. Protective labour legislation was neglected or changed, which affected women in the private sector especially. The second was the structural adjustment which was initiated in 1996 with an agreement between Bulgaria and the IMF but which started to fully operate in 1997–1998 – re-

structuring of economy required closure of loss-making enterprises and privatisation, both of which caused massive lay-offs of people. Employment in the public sector dropped by 21,1%. At the same time the private sector was not developed enough to absorb the work force released by the structural reform. In 1996 only 35,5% of active population were actually working. In the beginning of 1998 the level of registered unemployment continued to be around 14%. As a direct consequence of economic, social and demographic development, now in Bulgaria there are four people depending on each worker.³

Economic and social crisis management still prevail in the mentality of policy making. The current Government outlined a program for its four-year mandate, that is rather specific with regard to financial and economic stabilization, privatization of state-owned enterprises, promotion of private business, fight against mafia and organized crime, public administration reform and regional decentralization, but very unspecified with regard to social reform. Sustainable development as strategic concept is considered something lying far beyond the mandate of this Government.

Transition and Anti-Feminism

Equality between men and women as a principle stood at the basis of the Marxist doctrine and it was seen as providing women with full and equitable access to economic activity outside home. Equal access to employment, it was argued, would inevitably and automatically lead to equality in all other spheres. Practically, women were provided with paid jobs outside home both, for ideological, but more importantly for pragmatic reasons due to the demand for cheap labour of the extensively developing economy. Although the principle "equal pay for equal work" was applied in practice and the State (as the only employer) provided unified salary rates for all levels and types of work, in average women received lower wages. Disregarding their achievements in education women had to conform with marginalised positions and limited career chances. In general, this situation left generations of Bulgarian women with very frustrating experience from being "equal workers". Women were not emancipated as individuals but as members of collective productive entity. They were expected to comply with their triple role "good worker, caring mother and wife, active citizen". Changes in gender based power relationships was not envisaged. At the same time there were some positive effects of the compulsory employment – several generations of women were socialized and educated at home and at school with expectation and positive motivation to have paid employment outside home.

Subsequently, it is the common believe of institutions, NGOs and people, that we have already dealt with this problem in Bulgaria, that this is not an issue any more. Or, that the necessary progress has already been achieved and gender equality is not a priority on the contemporary

reform agenda. Yet, promoting women's human and social rights bares certain "retro-communist" flavour and it is seen as quite "reactionary" in the context of desired transition to liberal market economy.

Action Undertaken by the Government

a) Institutional Mechanisms for the Advancement of Women

From October 1995 to January 1997 an inter-ministerial "National Council for Social and Demographic Issues" has been in existence, with an unclear mandate to advise the government on minority and gender issues and to serve as mechanism for cross-sector dialogue (between government and non-governmental organisations). The Council was presided by the Deputy Prime-Minister in charge of social policy. According to the NAP, i.e. in terms of "short-term goals" (in other words: not executed) it was envisaged:

"1. Establishment and financial provision for a separate structure for promotion of equal opportunities for both gender, with the National Council on Social and Demographic Issues. The newly formed institution should work for:

- extensive education campaign for equal opportunities in support of active measures against violence in or out of the home;
- adoption of measures against sexual harassment at the workplace;
- participation of women in decision making;
- development of criteria for evaluating the actual opportunities to both genders in the various spheres of life;
- close cooperation with women's organizations, inclusive of political and other non-governmental organizations.

2. Establishments of structures for promotion of gender equality in the state administration."⁴

The National Council appeared as an "Intergovernmental Commission on Equality" in the governmental report to the UN (the reported Head of the "Commission" was Vice Prime Minister, the stated address was that of the Foreign Ministry), but in fact there was never set up institutional mechanism for the advancement of women whatsoever, part of the executive power. By doing so, the former Government assumed its obligations in a formal way trying to fulfill the NGO community's expectations (the Fourth World Conference on Women was the very first UN conference with a significant Bulgarian NGO participation) as well as to formally appear as an accurate partner of the international community (reporting to the UN fills several pages of the "National Action Plan").

In February, 1997 the Interim Government (February-May) closed this Council. In December 1997 the current Kostov Government created a new National Council for Social and Demographic Issues, which does not have a

mandate to follow up on gender, but on minorities only, although the government reported to CEDAW⁵ in January 1998, that this Council is being working on the implementation of CEDAW and the Beijing Platform, i.e. the National Action Plan, thus confirming its commitment for the first time.

It remains unclear, whose responsibility the implementation of the National Action Plan is. There is no primary ministry or governmental agency authorized to undertake or coordinate practical steps. Several Ministries (of Justice and European Legal Integration, of Labour and Social Policy, of Foreign Affairs etc.) have been involved in gender sensitization training under various programmes offered by the European Union, OSCE and the Council of Europe, but so far there are no signs of attempts of mainstreaming gender. The existence of gender issues is being denied as such.

b) The National Action Plan

In 1996 an inter-ministerial working group headed by the Secretary General of the Ministry of Labour and Social Affairs (a woman), after consulting twice with women's NGOs, succeeded in developing a national action plan. It was adopted by the Government in October 1996, shortly before it was forced to resign, and duly reported to the UN.

The document was initially named "Measures To Implement The Beijing Platform", intended to serve as a kind of "Letter of Intention", and although it was presented to the public under the title "National Action Plan", parts of the text state the initial title.

With regard to the contents the main conclusions are:

- The "Plan" indicates the necessity of the elaboration of a National Action Plan in an unspecified future (this is repeated at least three times).
- It does not contain any time-lines or short-term tasks, any responsibilities (but nevertheless it states the NGOs' responsibility for implementing the Plan), any expected or measurable results.
- The NAP is not based on funds allocated for its implementation. The only funding indicated is funding from foreign sources, such as the EU Phare program, UNDP, as well as fundraising by women's not-for-profit organisations.

Therefore, the above mentioned document never influenced public policies in any way. It became never known to the wider public. Information on the results of the few projects meant to bring about gender equality is not available.

The document itself is badly structured and completely unclear about the vision, particular steps and mechanisms. It is a combination of wishful thinking and sticking to a socialist type of governance. The patriarchal perception (the patrimonial role of the state, women needing welfare,

violence as "crimes perpetrated against and by women" etc.) is obvious when there is a complete absence of short-term tasks.

The Plan ranges the following priority areas: women's human rights, women and the economy, unemployment/poverty and social security (in terms of vague ideas about enabling environment for mobilizing women's own potential), women and environment, education and vocational training, access to and improvement of health services, violence against women and girls, women in culture "for conflict resolution", fostering the role of mass media and of women's NGOs and cross-sector cooperation.

Priorities as by the Bulgarian NAP:

- Protection of women's rights and their equality in society.
- Ensuring the rights of women in the sphere of labour, social security and social assistance.
- Equal access of women to the political, economic and social life in Bulgaria.
- Increase of employment and reduction of unemployment among women.
- Reducing the poverty among women and improvement of social assistance and social welfare.
- Ensuring full and adequate participation of women in environment protection and reduction of ecological risks to their health.
- Ensuring equal access of women to health care and medical services.
- Prevention and elimination of all forms of violence against women and by women.
- Solving the problems of women related to gender equality in society, with the peaceful means of culture and cultural interaction.
- Improving the role of the mass media for achievement of full and true gender equality.
- Cooperation and interaction with non-governmental women's and other organizations for solving the problems of women.

With regard to practical implementation the NAP envisages in the longer term:

- Preparation of long-term strategic plan for achievement of equal opportunities for women and men in Bulgaria.
- Formation of Commission on gender equality, comprising the social partners and the women. The Commission should have the appropriate authority for supervision, arbitration and education activities.
- Adoption of measures by the Government with the active participation of NGOs against all forms of violence against women.

- Formation of a contact group comprising representatives of the Government, the NGOs and the representative missions of international inter-governmental organizations to Bulgaria.

The two main policy documents issued by the Government in 1997 (Bulgaria 2001; National Strategy for the Accession to the European Union) do not mention any action directed at the advancement of women, in contrary to minorities and so called "non-traditional" religious groups that are rather high on the official human rights agenda.

c) Particular Actions Undertaken by Government

- UNDP Business incubator for women – a small scale pilot project in the Rhodopes region of Devin (South East Bulgaria) – in cooperation with the National Employment Agency. The project started end of 1997, information about results was not available.
- Certain local Labour Offices offer job search skills training for women, as for instance in some districts of Sofia city. Except for the participants, the training itself is not gender-oriented.
- There is a consensus between the political parties in Parliament that the Bulgarian Family Code needs to be completely reformulated. This process has started.
- In 1996, the Penal Code was amended by harsher penalties for sexual violence against minors and adolescents, as well as for forcing people into prostitution, sexual exploitation, child prostitution, and kidnapping and trafficking in "human beings". (No changes to provisions applicable to domestic violence have been made so far.)

Recommendations

The Government of the Republic of Bulgaria needs to review previous commitments in order to come up with a step-by-step strategy for their implementation, that reflects the fundamental changes in the development policy. Based on the good results, achieved with regard to financial stabilisation, the drastic limitation of inflation, the slow increase of people's incomes, the regained state control over the economy and the administration (fought back from mafia and corruption), advancing privatisation and economic and social restructuring, Government is now in the position to urgently face the reality of the gender aspect of transition. This is the only way to prevent a lasting impoverishment of two thirds of the Bulgarian population. Practical steps should include:

- A review and re-definition of the existing National Action Plan by an inter-ministerial working group (Ministry of Labour and Social policy, Ministry of Interior, Ministry of Justice and European Legal Integration, Ministry of Education, Ministry of Health, Youth Council), using all available expertise offered by the European Union, Council of Europe, the

European Parliament's Equality Commission, CEDAW experts, Bulgarian women's NGOs, researchers etc. The Plan should determine concrete, measurable goals, benchmarks, responsibilities, and funding sources.

- A review of national machineries, existing in other (including neighbouring) countries with the necessary legislative provisions for the establishment of a Bulgarian National Machinery for the Advancement of Women, in accordance with the Beijing Platform. A national Council for Gender Equality as focal point for Government-NGO cooperation should be established.
- The assignment of an experts team to develop a strategy and a practical (training) guide for mainstreaming gender in all policies at national and local level, using all tools for mainstreaming and gender audit already developed, e.g. by the European Commission.
- The Ministry of Justice and European Legal Integration should be responsible for adapting the Bulgarian legislation to the standards of EU legislation for gender equality. Particularly, the Constitution should be amended with a definition of discrimination, based on CEDAW Article 1.
- The institution of a Human Rights Ombudsperson, funded by the state budget, but independent from administration and political parties, should be introduced as soon as possible. Citizens should be provided with the opportunity to appeal to the Constitutional Court in their individual capacity.
- The provision of adequate funding, including matching funds, for collecting gender disaggregated data and for gender studies.

Regina Indsheva und Pavlina Filipova sind Leiterinnen der WAD (Women's Alliance for Development) in Bulgarien und Mitglieder der KARAT Coalition.
email:wad@yellowpages-bg.com

Adresse: Women's Alliance for Development
 Regina Indsheva, Pavlina Filipova
 52 Neofit Rilski St., 1000 Sofia, Bulgaria
email:wad@olb.net
 tel./fax: + 359-2-980 5532

or de jure equality, now tended to impede a proper understanding of the complex issues of discrimination, such as structural and indirect discrimination, which further compounded the situation of the de facto inequality for women. (...) The Committee considered that the persistence of the emphasis on women's role as mothers, together with the extensive protection provided to women as mothers, tended to perpetuate sex role stereotypes and reduce the father's role and responsibility in the upbringing of the children. This made it difficult for the Government to promote new concepts of men's and women's roles without appearing to interfere, once again, with individual choices and desires."

- ³ Bulgaria 2001 – Program of the Government of Republic of Bulgaria, 1997.

Bulgaria: National Program for Social Development (follow-up to the Declaration and the Programme of Action for Social Development, Copenhagen), 1996

National Human Development Report, Bulgaria 1998, UNDP Poverty in Transition, Bulgaria, 1998, ILO/UNDP

Women in Poverty, Bulgaria, 1998 ILO/UNDP

National Statistical Institute of the Republic of Bulgaria: Statistical Yearbook 1997.

- ⁴ National Plan for Action To Implement the Government's Commitments With Regard to the Beijing Declaration and the Global Platform for Action.

- ⁵ As most governments, namely those of the CEE region, the Government of Bulgaria finds it difficult to understand the essential difference between de jure and de facto equality. Often the very concept of gender is dismissed as "western nonsense". Government tries to argue, that since there is no explicit discrimination mentioned in the national laws, there is no discrimination. They use the language of gender and non-discrimination, without really understanding the meaning. Ms. Primatarova, Deputy Foreign Minister of Bulgaria, stated that "the national legislation is based on equality and non-discrimination" assuming that if women are not excluded nowhere, they are not discriminated against. This is why CEDAW recommended that a definition of discrimination based on Article 1 of the Women's Convention be included into the Constitution.

Ivanka Corti, CEDAW Rapporteur on Bulgaria: "Recent structural changes in Bulgaria have resulted in traumatic effects, most strikingly for women (...). Bulgaria's report has not reflected the Government's strategy for implementing the Convention, nor has it indicated the Government's overall strategy for addressing women's issues. "Governments often argue that temporary special measures" ("the establishment of programs that do more for women than for men; that, in fact, temporarily undermine formal equality in order to achieve de facto equality", Hanna-Beate Schopp-Schilling) would discriminate against men, that not "quantity but quality is important", thus refusing to take on their responsibility for the majority of the population!

Government hesitates to interfere in private business and the family sphere, excusing themselves with religion and traditions. By withdrawing their reservations to the Convention, they agreed not to do so.

¹ CEDAW/C/1998/IL.1/Add.6, 30 January 1998.

² "While the Committee noted the fact that the Bulgarian Constitution contains the principle of equality between women and men, it was concerned that the Constitution does not contain a definition of discrimination modeled on article 1 of the Convention (...). The Committee considered that previous ideological positions, including the former emphasis on formal

Russische Schriftstellerinnen am Ausgang des 20. Jahrhunderts. Weiblichkeitsentwürfe – Poetik – Wertediskurs (1975 – Gegenwart)

Forschungsprojekt am Institut für Slawistik der Pädagogischen Hochschule Erfurt

von Christina Parnell, Erfurt

Ausgangslage

Das Jahr 1975 markiert in der sowjetischen Literatur den Beginn eines Zeitraumes auffälliger Hinterfragung des gesellschaftlich postulierten Zukunftsideals auf Grund zunehmender gesellschaftlicher Stagnation. Dies wird oft verbunden mit einer „Reise ins Innere“, Private. Die Vielzahl der von Frauen geschriebenen Literatur jener Jahre offenbart gegenüber den 60er Jahren eine neue Akzentsetzung, indem sie einen spezifisch weiblichen Lebens- und Glücksanspruch diskutiert. Dabei weist die sowjetische bzw. postsowjetische Frauenliteratur einen im Vergleich zur westeuropäischen und auch eigenen russischen



Christina Parnell (links) und Julia Ščigurova

Foto: M. Görbing

Tradition besonderen Wertediskurs bezüglich der Frauenfrage auf. Er beruht auf der traumatisch erlebten Durchsetzung der Frauenemanzipation im Realsozialismus und wirkt auch nach dem Auseinanderbrechen des sowjetischen Staats- und Ideologiegebildes fort. Russische „Frauenliteratur“ der Gegenwart hat ihre Wurzeln im Gegensatz zur westeuropäischen und überseeischen Frauenliteratur nicht in den Demokratiebewegungen der 60er Jahre, sondern entstand innerhalb des spezifisch sowjetischen Kontextes als an (vor Ort weitgehend unbekannt) feministische Positionen erinnernde weibliche Stimme innerhalb der *bytovaja proza*. Der westliche feministische Diskurs ist bis Mitte der 90er Jahre nur bruchstückhaft, vor allem in seiner sozialemanzipatorischen und messianistischen Variante, nach Rußland gekommen und wirkte vor dem Hintergrund der nivellierenden

Geschlechterpolitik des Sowjetstaates häufig abschreckend. Wo es in der aktuellen westeuropäischen und amerikanischen feministischen Diskussion bereits um ein Gleiten und Verschieben von Differenzen, um die Infragestellung der Dichotomie von Geschlechtsidentität geht, bedeutet das Setzen von Differenzen im russischen Geschlechterdiskurs zunächst vor allem Selbstverständigung und Selbstbewußtwerdung.

Mit Beginn der Perestrojka setzte ein im Zusammenhang mit der Dynamik von Transformationsgesellschaften zu sehender und kaum noch überschaubarer Boom weiblicher Literaturproduktion in Rußland ein. In einer ersten Arbeitsphase unseres Projekts von September 1994 bis August 1997 wurde daher die Erfassung des Untersuchungsmaterials mit der Erarbeitung einer Bibliographie zum Werk russischer Prosa-Autorinnen im Zeitraum von 1975 bis 1995 verbunden. Das Jahr 1995 steht dabei als Zäsur für systematische Recherchen. Die Werkanalysen konzentrieren sich bewußt auf die postsowjetische, insbesondere die jüngste Phase und verknüpfen gendertheoretische und philosophische Untersuchungsansätze mit an die Jahrhundertwende gebundenen Fragestellungen. Dabei geht es um die Position russischer Autorinnen innerhalb der fortbestehenden dichotomischen Denkstrukturen in der russischen Gesellschaft und ihren Beitrag für eine kritische Bilanz und Neuorientierung. In der konsequent antimessianistischen Position und ironischen Unterlaufung von Hierarchien und Dichotomien, die multiperspektivisch längst nicht nur die Geschlechterfrage berührt, sind die russischen Gegenwartsautorinnen z.T. – wenn auch auf ganz anderem Weg – zu ähnlichen Ergebnissen fließender Identitäten gekommen wie die Dekonstruktivistinnen: Identitätsfindung wird im Prozeß der Anerkennung von Differenz verhandelt. Allerdings steht dem „Tod des Subjekts“ der postmodernen Diskussion eine Ausrichtung auf die Neukonstituierung des Subjekts gegenüber, und der „Tod der Geschichte“ wird oft durch eine (vermittelte) Aufarbeitung jüngster nationaler Geschichte aufgehoben. Einzig der „Tod der Metaphysik“ scheint in der Abkehr von der einenden Idee und einzigen Wahrheit Denken und Wahrnehmung zu durchdringen. Im Gegensatz zu den neuen Heilslehren und xenophobischen Tendenzen im postsowjetischen Gesellschaftsdiskurs ist die von weiblichen Autoren geschriebene russische Literatur einer auf Offenheit und Toleranz orientierenden Botschaft verpflichtet, übrigens ohne sich eines moralischen Duktus zu bedienen.

Forschungsansatz

Die Untersuchung der Prosa postsowjetischer Autorinnen unter genderspezifischen Fragestellungen sollte nicht zwanghaft aus der Perspektive der westlichen Theorie-debatte erfolgen, da diese die Essenz des Materials oft nicht erfaßt. Es kann als gesichertes Ergebnis gelten, daß sich für eine Genderdiskussion im engeren Sinne in der Prosa russischer Gegenwartsautorinnen wenig Material findet, dafür um so reichlicher für eine Identitäts- und Alteritätsdiskussion, in die Fragen von Geschlechtsidentität neben denen von Ethnizität, Nation etc. Eingang finden. Der methodologische Untersuchungsansatz wurde daher durch ein werkgeleitetes, empirisch-analytisches Vorgehen bestimmt. Aus der Sichtung des Untersuchungsmaterials leitete sich für die Werke der späten 80er und 90er Jahre eine thematische Konzentration auf die Alteritätsproblematik ab. Werkanalysen bestätigten diese Tendenz auch in der Tiefenstruktur der Texte. Hieraus ergab sich eine Neuaufwertung der wissenschaftlichen Schwerpunktsetzung auf das „Verständnis des Anderen in der russischen Frauenprosa am Ausgang des 20. Jahrhunderts“. Die Analyse der Alteritätsproblematik in der Prosa russischer Gegenwartsautorinnen konzentriert sich neben der bevorzugt gestalteten Beziehung zum Anderen als dem Fremden auf die Beziehung zwischen Ich und anderem Subjekt. Hierzu werden neben den Arbeiten der existentialistischen Philosophie (Heidegger, Sartre) insbesondere die der Marburger Schule (Husserl) und ihrer Rezeption in Rußland (Špet, Losev, auch Bachtin) sowie der Verantwortungsphilosophie (Levinas) herangezogen.

Die Analyse der Genderproblematik muß dem Differenzbewußtsein der Autorinnen Rechnung tragen und deren Weiblichkeitsverständnis aus dem russischen und postsowjetischen Kontext begreifbar machen. Zur theoretischen Basis gehört deshalb neben den Arbeiten der Frankfurter Schule (Horkheimer/Adorno, Habermas, Benhabib) sowie der französischen feministischen (Beauvoir, Irigaray, Cixous) bzw. poststrukturalistischen (Kristeva, Foucault, Lacan, Derrida) und dekonstruktivistischen amerikanischen (Butler) Literatur unbedingt auch die russische Philosophie (Solov'ev, Berdjaev, Rozanov, Frank) und die Kulturdiskussion zur Geschlechterfrage.

Ergebnisse

Die bibliographische Erfassung der Prosa von mehr als 600 russischen Schriftstellerinnen sowie der dazugehörigen Sekundärliteratur in russischsprachigen Zeitschriften allein im Zeitraum von 1975 bis 1995 kann als Beleg für die literarische Produktivität weiblicher Autoren stehen. Die Bibliographie wurde als Teilergebnis des Projekts im Rahmen der Materialsammlung erarbeitet und 1997 im Verlag Peter Lang veröffentlicht. Die Konzentration auf die russischsprachigen Zeitschriftenveröffentlichungen erfolgte in Abstimmung mit dem Forschungsprojekt am Slavischen Institut der Universität Freiburg (Prof. Cheauré), in dem eine Bibliothek russischer Autorinnen erstellt wird. Referate und Diskussion

des von uns im Dezember 1995 in Erfurt organisierten wissenschaftlichen Symposiums zum Thema „Weiblichkeitsentwürfe und Frauenbilder in der russischen Frauenprosa“ erschienen 1996 als Konferenzband im Verlag Peter Lang. Außerdem erschienen Veröffentlichungen zum (nicht-)feministischen Selbstverständnis russischer Autorinnen, zur Fragestellung weiblicher Weltsicht und der Spezifik russisch-weiblichen Selbstverständnisses, der Parodierung von Utopien im Kontext postsowjetischer Gesellschaftssituation sowie insbesondere zur Darstellung des Verhältnisses zwischen Ich und Anderem.

Der von der westlichen slawistischen Literaturwissenschaft immer wieder behauptete „große und prinzipielle Abstand“ der russischen Frauenliteratur zur „sehr viel fortgeschritteneren ‘Frauenliteratur’ und ihren entsprechend avancierteren Schreibweisen im Westen“ ist unseren Untersuchungen nach grundsätzlich in Frage zu stellen. Russische Frauenliteratur präsentiert sich am Ausgang des 20. Jh. durchaus nicht nur als von Alltagssujets und unspektakulär realistischem Erzählen bestimmt. Es gibt natürlich auch nicht *die* Poetik einer russischen Frauenprosa, sondern viele unterschiedliche künstlerische Handschriften russischer Schriftstellerinnen, die einen eigenständigen Platz im russischen Literaturkanon verdienen.

Auffallend ist, daß sich der weibliche Literaturdiskurs am Ende dieses Jahrhunderts in Rußland offensichtlich im Gegensatz zum eigenen Metadiskurs „Frau“ befindet. Es geht den Autorinnen nicht in erster Linie um Weiblichkeitsentwürfe, sondern viel häufiger um die Zertrümmerung von Rollenbildern. Weiblichkeit wird als weibliches Prinzip diskutiert, als andere Erfahrung innerhalb der symbolischen Ordnung beschrieben und erkundet, deren Bedeutung sich zunehmend nicht mehr aus der Entgegensetzung zum Männlichen herleitet, sondern die Opposition „männlich“/„weiblich“ unterläuft. Eine den Anspruch des „Eigenen“ verfechtende Position wird interessanterweise gerade unter dem Aspekt der Ausgrenzungsproblematik gegenüber dem Fremden als der anderen Nationalität, der anderen Religion, der anderen Denkweise usw. ironisiert und parodiert. Das gleiche gilt für das Verhältnis zum Mann als dem anderen Geschlecht.

Immer wieder geht es den Autorinnen um ein Bewußtmachen des Verdrängten oder Unterdrückten als Ort des Anderen in der symbolischen Ordnung, der von aus dem Diskurs an die Peripherie verdrängten Gruppen oder Werten besetzt wird. Dieses Andere ist in der Regel nicht an eine bestimmte Nation, Religion oder ein bestimmtes Geschlecht gebunden, vielmehr sind bewußte Verschiebungen von Zuordnungen zu beobachten. Die Verweigerung von Zuschreibungen, das Verlassen dichotomischer Konstellationen, ein spielerisches Gleiten zwischen den Grenzen erklärt sich dabei meist aus einer grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Dogmen durch die Autorinnen. Was im postmodernen Diskurs aus der Dekonstruktion von (ausgrenzenden) Welterklärungsmustern entsteht, erklärt sich hier aus der persönlichen Erfahrung eines Totalitarismus.

Öffentlichkeitswirksamkeit

Vom 8. bis 10. Dez. 1995 fand am Institut für Slawistik der Pädagogischen Hochschule Erfurt ein wissenschaftliches Symposium zum Thema „Weiblichkeitsentwürfe und Frauenbilder in der russischen Frauenprosa“ statt.

Im August 24.–26. 1998 wurde am gleichen Ort ein wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Dichotomiediskurs in der russischen Literatur des 20. Jahrhunderts“ organisiert, das der Vorbereitung auf die Weiterführung des Projekts unter der Schwerpunktsetzung „Ich und der/die Andere in der Prosa russischer Schriftstellerinnen“ gewidmet war.

Darüber hinaus ist die Projektleiterin Mitglied des Redaktionsbeirates des Erfurter Journals „Via Regia“ und in dieser Funktion an der Organisation von Veröffentlichungen zum Forschungsgegenstand beteiligt.

Finanzielle Förderung und wissenschaftliche Perspektive

Das Projekt wurde als Drittmittelprojekt von September 1994 bis August 1997 durch die Finanzierung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle (Teilzeit) sowie von Sachmitteln durch das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur gefördert. Im Wechsel arbeiteten hier junge Universitätsabsolventinnen (Annette Kienast, Carolin Heyder, Violeta Attami). Seit Oktober 1997 setzt eine in der slawistischen Forschung promovierte wissenschaftliche Mitarbeiterin im Rahmen der ABM die literaturwissenschaftliche und bibliographische Arbeit durch die Erstellung einer Datenbank unter dem Aspekt der Gender- und Alteritätsproblematik fort (Dr. Beate Jonscher). Ein Teilprojekt zum „Identitäts- und Genderdiskurs in der neuesten russischen Literatur am Beispiel der jüngsten Schriftstellerinnengeneration“ konnte im Rahmen des HSP III realisiert werden (Violeta Attami).

In Vorbereitung sind zwei Buchpublikationen: ein Konferenzband des wissenschaftlichen Kolloquiums „Dichotomiediskurs in der russischen Literatur des 20. Jahrhunderts“ vom August 1998 mit eigenem Beitrag und Vorwort sowie die Veröffentlichung von Schriftstellerinneninterviews zur Problematik von Weiblichkeit und Alterität (Peter Lang 1999). Die Fortführung des Projekts konzentriert sich auf die Untersuchung der Alteritätsproblematik in der Prosa russischer Gegenwartsautorinnen, wobei die Geschlechtsidentität nur eine Hypothese des Anderen darstellt. Vor allem interessieren die Identitätsfindungsprozesse in der postsowjetischen Gesellschaft, in der Fragen der Ich-Konstitution neu gestellt werden.

Kooperationspartner des Projekts sind:

Department of Slavic and East European Studies, University of Surrey (Dr. Peter Barta), England; Institut für Ostslawische Philologie (Prof. Dr. Barbara Stempczyńska, Prof. Dr. Piotr Fast) der Universität Katowice; Institut

für Slawistik der Pädagogischen Universität Vilnius (Dr. Svetlana Valiulis); Institut für Slawistik der Universität Salzburg (Brigitte Obermayr).

Veröffentlichungen (Auszug)

Bücher:

Parnell, C. (Hrsg.), Frauenbilder und Weiblichkeitsentwürfe in der russischen Frauenprosa, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996; Parnell, C./Heyder, C., Russische Prosaautorinnen 1975–1995. Bibliographie russischsprachiger Zeitschriftenveröffentlichungen, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1997.

Aufsätze:

Parnell, C., Das nichtfeministische Selbstverständnis russischer Schriftstellerinnen. Begründete Skepsis gegenüber dem Feminismus? In: Russisch lernen und lehren. Landesvereinigung der Lehrkräfte der russischen Sprache an Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen e.V. (1995) 1, S. 25–33.

Parnell, C., Beobachtungen zum „anderen Denken“ in der russischen „Frauenprosa“, in: Jenseits des Kommunismus. Sowjetisches Erbe in Literatur und Film, Osteuropaforschung Band 35, Berlin 1996, S. 133–153.

Parnell, C., Weiblichkeit als Differenz. Erkundungen in der Prosa russischer Gegenwartsautorinnen, in: Frauen in der Kultur: Tendenzen in Mittel- und Osteuropa. Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft: Slavica Aenipontana, Innsbruck 1999.

Parnell, C., V Moskvu! Zum Čechovschen Motiv des „drugaja Žizn“ in der neueren russischen Frauenliteratur, in: Anton P. Čechov – Religiöse und philosophische Dimensionen im Leben und im Werk. Vorträge des Zweiten Internationalen Symposiums. Badenweiler, 20.–24. Oktober 1994, München 1997, S. 239–249.

Parnell, C., Zum Verständnis des Anderen in der Ženskaja proza, in: Frauenbilder und Weiblichkeitsentwürfe in der russischen Frauenprosa, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1996, S. 277–292.

Parnell, C., Wahnsinn als Grenzüberschreitung, Zur Körperdiskussion bei Nina Sadur, in: Kultur und Krise. Rußland 1987–1997, hrsg. von E. Cheauré, Berlin 1997, S. 199–216.

In Vorbereitung:

Parnell, C., Provokation des Dichotomischen. Ich und der Andere in der russischen Gegenwartsliteratur, in: Differenzräume. Zum Verständnis des Anderen in der russischen Literatur, hrsg. von Ch. Parnell, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1999. (Manuskript)

Parnell, C., Ich lebe gern. Interviews mit russischen Gegenwartsautorinnen, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1999. (Manuskript)

PD Dr. Christina Parnell arbeitet als Hochschuldozentin für Literaturwissenschaft/Slawistik am Institut für Slawistik der Pädagogischen Hochschule Erfurt.

Adresse: Institut für Slawistik der Pädagogischen Hochschule Erfurt, Nordhäuser Straße 63, 99089 Erfurt. (Tel.: 0361 / 7371533 oder 1101 (Sekretariat); Fax: 0361 / 7371915

email: parnell@islaw.ph-erfurt.de

„Frauen in Schwarz“, Belgrad

Ein Bericht von der 7. Frauen-Tagung am 6.–9. August 1998 in Palić

von *Claudia Lichnofsky, Berlin*

Wöchentlich standen sie auf dem Platz der Republik in Belgrad und hielten – ganz in Schwarz gekleidet – ihre Mahnwache gegen Krieg und Nationalismus. Meist wurden sie dabei beschimpft, und seit der Eskalation des Konfliktes im Kosovo trauen sie sich nur einmal pro Monat auf die Straße. Die Repressionen sind härter geworden gegen die „Frauen in Schwarz“ und andere linke Oppositionelle.



Foto: C. Lichnofsky

Die „Frauen in Schwarz“ bei ihrer Mahnwache in Subotica

Begonnen hatte alles im Oktober 1991 mit Mahnwachen gegen die militaristische und nationalistische Politik des serbischen (mittlerweile jugoslawischen) Regimes. Seitdem sind an die 300 Mahnwachen und Proteste organisiert, Plakate entworfen und vor allem: Frauen vernetzt worden. „Frauen in Schwarz“-Gruppen gibt es nämlich nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in anderen Ländern wie Belgien, Italien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, den USA, Spanien und Israel. Diese Gruppen treffen sich, zusammen mit anderen Frauengruppen und -projekten aus dem ehemaligen Jugoslawien, jährlich am ersten August-Wochenende in der Vojvodina, um in Workshops und Foren zu diskutieren. 1996 war es Frauen aus Bosnien-Herzegowina zum ersten Mal möglich, teilzunehmen, nachdem sie sich zuvor nur per email mit Frauen aus Jugoslawien, Kroatien und Slowenien austauschen konnten.

Im letzten Sommer war das große Ereignis die Anwesenheit von ca. 20 Frauen und Männern aus dem Kosovo, mit denen „Frauen in Schwarz“ in Kontakt stehen. Deshalb setzten sich viele Workshops mit dem Thema Kosovo auseinander. In einer anderen Arbeitsgruppe mit dem Titel „Schwangere und Nationalstaat“ wurde ein Vergleich der Bevölkerungspolitik in verschiedenen Ländern angestrebt. Im Kosovo haben Familien durch religiöse Traditionen üblicherweise mehr Mitglieder als im restlichen

ehemaligen Jugoslawien, was auf serbischer Seite Anlaß dazu gibt, AlbanerInnen als „Karnickel“ anzusehen, die sich immer mehr vermehren und damit einen Anspruch auf das „urserbische“ Territorium des Kosovo zu erlangen versuchen. Daraufhin wurden von jugoslawischer Seite die Vojvodina und der Kosovo zu bevölkerungsarmen (bezogen auf die serbische Bevölkerung) Gebieten deklariert, in denen Frauen dazu angehalten werden, so viele Kinder wie möglich zu bekommen. Auch in den anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken stehen die neuen Staaten vor dem Problem, ihr „Staatsvolk“ zu vermehren, um das neuerworbene Territorium zu legitimieren. In Kroatien werden Frauen ab dem neunten Kind Prämien versprochen, Frauen über 25, die noch nicht verheiratet sind und keine Kinder haben, sollen nach dem „Konzept der demographischen Erneuerung Kroatiens“ zu Nicht-Frauen degradiert werden, und Gesundheitsfürsorge ist in der Praxis nur für schwangere Frauen oder kinderreiche Mütter vorgesehen. In Bosnien ist Abtreibung zwar nicht verboten, kostet jedoch 200 DM, was ein durchschnittliches Monatseinkommen beträgt. Frauen mit vielen Kindern wird von islamischen Gruppen Geld versprochen.

In der Abschlusserklärung der Tagung 1998 wird humanitäre Hilfe für den Kosovo gefordert, eine Entwaffnung aller Beteiligten, die Etablierung eines UN-Protectorats, Nachforschungen über Kriegsverbrecher, eine internationale UN-Konferenz zur Konfliktlösung in der Region und aktive Unterstützung autonomer Frauenprojekte. Die Resolutionsverabschiedung war jedoch davon geprägt, daß die Frauen aus dem Kosovo eine eigene Vorstellung von einer Lösung des Konflikts haben. Diese heißt Autonomie und läßt sich nicht immer mit denen der „Frauen in Schwarz“ in Übereinstimmung bringen, die zwar auch sehr antiserbisch eingestellt sind, aber ein deutlich antinationalistisches, antimilitaristisches und feministisches Politikverständnis haben. „Frauen in Schwarz“ neigen meist dazu, die Positionen der Betroffenen zu akzeptieren, und so ließ jener Kongreß eine ehrliche Auseinandersetzung jenseits von Harmoniestreben leider vermissen.

Claudia Lichnofsky ist Politologiestudentin an der FU Berlin.

Wer Interesse an weiteren Informationen über die „Frauen in Schwarz“ haben möchte, kann schreiben an:

Fachschaftsinitiative am OSI, z.Hd. Claudia Lichnofsky, Ihnestr. 22, 14195 Berlin.

Frauengedächtnis

Ein Projekt der Prager Gender Studies Stiftung

von Pavla Frýdlová, Prag

Die Prager Gender Studies Stiftung (GS) ist eine regierungsunabhängige Organisation, die sich mit der Sammlung und Verbreitung von Informationen zur Gender- und Frauenproblematik beschäftigt. Die öffentliche Bibliothek der GS ist die größte Sammlung von Büchern und Materialien über frauenrelevante Themen in der Tschechischen Republik. Zu der Arbeit an den Universitäten (Förderung von Vorträgen und Initiieren von Studiengängen) gehört auch die Organisation von öffentlichen Seminaren zur Gender-Thematik. Der zweite Teil der Tätigkeit ist die Forschung in Form von Langzeitprojekten, zu welchen auch das „Frauengedächtnis“ gehört.

Mit dem Projekt „Frauengedächtnis oder die Suche nach Identität von Frauen unter dem Sozialismus“ wurde im Jahre 1996 begonnen. Die Idee entstand aus dem Bedürfnis, das Frauenleben während des Sozialismus mit eigenen Augen und unter Zuhilfenahme von eigenen, nicht von westlichen Feministinnen übernommenen Kriterien zu betrachten. Wir wollen die Geschichte der Frauen während der Nachkriegsperiode in der ganzen Komplexität ihrer Lebenserfahrungen, mit allen positiven und negativen Vorzeichen und Gegensätzen festhalten und genauso mit eingefahrenen Mythen und Klischees brechen. Wir waren neugierig, wie Frauen in der jüngsten Vergangenheit lebten, wie sie sich selbst reflektierten und wie sie es heute tun. Während der Arbeit konzentrierten wir uns immer mehr auf die Generation, die in den zwanziger und in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre geboren ist. Denn diese Frauengeneration ist die einzige, die tatsächlich emanzipiert und selbständig war und es höchstwahrscheinlich auch bleiben wird. Deswegen dürfen wir nicht erlauben, daß eine kostbare Erfahrung mit ihr verloren geht.

Methodisch basieren die Forschungen auf Verflechtungen und Verknüpfungen der *oral history* und *life story*, zwei Methoden der gegenwärtigen Kulturanthropologie und Ethnologie. Bisher wurden in Prag 70 Interviews aufgenommen und transkribiert (beinahe 2.000 Seiten). An der Arbeit waren mehr oder weniger alle Mitgliederinnen der Stiftung Gender Studies beteiligt (zehn Frauen verschiedener Fachrichtungen und Spezialisierungen – Publizistinnen, Soziologinnen, Historikerinnen, Bohemistinnen, Anglistinnen, Psychologinnen, Juristinnen).

Im Laufe des Jahres 1998 erschienen zwei Bände der Publikation „Všechny naše včerejšky“ (Alle unsere Gestern). In diesen ausgewählten Interviews kommen Frauen zu Wort, die unterschiedlichste persönliche Erfahrungen, un-

terschiedliche Erziehung und Bildung, verschiedenartige Werteorientierung, unterschiedliches soziales Ausgangskapital haben und unterschiedliche Berufe ausüben (Lehrerinnen, Bibliothekarinnen, Apothekerinnen, Krankenschwestern und Laborantinnen, Buchhalterinnen, Landarbeiterinnen usw.).

Jeder Band beinhaltet zwölf solcher Lebensgeschichten, die von kurzen Studien und Essays der Forscherinnen begleitet werden. Zwei gekürzte Versionen sind in englischer und deutscher Sprache vorhanden.

Unser langfristiges Ziel ist die Erstellung eines Archivs weiblicher Lebenserfahrungen, in das persönliche und schriftliche Erinnerungen, Tagebücher sowie Notizen integriert werden sollen. Genauso sollen die offiziellen Zeitdokumente, die unmittelbar die Lage der Frauen in der Gesellschaft von 1948 bis 1989 betreffen, zusammengetragen, archiviert und analysiert werden.

Das Frauengedächtnisprojekt ist auf großes Interesse anderer osteuropäischer Frauenzentren und Organisationen gestoßen. Gegenwärtig arbeiten wir mit den Kolleginnen aus Berlin (OWEN – Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk) und Krakau (eFKa – *Centrum kobiece*), aus Kroatien (*Centar za ženske studije*, Zagreb) und Jugoslawien (*Ženske studije*, Novi Sad/Beograd) zusammen. Wir suchen nach Finanzierungsmöglichkeiten für die weitere Entwicklung des Projektes und sind diesbezüglich für jeden Rat dankbar.

M.A. Pavla Frýdlová ist Bohemistin, Filmwissenschaftlerin, Filmdramaturgin und Publizistin, Mitbegründerin der Prager Stiftung Gender Studies und Koordinatorin des Projektes Frauengedächtnis.

Osteuropa zwischen Integration und Differenz. Probleme europäischer und kultureller Differenzierung

hrsg. von Holm Sundhaussen

Peter Lang Verlag Frankfurt/M. u.a. 1999
ca. 65 DM

Hildegard von Bingen (1098–1179)

Vorträge zum 900. Geburtstag

von Aloys Henning, Berlin

Anlässlich des 900. Geburtstages Hildegards von Bingen fanden im 1998 neu errichteten Dominikanerkloster in Leipzig-Wahren, dem ersten (modernen) Doppelkloster für Frauen und Männer der norddeutschen Ordensprovinz der DominikanerInnen, vom 7. bis 10. September vier Abendvorträge statt, veranstaltet vom „Konvent Sankt Albert der Dominikanerinnen und Dominikaner“ unter seinen Prioressen P. Gerfried A. Bramlage OP und Sr. Magdalena Schulting OP in Zusammenarbeit mit Dr. Franz-J. Lemmens und dem Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und der Medizin der Leipziger Universität, dem ältesten Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte in Deutschland. Der unter anderem auf die Geschichte der Militärmedizin spezialisierte Leipziger Medizinhistoriker und Vorsitzende des Vereins zur Förderung der sozialen und pastoralen Arbeit der Dominikaner in Leipzig, F.-J. Lemmens, eröffnete die Vortragsreihe mit einem umfassenden biographischen Abriss „Hildegard von Bingen als Benediktinerin“, der auch die Geschichte ihrer Verehrung als Heilige bis in die Gegenwart umfaßte. Dazu gehört, daß Hildegard bis heute formal nicht kanonisiert worden ist.

Nach F.-J. Lemmens' Vortrag eröffnete die Ordinaria für Medizingeschichte an der Leipziger Universität und Direktorin des Karl-Sudhoff-Instituts, Prof. Ortrun Riha, im Kloster eine von Mitarbeiterinnen ihres Instituts geschaffene Ausstellung zur 900-Jahr-Feier, die besonders Hildegards naturkundlichen Kenntnissen gewidmet war. O. Riha maß am dritten Vortragsabend in ihrem Beitrag „Die medizinischen Schriften Hildegards von Bingen“ deren theoretische und praktisch angewandte Medizinkenntnisse am Kanon des allgemeinen und medizinischen Hochschulwissens im 12. Jahrhundert. Ihr Vortrag zeigte, wie Hildegards Wissenserwerb als Ordensfrau abhing vom klösterlichen Bildungsumfeld. An einer Domschule als Vorform späterer Universitäten zu studieren, war ihr weder als Frau noch als klausurierte Nonne möglich. Ihre überlieferten ärztlichen Kenntnisse erscheinen deshalb stark autodidaktisch geprägt und decken sich oft nicht mit dem medizinisch-wissenschaftlichen Konsens ihrer Zeit (dessen Wissenschaftlichkeit aus heutiger Sicht ebenso fragwürdig erscheint), so auch bei symbolischen Interpretationen von Krankheit und Gesundheit, wobei Hildegard wie andere ihrer Zeitgenossen den Menschen als mikrokosmische Widerspiegelung des Makrokosmos verstand. Frau Riha machte deutlich, wie die solcherart vorgegebene Vieldeutigkeit (Anm. des Autors: ihre Bildsprache kann schon als Vorform alchemistischer Bilder verstanden werden) zusammen mit Hildegards ganzheitlichem Denken vom Menschen die erst von Nachfahren kompilierte „Hildegard-Medizin“ zum Tummelfeld macht

für heutige esoterische Wunschträume, die sich in vielfach fragwürdiger Literatur u. ä. niederschlagen.

Wie Hildegards kosmisch-ganzheitliche Sicht des Menschen und seines Ranges in der göttlichen Schöpfungsordnung zugleich ihr Selbstbewußtsein als Frau widerspiegelt, verdeutlichte anhand ihrer Theologie am zweiten Vortragsabend Dr. Aloys Henning von der Abteilung Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin mit dem Beitrag „Zu Hildegards von Bingen Kosmosvision in ‘Scivias’ (1165)“, der einer eiförmigen (archaischen) Wahrnehmung des Kosmos aus dem ersten ihrer drei Visionsbücher galt. Den Zugang zu dieser visionären Theologie verdankt der Autor langjährigen Forschungen zur Entstehung der russischen augenärztlichen Fachsprache. Hildegards Vision, bekannt als Buchmalerei von 1165, steht ikonographisch in einer Tradition, die wenigstens von der Blendung des Zyklopen Polyphem im neunten Gesang der Odyssee bis zu Pablo Picassos vertikalen Augen in Bildern Dora Maars (1907–1997) reicht. Sie korrespondiert im 12. Jahrhundert mit „Christus in der Mandorla“-Darstellungen an Westgiebeln romanischer Kirchen, darüber hinaus mit späteren russischen „Uspenie“-Ikonen (Mariä Aufnahme in den Himmel), deren Ikonographie sich im 13. Jahrhundert schon im Nonnenchor des Zisterzienserinnenklosters Wienhausen (bei Celle) findet. Hildegard „sieht“ die Inkarnation Gottes, seine Geburt durch die Frau, als kosmische und weibliche Chiffre, ohne daß Christus bildhaft erscheint. Ihr visionäres Bild ist „moderner“, d.h., es entspricht besser den neutestamentlichen Evangelien als der vielfach von den Symbolen der Evangelisten umgebene romanische Christus-König in der Mandorla, weil königliche Herrschaft originär von vorjüdischen Muttergottheiten abhängt. Darauf weist die Vierzahl der Evangelisten-Symbole als Mondzahl wie auch deren Symboltiere Rind, Löwe, Greifvogel als ursprüngliche Attribute mesopotamischer Mondgöttinnen (das Engelssymbol für Matthäus folgt womöglich prototypischen sumerischen geflügelten Inanna-Darstellungen). Der Mondbezug ist für den Mittelmeerraum als durchgehende Chiffre von der Schriftentstehung in Uruk um 3300 v. Chr. bis zur Gegenwart sichtbar, u. a. im liturgischen Rhythmus-Instrument „Sanasil“ der äthiopischen Kirche, das als „Sistrum“ – „Isisklapper“ im Kult der ägyptischen Isis verwendet wurde. Hildegards Vision von der Inkarnation als kosmische Theophanie fußt auf Erfahrungen weiblicher Sexualität, wie *Scivias*-Texte ausweisen. Deren göttliche Kreativität wendet sie ausdrücklich gegen die Diskriminierung von Frauen in ihrer Zeit im hellseherischen Wissen, daß sie notwendig zur Inkarnation gehört.

Den vierten der Vorträge, die eine durchgehend anhaltende Zuhörerresonanz fanden, hielt der Kirchenhistoriker PD Dr. Willehad Paul Eckert OP vom Dominikanerkonvent in Düsseldorf: „Kirche und Judentum im heilsgeschichtlichen Denken der Hildegard von Bingen“. Er verdeutlichte anhand faszinierender bis schockierender kunsthistorischer Befunde den Wandel von einer distanzierten, aber noch positiven Wertung des Volkes der ursprünglichen Verheißungen des Alten Bundes bei Hildegard zum mörderischen Antisemitismus des 13. und späterer Jahrhunderte anhand der theologischen Rezeption

der weiblichen Gestalt der Synagoge bei Hildegard von Bingen und ihrer zunehmend destruktiven Verwerfung durch männliche Theologen nach dem Vierten Laterankonzil 1215. Mit diesem negativen Prozeß korrespondiert die Unterdrückung des Weiblichen in der römischen Kirche, der sich Hildegard von Bingen paradigmatisch mit der visionären Kraft einer *prophetissa* entgegensetzte.

Dr. med. Aloys Henning war bis Februar 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

1968: Prag – Warschau – Berlin – Paris

Ein Seminar mit aktuellen Begleiterscheinungen

von *Piotr Olszówka, Berlin*

Im Sommersemester 1998 fand am OEI mein Seminar I statt, in dem die Vielfalt der Ereignisse des Jahres 1968 weltweit besprochen wurde.

Die Ereignisse des Jahres 1968 jähren sich letztes Jahr zum dreißigsten Mal. Aus diesem Anlaß erschien in den entsprechenden Ländern eine unüberschaubare Menge an Literatur – vor allem Essays und Aufsätze – die sich mit dem „Phänomen 1968“ auseinandersetzen. Dabei ist interessant, daß fast alle Autoren – in Polen, Deutschland und Frankreich – einstimmig behaupten, der Prager Frühling, der Polnische März, die Ereignisse 1968 in Berlin sowie Frankfurt am Main und der Pariser Mai hätten miteinander nichts oder nur sehr wenig zu tun. Die Guerilla in der Dritten Welt, die Proteste in Mexiko City, die Ereignisse an der University of California in Berkeley, das Auftreten der Hippies etc. seien alles divergente Erscheinungen, die miteinander nicht verglichen werden dürfen.

Aleksander Hall schreibt zum Beispiel in „Gazeta Wyborcza“, die von Adam Michnik, dem prominentesten Opfer der Repressalien nach den Unruhen der polnischen Studenten im März 1968, gegründet und herausgegeben wurde und heute eine der wichtigsten Tageszeitungen Polens ist, daß die damaligen Proteste der polnischen Studenten gut und richtig gewesen seien, während sich die Franzosen ihrer linken Spinnereien nicht rühmen sollten; im übrigen sei davon in Frankreich und auch anderswo – Gott sei Dank – herzlich wenig geblieben. Die polnischen Studenten hätten nämlich gegen die „bösen“ Bolschewisten gekämpft, wohingegen sich die Franzosen gegen den „guten“ Charles de Gaulle auflehnten, der schließlich „recht behalten habe“.

Aus westlicher Perspektive wird das polnische Jahr 1968 vor allem als das Jahr einer schlimmen antisemitischen Kampagne gesehen, die mit der Vertreibung polnischer Bürger jüdischer Nationalität endete.

In der Tschechischen Republik wurde der dreißigste Jahrestag des Prager Frühlings wenig gefeiert. Die Tagespolitik dominiert das Bewußtsein der Bevölkerung. Seminare, Konferenzen und Tagungen zum Thema Pra-

ger Frühling wurden in Deutschland (so z.B. am 1. Juli in der Berliner Akademie der Künste), in Belgien und in Frankreich organisiert. Die tschechischen Teilnehmer dieser „Andachtstunden“ sind oft enttäuscht über die Haltung der heutigen tschechischen Politiker zur Reformbewegung des Jahres 1968. So formulierte Milan Hraček, die Kommunisten dächten heute immer noch, es sei richtig gewesen, daß die Sowjets in Prag intervenierten. Die Konservativen (von Vaclav Klaus) hingegen meinten, daß den Versuch zu würdigen, einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz aufzubauen, heute politisch nur den Sozialdemokraten dienen könne. So schwiegen alle Politiker zu dem Thema. Auch die Mehrheit der Bevölkerung möchte nicht an die eigene Feigheit erinnert werden – die Charta 77 haben in zwölf Jahren lediglich ca. 1.500 Menschen unterschrieben – und den Dissidenten lieber nicht in die Augen schauen.

Selbstverständlich geschahen im Jahre 1968 sehr viel für einzelne Länder und Regionen spezifische Dinge, wie die Ermordung von Martin Luther King und von Robert Kennedy in den USA, der Krieg in Nigeria (Biafra) oder die Olympischen Spiele in Mexiko City mit den vorherigen Protesten auf dem Platz der drei Kulturen und später die geballte Faust des schwarzen US-Sportlers auf der Medaillentreppe. Die Dichte dieser Ereignisse ist jedoch einmalig und wohl nicht ganz zufällig, wenn man bedenkt, daß zu den beiden Weltmächten nach dem Zweiten Weltkrieg nunmehr eine neue dazugestoßen war: die internationale Jugend. Diese huldigte mehrheitlich einer Ideologie der revolutionären Veränderung auf der Basis der drei Schlagwörter der Französischen Revolution. Diesmal sollten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für alle Individuen und Nationen gelten, für alle Rassen und Geschlechter (man hatte erfahren, daß es mehrere gibt). Diese Utopie nahm zuerst eine sehr divergente Gestalt an und scheiterte schließlich an derselben Frage wie die meisten Revolutionen, nämlich an der Frage der Gewalt. Die Französische Revolution, die durch die Guillotine nicht diskreditiert worden war (wenn schon, dann durch die Niederschlagung des Aufstandes in der Vendée), lehr-

te, daß edle Ziele, wenn sie allen aufgebürdet werden, zum Gebrauch von schlimmsten Mitteln führen (die sogenannte „Utopie der Politik“, die allumfassend sein will). Diese Erkenntnis findet sich im 20. Jahrhundert durch die Erfahrung mit dem Kommunismus bestätigt. Das Schwarzbuch des Kommunismus (und auch die Reaktionen darauf – in Frankreich und kürzlich auch in Deutschland) belegt, daß eine egalitaristische, materialistische und allumfassende Utopie zwangsläufig zu Gewalt führen muß. Dies haben die Deutschen durch die Rote Armee Fraktion (RAF), die Italiener durch Brigate Rosse und alle unter der sowjetischen oder maoistischen Herrschaft leidenden Völker durch ihre Regierungen erfahren. Nun hat Courtois (als Herausgeber dieses recht diffusen Sammelbands) – er war übrigens früher auch ein Maoist, wie viele in Frankreich und in Deutschland nach 1968 – eine Bilanz der Folgen dieser Ideologie erstellt. Natürlich besagt diese Bilanz nichts über eine Utopie als solche (wie z.B. Utopien von Orden oder anderen Gemeinschaften, die auf freiwilligem Zusammenschluß beruhen), vor allem nichts über die Ziele und Ideale z.B. der Französischen Revolution. Eine Kritik der Praxis kann der axiologischen Dimension der Revolutionen (auch der „Möchtegern-Revolutionen“) nichts anhaben.

In welchem Maße die Bewegung von '68 innerlich gespalten war, zeigt der Briefwechsel von Adorno und Marcuse, der im Sammelband „1968 und die Frankfurter Schule“ veröffentlicht wurde. Die trennende Linie verlief zwischen den Befürwortern bzw. den Rechtfertigern von Gewalt (Marcuse, Bloch) und den Gewaltgegnern (Dutschke, Adorno). Aus der Theorie entwickelte sich im Laufe der Jahre – auch aufgrund des Attentates auf Rudi Dutschke – die Praxis der Gewalt. Ein anderer Punkt, an dem sich die Lager schieden, war die Frage der Akzeptanz des institutionellen Kommunismus („alte Linke“). Während praktisch alle gegen die Hegemonie der Sowjetunion waren, gab es Illusionen im Hinblick auf China, Kuba, den Trotzismus und vor allem Vietnam. Diese Illusionen haben sich nacheinander verflüchtigt (Stichworte der Desillusionierung sind: *boat people*, Verbrechen der chinesischen „Kulturrevolution“, Verbrechen der Roten Khmer, kubanischer Militarismus in Afrika und Repressionen auf Kuba selbst usw.). An der Fähigkeit, die kommunistischen Verbrechen wahrzunehmen und den eigenen Standpunkt zu revidieren, kann man auch die Ehrlichkeit von Vertretern der '68er Generation messen. Courtois hat dies offensichtlich verstanden, ebenso wie Glucksmann oder Joschka Fischer, die gegen den blinden Pazifismus in der Bosnien-Frage argumentierten.

Was ist aus den internationalistischen Ambitionen und Zielen, was ist aus der Weltrevolution der Neuen Linken geworden? Was läßt sich über Ähnlichkeiten und Unterschiede der 68er Revolution in den verschiedenen Ländern sagen?

Die 68er-Generation in den verschiedenen Ländern und gesellschaftlichen Systemen hat sehr viel mehr gemeinsam, als jede Generation vor ihr. Die „Globalisierungs-Spasmen“ der beiden Weltkriege und der Einfluß der Massenmedien haben die bis dato ziemlich deregulierten Generationsuhren weitgehend angeglichen – *Babyboomer*

ist ein Begriff, der nicht nur für die USA, sondern auch für beide Teile des getrennten Europas Gültigkeit hatte, zum Teil auch für China und Indien, deren Geschichte um das Jahr 1948/49 eine Epochenwende erlebte. Auch Lateinamerika und Afrika wurden von dem Wettbewerb der Gesellschaftssysteme erfaßt und beteiligten sich an der Entwicklung der Nachkriegszeit viel stärker und vor allem in einem stärkeren Maße synchron, als das noch in den dreißiger Jahren der Fall war.

Diese Synchronisierung hatte noch eine weitere Folge: die Nachkriegsgeneration war nicht bereit, den Wettbewerb der Supermächte mitzumachen, weder als „Kanonenfutter“ noch als passive Konsumenten von Ideologie. Dies betraf kritische junge Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Sie definierten ihre Ziele und ihre Gegner zwar unterschiedlich, doch haben sie viel mehr Gemeinsamkeiten, als ihnen von den Machthabern hüben und drüben zugestanden wurde, auch mehr, als sie sich gegenseitig zugestanden. Sie hörten dieselbe Musik, trugen die gleichen Kleider und hatten den gleichen Lebensstil. Tschechoslowakische Studenten konnten sich allerdings während eines Besuches in Westberlin mit einer Gruppe um Rudi Dutschke nicht einigen, dazu waren die Deutschen zu „links“ und zu revolutionsgläubig. Währenddessen versuchten die Tschechen eigene Ängste (vor der sowjetischen Intervention) und Hoffnungen (auf einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, für sie: die Freiheit innerhalb des Systems) miteinander zu vereinbaren. Es handelte sich also um entgegengerichtete Utopie-Vektoren, die auf übereinstimmende Ziele zeigten, obgleich sie von zwei verschiedenen Punkten ausgingen.

Die einen wie die anderen wollten keine Herrschaft der Sowjetunion und gleichzeitig keinen Vietnamkrieg, keine Kontrolle der Presse und der Meinungen sowie eine Befreiung der Alltags-Sitten. Für sie war die Losung „Sex, Drugs and Rock'n'Roll“ eine verkürzte Fassung ihrer Lebensphilosophie. Zwei später entstandene Filme von Miloš Forman kann man als nachträgliche Manifeste dieser Generation verstehen: „One Flew over the Cuckoo's Nest“ und „Hair“. Der eine Film ist eine Allegorie des Totalitarismus, in dem es sehr wohl reale Irrenanstalten als Ersatz und Ergänzung für Gefängnisse gab, der andere Film, eine Adaption des berühmten Hippie-Musicals, zeigt Sympathie für die Drop-outs der US-amerikanischen Gesellschaft (und nicht nur dieser) und ist mit seiner klaren Stellungnahme gegen den Vietnam-Krieg ein Verweis auf die Gemeinsamkeiten dieser Zeit: so wie in Washington und London war man in Prag und Warschau gegen diesen Krieg.

Programmatisch war die Protestbewegung des Jahres 1968 am stärksten in Deutschland (West) profiliert. Nicht nur die Frankfurter Schule, auch Rudi Dutschke und andere SDS-Aktivistinnen haben Wichtiges geleistet: Vom Protest gegen den Vietnamkrieg bis zur Kritik an der deutschen Gesellschaft, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht innerlich mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hatte. Die Behauptungen der „Neuen Zürcher

Zeitung“, dies sei anders gewesen, weil es Bücher gab wie „Der SS-Staat“, sind polemisch und überschätzen die öffentliche Wirkung dieses und vieler anderen Bücher. Erst der Frankfurter Prozeß gegen die „Belegschaft“ von Auschwitz hat der jungen Generation die Augen für die Taten und Untaten der Elterngeneration geöffnet: Auch eine der Ursachen der Proteste. Reaktionen des Staates und der Gesellschaft auf die Protestbewegung ließen einige Extremisten den Weg der Gewalt wählen, doch blieben sehr viele der *non-violence*-Ideologie treu und bauten so langsam eine alternative Szene auf. Dazu zählen die Frauenbewegung ebenso wie die Partei der Grünen, das Umweltbewußtsein in der deutschen Gesellschaft, die „taz“ sowie die „Frankfurter Rundschau“ und vieles andere mehr.

In Frankreich war die Ideologie des Protestes im Jahre 1968 heterogener. Als wichtigster Theoretiker oder „Übervater“ wird nach wie vor J.-P. Sartre angesehen, obgleich bei der praktischen Vorbereitung des Pariser Mai eher die „Situationiste Internationale“ (SI) einflußreich war. „Spontane“ Studentenproteste gab es schon vor dem 22. März, als sich die eigentliche Bewegung bildete, und diese wurden von der SI mitgetragen. Die aus dem Dadaismus schöpfende, anarchistisch gesinnte SI hat maßgeblich die Losungen des Pariser Mai beeinflußt. Diese paradoxe, individualistisch und zugleich *communaire* orientierte Bewegung zwischen Kunst und Politik beeinflusste damals Künstler des Prager Frühlings (z.B. Polithappenings von Milan Knížak) ebenso wie später die *Kabouters* in Amsterdam und Kopenhagen: durch die Künstlergruppen COBRA und ZERO waren diese Städte schon bestens vorbereitet, eine sozial engagierte Künstlerbewegung aufzunehmen. In den achtziger Jahren agierte in Polen eine ähnliche Künstlerbewegung, „Pomarańczowa Alternatywa“, die eine direkte ideelle Verbindung zum Freien Oranienstaat der *Kabouters* in Holland hatte, die Breslauer Bewegung, die später in vielen Großstädten Polens aktiv wurde, griff auch auf die Kobold-Symbolik zurück (Mützen, Bärte, Verkleidung, Losungen). Ebenso während der Samtenen Revolution in Prag ließen sich 1989 noch symbolische Gesten und Handlungen beobachten, die sich auf die Situationisten zurückführen lassen: z.B. das Schlüssel-Rasseln der Demonstranten als Zeichen für den geforderten Abgang der kommunistischen Politiker – eine aus der Situation heraus definierte Handlung, die jedoch keinen unmittelbaren politischen Charakter hatte, sondern sich vielmehr symbolisch erklärt und auf Gewaltanwendung völlig verzichtete. Auch die Leipziger Montagsdemonstrationen hatten aufgrund ihrer symbolischen Dimension und nicht aufgrund ihrer direkten Wirkung eine Ähnlichkeit mit den polnischen und tschechischen Aktionen.

Der Polnische März 1968 war programmatisch sehr schwach. Aus gegebenem („gegeben“ ist hier durchaus wörtlich zu verstehen) Anlaß – es wurde ein Theaterstück, „Dziady“ von Adam Mickiewicz, verboten – gab es Studentenproteste, denen Repressalien folgten und sodann weitere Proteste gegen diese Repressalien. Unruhen unter

den Studenten und Intellektuellen dienten einigen Gruppierungen innerhalb der Parteispitze als Anlaß, eine üble antisemitische Kampagne zu initiieren, die mit der Vertreibung polnischer Bürger jüdischer Abstammung aus der Volksrepublik Polen endete. Es wird heute heftig diskutiert, ob sich dabei die Mehrheit der Bevölkerung einer Beihilfe bzw. einer unterlassenen Hilfeleistung schuldig gemacht hat. Dafür sprechen weniger Aussagen der Opfer, als die Tatsache, daß man auch 1998 in Polen mit schlimmen Auswüchsen des Antisemitismus konfrontiert wird. Protestierende Studenten haben damals vor allem an das Jahr 1956 angeknüpft und der Enttäuschung der Intellektuellen (mit Leszek Kołakowski und Zygmunt Baumann an der Spitze) Ausdruck verliehen, daß der Polnische Oktober (*56) faktisch zu Grabe getragen worden war. Beinahe alle Errungenschaften der Demokratisierung waren stückweise von der Partei rückgängig gemacht worden. Das Verbot von „Dziady“ in der Inszenierung von Kazimierz Deymek war nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Michnik und Szlajfer ebenso wie Kuroń und Modzelewski waren Linke, die an den Sozialismus glaubten und auf den Prager Frühling mit Bewunderung und Neid schauten. Eine ausgeprägte Programmatik hatten sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht entwickelt.

In der Tschechoslowakei, wo die „Revolution“ von oben kam (bzw. die Parteispitze soweit mitmachte, daß ein solcher Eindruck entstehen konnte), war das Programm die Demokratisierung des Sozialismus. Auch das Manifest der 2.000 Worte blieb reformistisch und hielt sich an den Rahmen des Systems, das sich im August als nicht reformierbar gezeigt hat.

In der DDR haben viele aufrichtige, an den Sozialismus glaubende Bürger gegen den Einmarsch der Sowjet-Truppen in Prag protestiert. Dieses Jahr kann man daher in der DDR als eine Zäsur ansehen – vorher mußte man aktiv dafür sein, nachher wurde nur erwartet, daß man nicht dagegen ist. Es vollzog sich auch hier eine ideologische Wende.

Man kann durchaus ohne jede Nostalgie fragen, „was bleibt von 1968“. Wenn kein blinder Haß die Antwort diktiert und keine Rechtfertigung um jeden Preis versucht wird, kann man durchaus eine Annäherung der beiden politischen Systeme und die Eröffnung theoretischer und praktischer Alternativen zu den politischen und gesellschaftlichen Blöcken als Ergebnis der Veränderungen ansehen, die um das Jahr 1968 angefangen haben. Selbst wenn man als Erbe dieser Alternative den linken Terrorismus und die Postmoderne ansieht, kann man eine Bilanz ziehen, die nicht hoffnungslos ist. Der linke Terrorismus und der Postmodernismus werden eines Tages überwunden sein, ähnlich wie der Sowjetkommunismus. Die Bewußtseinsbefreiung, die im Jahre 1968 angefangen hat, bleibt jedoch erhalten.

Dr. Piotr Olszówka ist Lehrbeauftragter für Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Erkundungen eines gelobten Landes am Rande

Exkursion in die Ukraine vom Arbeitsbereich Geschichte und Kultur im August 1998

von Alfons Brüning, Berlin

Das Rätsel Ukraine

Bootsfahrt im Dnepr-Delta. Es geht hinauf und hinab der sich mal links, mal rechts verzweigenden Flußarme, entlang an unbeweglichen Schilffeldern und den Uferreihen der Fischerhäuser. Bald sitzt hier eine ältere Frau auf dem Steg in der Sonne und winkt freundlich, bald kommt ein fröhlicher Gruß von badenden, braungebrannten Kindern. Verschiedentlich umschwärmt von kleinen, nach lustiger Jagd bald wieder abdrehenden Booten, sucht sich das Ausflugsschiff den Weg durch die grüne, sonnenhelle Wasserlandschaft und legt schließlich an einer größeren Holzbrücke an, hinter der die Dorfbewohnerschaft zwischen einer Reihe Souvenirtischen mit weithin leuchtenden Tüchern und Holzutensilien schon wartet. Äpfel und Pflaumen werden jedem angeboten, und Kinder stecken einem hier und da ihre Adressen zu.

Ein Gang durch die Gärten führt die Reisetilnehmer auf das Gehöft einer Fischersfrau, die als „Olga“ vorgestellt wird. Olga dürfte seit zwei Tagen keine müßige Minute mehr gehabt haben, denn ihr altes und ihr neues Wohnhaus leuchten vor Sauberkeit, der Hof ist gefegt und in der Gartenecke biegt sich eine lange Tafel unter der reichlichen Last der Speisen. Nachdem Haus und Hof in Augenschein genommen sind, nimmt man Platz. Zum Essen ist noch eine halbe Stunde Zeit.

Die Ukraine. Man weiß so etwa, wo das liegt: Im Osten, auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Oder aber, so könnte der historisch schon etwas Eingeweihtere fragen, lag nicht vielmehr die Sowjetunion seinerzeit – das heißt, vor gerade sieben Jahren – auch auf dem Gebiet der Ukraine?

„Ukraina“ (russ. *kraj* – Rand) heißt oder hieß ursprünglich „Grenzland“, Land am Rande, eine dünn besiedelte Landschaft weit draußen, aus der Sicht Europas seit der Zeit der alten Griechen. Im Verlaufe dieser Reise aber ist von einem alten Bekannten aus Lemberg, der zu den Hauptaktiven in der Nationalbewegung gehörte, zu erfahren, „Ukraina“ bedeute eben „im Land“ schlechthin (ukrainisch ist *kraj* = Land, *u kraju* also im Land). Das hat auch etwas für sich, verrät aber vor allem eine gehörige Portion Patriotismus. Nur – was ist das nun für ein Land? Das gelobte Land der Bibel vielleicht, so kann man beim Zuhören in der Westukraine manchmal denken. Das wäre freilich eine dem Fremden letztlich unzugängliche Mythologie, nur dem Ukrainer verständlich. Und, wie herauszubekommen ist, auch gewiß nicht jedem, der heute in der Ukraine wohnt, auf gleiche Weise.

So ganz klar ist es einem also erst einmal nicht, wohin die Reise denn da gehen soll. Angesichts derartiger Rätselhaftigkeiten, die durch die hierzulande allgemein noch

anzutreffende Vermutung, man fahre jetzt doch im Grunde nach Rußland, noch um einiges verworrener werden können, bleibt dem Reisenden für den Augenblick wohl wenig mehr, als, wie man so sagt, die Dinge auf sich zukommen zu lassen. Freilich, es empfiehlt sich doch, sich die vorhandenen west-östlichen, europäisch-russischen und sonstigen Lesebrillen bewußt zu machen, die sonst den Reisenden so leicht genau das finden lassen, was er sucht – und ihn damit betrügen.

Der Gebrauch der Sprache jedenfalls verrät einem etwas zu Beginn wenig Vollständiges. Zwar macht man während des etwa zweistündigen Fluges von Berlin-Schönefeld nach Kiev über Bordfunk erneut Bekanntschaft mit der ukrainischen Sprache, von der manche Slawisten ja immer noch behaupten, es gäbe sie gar nicht. Merkwürdigerweise wirken die Übermittlung von Wetterdaten und die Informationen über mit dem Flugticket zu erwerbende Bonuskilometer bei „Ukrainian International Airlines“ in ihrer technologischen Selbstverständlichkeit als nur umso überzeugenderes Argument gegen die Unterstellung, man habe es doch eigentlich mit einem südrussischen Bauerndialekt zu tun. Die folkloristisch getönten Darbietungen, die die Botschafter der Ukraine in Deutschland lange so favorisierten, erreichen diesen Effekt nie. Das Bordpersonal wiederum spricht allerdings unverkennbar russisch, ebenso wie die Mitreisenden nichtdeutscher Herkunft. Letzten Endes entwickelt sich doch der, wenngleich womöglich altkluge, Verdacht, die Beherrschung der ukrainischen Sprache (einschließlich Wettervorhersagen und Schwimmwesten-Gebrauchsanweisungen) sei für die Angestellten Einstellungsvoraussetzung und ergo gar nicht so selbstverständlich gewesen. Die Rätsel kommen der Lösung so nicht näher.

Ukraine – Touristenklasse

Ankunft in Kiev. Nach etwa vierzigminütiger Busfahrt in Gesellschaft von Teilen eines Flensburger Gesangvereins und einer deutschsprachigen Begrüßung erwarten uns großgebaute Schiffe am Dnepr-Kai an der unteren Stadt. Oberhalb trübe erleuchteter Straßen ist der Blick auf den Hügel mit der erleuchteten Andreas-Kathedrale frei, während die unterwegs noch sichtbaren Türme des altehrwürdigen Höhlenklosters sich unter den Bäumen der in diese Richtung aufsteigenden Parkanlagen verbergen.

Mit nun doch etwas zwiespältigen Empfindungen schreitet man auf eines der Schiffe zu, deren Beleuchtung auf mehreren Decks übereinander in diesem Moment schon beinahe unangemessen festlich wirkt. Mir ist jedenfalls auf einmal gut erinnerlich, wie eine Kiewer Bekannte vor Jahresfrist auf dieses Areal mit einer jener beiläufigen Bewegungen deutete, mit der man der Vollständigkeit

halber die Luxus-Einrichtungen erwähnt, die zu betreten dem Normalsterblichen außerhalb seiner gewohnten Möglichkeiten liegt. Nunmehr soll uns also ein solches Exponat des Bessergestellten die nächsten Tage beherbergen.

Da der Vorsatz lautete, auftretende Sichtblenden als solche namhaft zu machen, bedarf auch dies bevorstehende Touristendasein doch ein wenig der Beleuchtung. Gewiß, ein goldener Käfig auf Zeit ist kein wirkliches Gefängnis. Gestrickt und gefügt wie er aus Rundumbetreuung und geplantem Programm, gediegener Bewirtung und diensteifrigem Personal ist (dessen meist miserable Arbeitsbedingungen sich erst später herausstellen), er ist aber mitunter doch geeignet, eine Stimmung des Fremdbleibens zu konservieren, die der Absicht, Land und Leute kennenzulernen, im Weg steht.

So ist denn auch das Fischerhaus einer älteren Frau an einem Seitenarm des Dnepr über Nacht aus einem bescheidenen Eigenheim in eine folkloristische Sehenswürdigkeit verwandelt worden, in dessen sonst privaten Räumen wildfremde Leute frei auf und ab gehen können. Es bleibt vielleicht nicht ohne Grund eine merkwürdige Distanz zwischen den Besuchern und der Gastgeberin, die auch nicht mit am Tisch sitzt, den sie für uns so reich gedeckt hat. Daß viele unserer Gruppe ihrer Sprache mächtig sind, hilft nicht viel; erst ein altslawisches Lied, das ihr „viele Jahre“ wünscht, scheint aus dem üblichen Rahmen zu fallen. Dann treibt das strikte Programm die Besucher wieder davon.

So unvergeßlich die Eindrücke sind, die man auf diesem Wege von einer Region gewinnt, die man sonst sicher nicht leicht zu sehen bekommt – bei diesen und anderen Programmpunkten mit ihrem manchmal auch etwas gewollt wirkenden Überschwang entsteht der seltsame Eindruck, die Ukraine würde eigens für unsereinen veranstaltet. Der Gedanke, sich auf eigene Faust auf Wege zu machen, bedeutet zwangsläufig, aus der zugewiesenen Rolle des Touristen zu fallen und wird entsprechend ungnädig beschieden. Dabei ist man bisweilen geradezu gezwungen, sich hinter die Kulissen zu begeben, während der neuerblühte Zweig der kapitalistischen Tourismusbranche gutgemeinte Mühen darauf verwendet, das Land zur Kulisse zu machen. Einen Teil glaubwürdiger Eindrücke muß man sich unrechtmäßig aneignen, und das Problematische dabei ist, wie allerdings vermutlich bei allen Formen des zeitgenössischen Tourismus, daß dies womöglich gerade das Gegenteil von Gastfreundschaft ist – nun also auch hier. Das ist jedenfalls in den folgenden Tagen ein Grundton, der erst noch mit dem übrigen zu harmonisieren ist.

Kiew – zum Ersten

Nun also Kiew, am Beginn der Reise. Die verstreuten Monumente machen den Besucher unschlüssig, auf welchen Begriff die Stadt zu bringen sei, stehen oft nebeneinander und widersprechen einander. Wie vertragen sich die altherwürdige Pracht der weißen Bauten des Höhlen-

klosters mit ihren grünen Dächern und goldenen Kuppeln, mit der neuheidnischen Monumentalstatue der *Mat' Rodina* gleich daneben, die in versteinertem Triumph seit dem „Großen Vaterländischen Krieg“ vor 50 Jahren über den Dnepr zu ihren Füßen blickt? Am Spätsommertag zeigt die Stadt ein freundliches Gesicht, viel grüne Inseln und Inselchen zwischen den Straßen, die sich, oft verwinkelt und nicht sonderlich breit, über die Hügel ziehen. Drei- bis vierstöckige Häuser mit neobarocken oder auch jugendstilangehauchten Fassaden erzählen eine Geschichte von bescheidener Bürgerwelt, wenn sie, wie oft, frisch restauriert sind, aber auch von deren Scheitern, wenn sie, wie ebensooft, bröckeln und verfallen und scheinbar nur von Holzbalken aufrecht gehalten werden. Bewohnt werden sie teils von älteren Leuten, die seit den ersten Privatisierungen ihre karge Rente wenigstens in den eigenen vier Wänden verzehren können, teils von staatlichen oder halbprivaten Büros und Gesellschaften.



Quelle: Transition, Vol. 3, No. 2, 7.2.1997

Am Aussichtspunkt über den Dnepr eröffnet sich dagegen der Blick auf endlose Plattenbauschluchten am jenseitigen Ufer, in denen wohl zwei Drittel der derzeit etwa drei Millionen Einwohner der Hauptstadt ihr Unterkommen haben. Das übliche Bild aller postsozialistischen Städte von Bratislava über Krakau und Wilna bis St. Petersburg.

Über die Stromschnellen des Dnepr

Das Schiff läßt Kiew am nächsten Tag erst einmal hinter sich und begibt sich auf die Reise, den großen Dnepr hinab. Sandige Strände, Schilfinseln und fahlgrünes Ufergestrüpp rücken mal näher, mal in weite Ferne; der Dnepr offenbart sich als einer der größten Ströme Europas, dessen Ausmaße Vergleiche mit mitteleuropäischen Wasserstraßen wie Rhein oder Elbe gleich ersticken. Freilich geht vieles der heutigen Dimensionen auf künstliche Staus und Baumaßnahmen aus den dreißiger Jahren zu-

rück. Der Fluß ist solcherart erst schiffbar gemacht worden, und als das Schiff auf der Höhe von Zaporiz'ja (Zaporožje) erstmals wieder anlegt, habe wir bereits mehrere Schleusen passiert. Von den Stromschnellen, die dem Fluß noch hundert Jahre zuvor sein Gesicht und der Stadt ihren Namen gegeben haben (ukr. *za porohy* – hinter den Stromschnellen), erfährt man erst hier. Eine alte Photographie zeigt die wilden Katarakte, aus denen der Flußlauf damals auf einer Länge von über hundert Kilometern bestanden hat, und in dessen Wirbel auch der Wagemutigste nicht einmal ein kleines Boot hätte steuern wollen – an Schiffe war gar nicht zu denken.

Erst dahinter begann ehemals das Leben wieder, in einem Fischerort und natürlich in der Kosakensiedlung der Zaporoger und deren Stützpunkt auf der Insel Hortyc'ja. Heute berichtet von ihnen eben hier ein gut geordnetes Museum. Eine sehr fachkundige Führung durch die Sammlung, von der Direktorin des Museums, läßt die Tradition der Kosaken anschaulich werden, die so große Bedeutung hat für das kulturelle Selbstverständnis vieler Ukrainer, besonders in diesen Gegenden. Der Besucher löst sich dabei langsam vom reinen Klischee des steppe-reitenden Freibeuters mit dem Säbel, und lernt Handwerk, Holzkirchen und Markttag ins Bild des Alltags mit aufzunehmen. Für den Nachmittag können dann freilich auch noch gegen Aufpreis Kosakenreiterspiele gebucht werden, aber wer's tut von den fremden Reisenden, hat natürlich auch hier nichts mehr zu befürchten.

Zaporožec (der Zaporoger) ist außerdem der Name einer Automarke, die sich schon zu Sowjetzeiten großer Beliebtheit erfreute und hier vor Ort produziert wird, mit schmucken Nachfolgemodellen einer Art Renault-Design inzwischen. Diese und einige andere, chemische und sonstige Industrien geben der Stadt ihr Gesicht: Ein Konglomerat aus weiträumigen Straßen mit halbwegs gleichförmigen Häuserzeilen stalinscher Modernität von damals, gebaut für größere Menschenzahlen. Kleine Läden und Stände von Händlern für alles mögliche, aber auch ein Denkmal mit vielen Reihen gepflanzter Rosen für die Opfer der Černobyl'-Katastrophe deuten im alltäglichen Betrieb darauf hin, daß man sich unterdessen halbwegs abgewandt hat von der hehren Zukunft, in die die Statue des Genossen Lenin über dem Hafen noch deutet. Nur die dem Bus zugestiegene Stadtführerin liefert noch die Aufzählung industrieller Errungenschaften und der etwa ein Dutzend polytechnischen und administrativen Hochschulen, die wohl jede postsowjetische Stadt zu beherbergen scheint. Es klingt, sarkastisch gesprochen, als höre sie der eigenen Platte schon nicht mehr zu. In Erinnerung bleiben aber die riesigen Stauwehre am Dnepr und die Geschichte der Sprengvorrichtungen, die im Zweiten Weltkrieg die abziehenden deutschen Truppen darin hinterlassen haben. Die haben gottlob nicht funktioniert, und neben der gekappten Lunte hat man angeblich die Leiche eines Sowjetsoldaten gefunden. Nicht ganz ausgeschlossen, daß es in ein paar Jahren schon der Angehörige eines ukrainischen Regiments gewesen sein wird.

Cherson und Dnepr-Mündung

Weiter nach Cherson, wo in der Nähe die besagten Fischer des Dnepr-Deltas warten. Ein wenig Zeit bleibt noch im sonst so strengen Reiseprotokoll, auch den Ort selbst in Augenschein zu nehmen. Viel ist es allerdings nicht, was die Stadt in der kurzen Zeit von sich gibt. Ge-gründet wurde sie von Zarin Katharina II. als Befestigungsanlage, der Name stammt von der griechischen Siedlung Chersones auf der Krim. In der Landschaft Taurien an der Nordküste des Schwarzen Meeres soll einst Herodot auf die Skythen getroffen sein, die nach griechischer Vorstellung weiter im Norden, schon am Rande des Hades wohnten. Wir, die wir nun aus dieser Richtung kommen, haben diese Region freilich belebter gefunden als die seltsam menschenleer wirkende Stadt und die zwar weiträumigen, aber ebenso meist stillliegenden Werftanlagen. Diese und manche der schmucken Gebäude der Innenstadt, in denen man sich eigentlich Händler und Geschäfte, aber wohl auch Sommerfrischler vorstellen möchte, zeugen zwar von früherer Betriebsamkeit. Jetzt aber, so der freilich nur sehr flüchtige Eindruck, scheint die Region etwas an den Rand des Geschehens geraten zu sein. Überhaupt kommt einem hier zu Bewußtsein, wie wenig anderen Booten und zumal Frachtschiffen man auf dem Weg hierher begegnet ist.

Unmerklich hat sich die Luft verwandelt auf dieser Fahrt. Heiß ist es nach wie vor, die Temperaturen erreichen annähernd 40 Grad, aber das Sonnenlicht und die Landschaft bekommen allmählich einen weichen südländischen Schimmer, und an die Stelle der trockenen Hitze tritt vom Schwarzen Meer ein lauer Wind. Bald weht er um die Gesichter der Passagiere, die von Deck aus über die Wellen ins Weite schauen, dem Sonnenuntergang zu, an dem das Schiff rechts vorbei gen Süden fährt. Stunden später wirft der Vollmond seine helle Spur aufs Wasser. Hier sieht man sie nun, die eigenartige Mischung aus Klarheit und pastellenen Farbtönen des Schwarzen Meeres, die der Maler Ajvasovskij so meisterhaft in seinen Bildern einzufangen wußte und die ihn ein Leben lang nicht losließen. Verständlich jedenfalls, wenn hier manch einer zum Dichter wird, der doch sonst andere Sorgen haben sollte.

Russisches Erbe auf der Krim

Lenin grüßt wieder, im Hafenbecken von Sevastopol', von der Höhe oberhalb der malerischen Gebäude entlang des Kais mitsamt dem prachtvollen Opernhaus im klassischen Stil. Außerdem begrüßt mit flottem Takt eine Militärkapelle das anliegende Kreuzfahrtschiff mit den Touristen, was ungeachtet der gutgespielten Musik das Gefühl hervorruft, das wäre doch nun wirklich nicht nötig gewesen. Wozu, für wen denn hier ein solcher Staatsempfang? Gegen Abend allerdings werden die rhythmischen Klänge der Kapelle dann abgelöst von dutzenderlei Pop- und Discoversionen aus den Lautsprechern der Bars und Cafés entlang der Uferbefestigung. Nach Einbruch der Dämmerung beginnt das Vergnügen, in das sich die Jüngeren

und auch manche Älteren stürzen, und man läßt sich gerne treiben im bunten Getümmel. Das hochaufragende Marinemal auf der anderen Hafenseite wird des Nachts zur Projektionsfläche für die Lightshow der Disco darunter. Erst wenn hier gefegt wird und die Stühle hochgestellt werden, kann das Monument zu seiner alten Würde zurückkehren.

Sevastopol' ist der wichtigste Hafen der Halbinsel Krim, die 1954 in einem Verwaltungsakt der damaligen ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen wurde. Dies geschah am Jubiläumstag zu „300 Jahren Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland“, also exakt 300 Jahre nach jenem Vertrag von Perejaslav, mit dem sich Bohdan Chmel'nyc'kyjs Zaporoger Kosaken dem Moskauer Zarenreich – je nach Auslegung – unterstellten oder assoziierten. Eine eindeutige Auslegung dieses Vertragswerkes gibt es wohl nicht, ungeachtet aller bisherigen wohlgemeinten

tegierte damals nach Kräften die russozentrische Sicht, und feierte den Akt mit einer dreibändigen Quellenedition und mit allerlei Gedenkstätten. [In Kiev ist inzwischen auf dem großen Bogen, der die ewige Verbundenheit der beiden ostslawischen Völker symbolisieren soll, von unbekannter Hand der letzte Teil der Aufschrift (*s Rossijeju* – mit Rußland) übersprüht worden, so daß man jetzt nur noch liest „Zum Angedenken der Wiedervereinigung der Ukraine“. Desgleichen reitet Hetman Chmel'nyc'kyj wohl immer noch als überdimensionale Statue über den großen Platz vor der Sophienkathedrale und deutet mit der Linken gen Moskau, aber nun nicht zur Orientierung, sondern zum Angriff, wie man als augenzwinkernden Kommentar von den Kievern hören kann.] Man mochte damals der Meinung sein, angesichts der beschworenen Einheit sei die Halbinsel unter der einen Jurisdiktion so gut aufgehoben wie unter der anderen. Tatsächlich hat man damit ein schwieriges Erbe geschaffen. Nirgends ist das

problematischer als hier. Der erst vor kurzem halbwegs beigelegte Streit um die Schwarzmeerflotte, die nun zwischen Rußland und der Ukraine aufgeteilt ist, hat es vor Augen geführt. Daß man auf den Straßen kein einziges Wort Ukrainisch hört, fällt einem auch in anderen ukrainischen Städten auf. Für die Bewohner der Krim aber ist die Ukraine offenbar noch weniger etwas, dem man sich zugehörig fühlt. Hier ist die Stimme eines Wiederanschlusses an Rußland stärker als in fast jeder anderen Region. Die Krim ist allerdings auch in den letzten drei Jahrhunderten Schauplatz russischer Geschichte und russischer Literatur gewesen. Ein monumentales Rundumpanorama erinnert in Sevastopol' an die Belagerung der Stadt durch Briten und Franzosen während des Krimkrieges – und die Führungen feiern den Heldenmut der russischen Generäle und die bodenständige Tapferkeit der russischen Soldaten. (Daß die Stadt schließlich doch gefallen ist und der Krimkrieg eine folgenreiche Niederlage für das Zarenreich war, erfährt der Nichteingeweihte hier allenfalls am Rande.) Wieviel schließlich würde der rus-

sischen Literatur fehlen ohne – beispielsweise – Tolstoj's „Erzählungen von Sevastopol'“? Genosse Lenins Standbild aber hat hier ebenfalls gute Aussichten, noch viele Jahre unbeschadet zu überstehen.

Jalta und Bachčisaraj

Auf der anderen Seite der Krim wartet Jalta – ein Badeort par excellence, wo reges Leben herrscht am Strand, an der Uferpromenade, entlang mondän aussehender Bürgerhäuser mit Geschäften, Boutiquen, Bars und Restaurants. Vom Ufer führen übergrünte, schattige Straßen den Hang hinauf zur Stadtmitte, von der aus der Blick dann wieder frei ist auf die hohen Felsen, von denen die Stadt in der Ferne umgeben ist.

Die Krim ist eine gebirgige Insel. Der Weg nach Jalta führt an ebensolchen zerklüfteten Höhen entlang auf einer Uferstraße vorbei am Livadija-Palast, einst Sommerresidenz der Romanov-Zaren, später Ort der schicksalhaften Jalta-Konferenz, auf der Stalin, Churchill und Roosevelt die Linie für den bald darauf in Europa niedergehenden Eisernen Vorhang ausmachten. Wieder einmal wundert man sich hier über die Verehrung, die den Romanovs und ihrer ausgestellten Hinterlassenschaft im oberen Stockwerk zuteil wird.

Wer die Einzelheiten des hochherrschaftlichen Alltags so genau nicht wissen will, genießt von einem geeigneten Punkt des herrlichen Parks die Aussicht über die weite Bucht und die sich fortziehenden Gebirgshöhen. Die eigenartige Atmosphäre der Halbinsel ist gut zu fassen an solchen Orten. Wohl leuchten unten die kleinen weißen Segel in der Sonne, wie sie zum mediterranen Bild gehören. Hinter sich aber weiß der Beobachter wieder die schroffen Felsen sowie Wälder aus Kiefern und vor allem Eichen. Die letzteren sind geradezu ein Symbol der Insel – eines, das man nicht erwartet hätte.

Bachčisaraj, der alte Palast des Khans der Krimtataren, „ein Stück Orient im Süden der Ukraine“. Die blumige Ankündigung der Prospekte trifft hier einigermaßen zu. In den langgezogenen Bauwerken der Anlage mit den Pagodendächern, in den lichten Wintergärten mit farbenfrohen Teppichen und Diwanen und im Harem macht der Besucher Bekanntschaft mit den Facetten orientalischer Lebensart, in den Arabesken und den Koransprüchen über den Türen sowie im seitlichen Gebetsraum des Khans mit den Gebräuchen mohammedanischer Gläubigkeit. Dies alles mag einem mit seinem eigentümlichen Reiz hoher Verfeinerung in Erinnerung rufen, worauf etwa der ukrainische Orientalist Omeljan Pritsak gelegentlich hinweist: daß nämlich die Mongolen und Tataren, die in der russischen Geschichte so oft als zerstörungswütige Barbaren geführt werden, doch sehr wohl eine eigene Kultur hatten und einzubringen wußten. Der große Puškin setzte sich womöglich seinerseits über ein Feindbild hinweg, als er vor der „Fontäne von Bachčisaraj“ seine berühmten und zugleich so menschlich anrührenden Verse entwarf.

... und dann war da noch Odessa

Puškín schrieb sein Gedicht dann in Odessa fertig, wohin er 1823/24 von der zarischen Regierung verbannt worden war und als Kanzleibeamter des Generalgouverneurs Voroncov, den er nicht mochte, einen freudlosen Dienst zu verrichten hatte. Aber gerade hier fand er auch neue Eindrücke und Anregungen zu einer Fülle von Werken, zahlreiche Gedichte darunter und der erste Teil des „Eugen Onegin“. Das Denkmal, das die Odessiten ihm am einen Ende des Primorskij Bul'vard errichteten, und zwar entschieden gegen obrigkeitlichen Widerstand, feiert auch ein wenig die Inspiration, die der große Dichter ihrer Stadt verdankte.

Odessa genügt sich selbst. Odessa gefällt sich auf eine unbeschwerte Art, und das mit Recht. Kunstvolle Fassaden und grüne Straßenzüge, das berühmte Opernhaus, die prachtvolle Deribasovskaja Ulica und die Uferpromenade erzählen selbst im Alltag die Geschichte vom Leben und von der Kunst. Verbissenen Ernst, der sie töten würde, überläßt man anderen Orten. Gewiß gibt es auch die nüchternen Seiten. Auch hier scheint der einst so betriebsame Hafen der alten Handelsstadt vielerorts recht still zu liegen, und von den ökonomisch-sozialen Verwerfungen der nachkommunistischen Zeit bleiben die Leute hier so wenig verschont wie anderswo. Die berühmte Potemkin-Treppe wiederum, die vom Hafen hinaufführt, erinnert eben auch an Revolution und Krieg, wie sie Eisensteins ebenso berühmter Film über den Panzerkreuzer hier wiedererstehen läßt. Ein anderer, Isaac Babel', Künstler seinerseits und Sohn der Stadt, konnte keine Hymnen singen, als er „Budjonny's Reiterarmee“ beschrieb. Doch scheint dies alles, wenn man die Odessiten reden hört, nicht von Dauer und nicht von so großer Bedeutung, daß dieser Ort darüber ein anderer würde. Es trifft nicht den Kern – mag von anderswo her kommen, was eben kommt, es gibt immer noch das Spiel, die Freundlichkeit des Augenblicks, die Kunst. Es gibt immer noch Odessa, und dabei bleibt es letzten Endes.

Der Westen –

wo die Ukraine am ukrainischsten ist

In Odessa ist auch die Ukraine, so scheint es, zweitrangig. Die ukrainischsprachigen Aufschriften und Hinweisschilder wirken eigenartig fremd – die meisten sind ohnehin zweisprachig, und auch hier hört man auf den Straßen russisch. Das ändert sich grundlegend, wenn man sich nun von hier nach Westen begibt. Wer des Abends in den Nachtzug nach L'viv, das frühere Lemberg, steigt, betritt nach der Ankunft am nächsten Morgen beinahe ein anderes Land. Hier ist allenthalben die ukrainische Sprache mit jener galizischen Färbung zu hören, die für Kiever Ohren etwas bäurisch klingt. Hier liegen denn auch die wichtigsten Anfänge der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung (*ruch*), die 1991 so wesentlichen Anteil an der Loslösung von Moskau und damit am Zerfall des Sowjetreiches hatte. Die Ukraine hat in dieser Gegend als Idee

überlebt, die man gegen die anderen, die Russen (*Moskaly* heißen sie in den Gedichten des Nationaldichters Taras Ševčenko), die Sowjets, früher auch gegen Polen abzuschirmen hatte. Vor dem prachtvollen Opernhaus am Ende des zentralen Prospekt der Freiheit (der frühere Lenin-Prospekt) hat die Beseitigung der großen Leninstatue, im Herbst 1991 unter dem Beifall der Massen der versammelten Bewohner gestürzt, eine Wunde im Pflaster hinterlassen, die nun mit Blumen zuwächst. Nicht weit davon aber erhebt sich nun ein Monument für Taras Ševčenko, der so viel Sagenhaftes und Romantisches zur Idee Ukraine beigetragen hat. Spenden der Bevölkerung haben es finanziert, und die Kreise seiner Verehrer treffen sich hier regelmäßig, gedenken, feiern, tragen vor.

Der Historiker Karl Schlögel hat Lemberg einmal die Hauptstadt der europäischen Provinz genannt. Dem entspricht die Geschichte, die man vom Bild der Stadt erfahren kann. Jahrhundertlang war Lemberg als Lwów eine polnische Stadt, und in diesen Zeiten sind Humanismus und Renaissance auf den Handelswegen noch bis hierher gekommen; italienische Architekten bauten die Häuser rund um den Marktplatz, die eine ganz andere Art bürgerlichen Selbstbewußtseins repräsentieren als die doch vergleichsweise bieder-bescheidenen Wohnviertel in östlicheren Städten der Ukraine. Es waren dann aber orthodoxe Ruthenen und die Armenier, die von hier weiterzogen – auch ihre Kirchen und Quartiere finden sich noch dort. Der Prosperität folgte allerdings im 18. Jahrhundert der Verfall. Zu Habsburger Zeiten hieß es schließlich über Lemberg und den Bezirk Galizien, in Polen sei nichts mehr zu holen. Sie kamen dann aber doch, die Beamten, Gouverneure und Offiziere, und brachten ihre Bauten mit: Ämter, Banken, die Oper, den galizischen Landtag, der heute die Universität beherbergt. Heute liegt Lemberg am Westrand der Ukraine, blinzelt einerseits nach Polen und auf die Europäische Union, andererseits zunehmend skeptisch nach Kiev, wo der politische Einfluß von *Ruch* in den letzten Jahren mehr und mehr zurückgegangen ist.

Kiev – zum Zweiten

Über das malerische, aber ähnlich wie seinerzeit Cherson etwas von den Zeitläuften vergessen wirkende Kamjanec Podolskij (Kam'janec Podil'skyj) geht es wiederum per Nachtzug zurück nach Kiev. Es bleibt noch Zeit für einen Rundgang durch die Hauptstadt und zum Flanieren auf der zentralen Meile des *Chreščatik*, von der es heißt, wer sie gesehen habe, habe eigentlich Kiev gesehen. Zu sehen sind in diesem Falle Hundertschaften von Bauarbeitern, die an den Fassaden putzen, scheuern und ausbessern, was das Zeug hält, Bürgersteige fegen und weiße Linien auf die frisch geteerte Fahrbahn malen. Die Straße ist derzeit für den Autoverkehr gesperrt; zu Präsident Kučmas sechzigstem Geburtstag sollen die Restaurierungsarbeiten abgeschlossen sein. Tatsächlich wirkt die geballte Betriebsamkeit wie ein überdimensionierter Hausputz der Hauptstadt, auf daß der Hausherr alles zu seiner Zufriedenheit vorfinde, wenn er wiederkommt. Allerdings, ist

dieser Pater patriae nicht eigentlich nichts weiter als ein auf Zeit gewählter demokratischer Präsident?

Wie mag wohl eine der vielen alten Frauen mit ihren kargen Renten und verhärmten Gesichtern, denen man überall begegnen kann, oder ein Staatsangestellter oder Lehrer, der sein bißchen Gehalt seit einem halben Jahr vergeblich erwartet, diese Umtriebe betrachten? Selbst als Besucher ertappt man sich bei einem unfreiwilligen Akt der Solidarisierung mit der Mehrzahl der von solchen Festen Ausgeschlossenen. Auf dem *Chreščatik* gibt es nur wenige von den Märkten und Buden, die den Normalsterblichen auch in der Hauptstadt, wie überall in der Ukraine, mit dem Notwendigen versorgen. Supermärkte nach westlichem Vorbild sind marmor ausgelegte Warenbahnhöfe, deren Apothekerpreise ihre Menschenleere erklären.

Bilanzen

Es wird oft nach den wirtschaftlichen Verhältnissen gefragt, wenn es sich darum handelt, die Zukunftsaussichten des Landes zu beurteilen. Deren gegenwärtiger Zustand verkündet allerdings in dieser Hinsicht wenig Erfreuliches. Das bisherige Investitionsvolumen deutscher Unternehmen in der Ukraine beispielsweise belief sich auf 184 Mio. DM, eine Summe, die auf ein Land von über 50 Mio. Einwohnern gerechnet verschwindend gering ist; es genügt, sich im Vergleich dazu die Ausgaben allein für die Bautätigkeiten am Potsdamer Platz in Berlin vor Augen zu halten, die ein Vielfaches betragen. Im Rahmen der Europäischen Union fällt die Bilanz kaum besser aus. Bemühungen ukrainischer Handelsvertretungen, diesen Wert zu heben, stoßen auf Skepsis. Zwar hat sich, nachdem Mitte 1994 endlich eine Verfassung verabschiedet worden ist, das Klima kurzzeitig gebessert, doch inzwischen ist deutlich, daß Rechtsunsicherheiten und eine halsbrecherische staatliche Steuerpolitik, neben den allfälligen Erscheinungen von Korruption, Vetternwirtschaft und behördlichen Hemmnissen nicht überwunden sind – im Gegenteil. Demgegenüber liegen weite Teile der großen Industriekomplexe aus sowjetischen Zeiten ziemlich darnieder, wie die Kohleindustrie der östlichen Gebiete oder die chemische Industrie. Die Einführung einer neuen Währung, der Hryvna, die 1996 die wertlosen Kupons der Übergangszeit ersetzte, sorgte zwar für recht stabile Preise, und die Wechselkurse werden durch eine Art Binnenbörse mit Beteiligung der Banken ausbalanciert. Dies kann neben der Verfassungseinigumg durchaus als Erfolg der Reformpolitik gelten. Daß freilich staatlichen Zahlungsverpflichtungen häufig lange und in großem Umfang bei Renten, Angestelltengehältern und Lohnzahlungen staatlicher Betriebe nicht nachgekommen wird, offenbart die dirigistische Komponente auf dem innerstaatlichen Finanzmarkt. Die Rubelkrise in Rußland, zumal im Zusammenhang mit der immer noch großen Abhängigkeit von russischer Energiezufuhr, wirft nunmehr als heraufziehendes Unwetter düstere Schatten selbst auf die bescheidenen Errungenschaften. Die Weltbank, die

jüngst eine weitere Kreditsumme bewilligte, wird in der Ukraine mehr noch als in Rußland gut beraten sein, auf eine Intensivierung der Reformen zu drängen, hat doch beispielsweise die Privatisierung hier zuletzt kaum 30% überschritten.

Die Reformschritte der letzten Jahre haben damit, was denn auch sichtbar wird, dem Land an vielen Stellen zu Reichtumsenklaven und Inseln mit prächtigen Fassaden verholfen. Gerade die Hauptstadt bietet ein Bild davon. Doch die Grenzen dieser Art Wachstum werden nun zunehmend bemerkbar. Die Wirtschaft des Landes handelt, sammelt an, verschiebt, aber produziert über weite Strecken nicht wirklich. Allein der Konsumgütermarkt kann dies schon demonstrieren, findet man doch weder in den neuen Supermärkten noch in den Buden der vielen kleinen Märkte anderes als ausländische, d. h. polnische, türkische, ungarische Artikel. Werbeplakate, die auffordern, beim Kauf ukrainische Produkte zu bevorzugen, werden das kaum ändern. Jeder kennt auch hier die Witze über die neuen Reichen, deren Verschwendungssucht und Unbildung. Und sehr viele wissen aus dem Bemühen um den täglichen Broterwerb von Arbeitsbedingungen zu erzählen, die selbst mit dem *hire and fire* Prinzip noch unzureichend beschrieben sind: Anstellungen auf Probe, die nach kurzer Zeit und getaner Arbeit einseitig aufgelöst werden, ohne daß irgendein Lohn gezahlt würde; zweistellige Stunden-Arbeitszeiten pro Tag ohne auch nur Andeutungen von Krankheitsschutz oder Kündigungsfristen. Nach Jahren gehört das Feld immer noch marktwirtschaftlichen Hazardeuren, während wirkliche Unternehmer sich entweder rar machen oder auf die eine oder andere Art im staatlichen Filz festhängen.

Das Ergebnis ist eine überall spürbare Spaltung. Der seit der Wende so verehrte Schicksalsgott des freien Marktes unterteilte nach und nach die Gesellschaft in die Reichen und die Ratlosen, das Land in Städte von Welt und versunkene Orte von Gestern. Oft sieht man im Zentrum einer Stadt eine Fülle von Geschäften, Vertretungen und Konsummöglichkeiten, aber die meisten versorgen sich stattdessen auf den Märkten am Stadtrand, die morgens auf – und abends wieder abgebaut werden. Die meisten der Einwohner, so weiß man inzwischen, befürworteten seinerzeit die Unabhängigkeit in erster Linie in der Hoffnung auf Besserung ihrer materiellen Verhältnisse, weniger aus nationaler Romantik. Nun wird man langsam ungeduldig. Die Stagnation auf dem nun gegebenen Niveau läßt die Stimmung allmählich schlechter werden.

Aussichten und Einsichten

Der dennoch mancherorts spürbare Wandel ist letztlich eine Frage auch des Generationenwechsels. Wenn schon in der westlichen Welt allmählich die Erkenntnis wächst, daß die mythologischen Kräfte des Marktes allein ohne gewisse, nicht immer rein ökonomische Voraussetzungen nicht das Wohl des Ganzen in die Wege leiten, so läßt sich das hier am konkreten Beispiel studieren. We-

der Unternehmens- und Mittelstandskultur und damit eine produktive und innovative Ökonomie noch demokratische Eliten wachsen schließlich einfach aus dem Boden. Langfristig bereitet hier der Bildungssektor wohl die meisten Sorgen, denn das staatliche Schulsystem verfällt, Lehrmittel fehlen, und die Lehrer nehmen oft ihre Tätigkeit aus bewundernswertem Pflichtbewußtsein wahr, so lange sie auf die seltenen Gehaltszahlungen warten. Wenige private Schulen für die Sprößlinge der neuen Reichen fügen sich ins Bild der Spaltung und erscheinen kaum als vielversprechende Entwicklung.

Es ist seit dem Fall des Sowjetreiches öfter festgestellt worden, daß es vor allem das Bildungsniveau der Bewohner sei, das die auf dessen Territorium entstehenden neuen Staaten – auch im Verhältnis zur westlichen Welt – von Drittweltländern unterscheidet. Nun wird man auch im Westen die Frage stellen dürfen, ob denn hier ein Interesse daran besteht, daß dieser Unterschied auch bleibt – eine ziemlich grundsätzliche Frage, zugegeben.

Alles in allem stößt, wer die Ukraine heute erkundet, auf ein Land mit vielen Gesichtern. J. G. Herder notierte Ende

des 18. Jahrhunderts in seinem berühmten Reisetagebuch den Eindruck, die Ukraine könne ein neues Griechenland werden, dank der Freundlichkeit und Musikalität ihrer Bewohner und dem blühenden Reichtum ihrer Landschaft. Das mag ein klassizistisches Ideal gewesen sein; dennoch wird man auch heute dieser so vielfältigen Region der nachkommunistischen Zeit die blühenden Landschaften ebenso wünschen wie anderen.

Über den Weg, der ins gelobte Land führt, ob dies nun „Ukraina“ heißt oder anders, herrscht wieder Unsicherheit nach dem Ende des Zeitalters der angeblich sicheren Heilswege. Über das Zwiagesicht der neuen alten Freiheiten kann man, auch und gerade als Besucher aus der ehemals westlichen Hemisphäre, in der Ukraine manches lernen – und es heißt ja, wer auf Reisen geht, der entdeckt sich selbst.

Alfons Brüning ist Doktorand bei Professor Torke am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Obdachlose Kinder als soziales Problem der russischen Metropolen

Ein Bericht über die Situation der Straßenkinder in St. Petersburg und die örtlichen Hilfsorganisationen, die sich ihrer annehmen

von Britta Schmitt, Offenbach

Straßenkinder in den russischen Metropolen leben in SU-Bahnschächten und Kanälen. Sie kommen meist aus zerrütteten Familien und kämpfen auf der Straße um ihr Überleben. Die Fachgruppe Mädchen der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) unternahm Ende 1997 eine Studienreise zu den Straßenkindern von St. Petersburg.

Lebenssituation

Kleine Handreichungen für Kiosk-Betreiber an den Ausgängen der Metro, die schnelle Autowäsche an Tankstellen oder sexuelle Dienste in den Luxus-Limousinen einiger „neuer Russen“ – mit diesen und anderen Arbeiten müssen obdachlose Kinder zwischen sechs und 16 Jahren in St. Petersburg ihr täglich Brot verdienen. Viele schnüffeln Klebstoff oder Benzin, um dem harten und gefährlichen Alltag noch etwas abzugewinnen oder ihren Hunger zu betäuben. Einige haben jeglichen Kontakt zu den oft alkoholabhängigen Eltern abgebrochen. Andere stehen mit ihren Eltern in Verbindung und müssen Geld für sie verdienen. Manche Straßenkinder leben in gut organisierten Teams, schlafen in der Gruppe und verdienen gemeinsam genug, um sich einigermaßen über Wasser zu halten. Andere sind isoliert und werden von anderen

Kindern mitunter brutal vom „Arbeitsmarkt“ verdrängt: Olga Uchatuk, Geschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation „Psalm 23 e.V.“, berichtete beispielsweise von einem achtjährigen Jungen, der von zwei anderen mit Benzin übergossen und angezündet wurde. Der später schwer Verletzte wollte sich wie seine Rivalen an einer Tankstelle ein paar Rubel mit Autowaschen verdienen.

Die meisten Straßenkinder kommen irgendwann mit dem Gesetz in Konflikt. Deshalb sind in den Jugendhaftanstalten der Millionenstadt St. Petersburg fast 80% der Häftlinge ehemalige Straßenkinder. Das harte russische Jugendstrafrecht kann im Wiederholungsfall selbst Mundraub mit mehr als zwei Jahren Gefängnis belegen. Von einem solchen Fall berichtete der Leiter der Haftanstalt Kolpino: Zwei seiner jugendlichen Häftlinge waren nach einer Bewährungsstrafe wegen Raubes und Verzehr (sic!) eines teuren Hundes zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Viele Jugendliche sind froh, im „Knast“ zu sein: Hier haben sie ein Dach über dem Kopf, saubere Bettwäsche, regelmäßige Mahlzeiten, beheizte Räume und eine Schule auf dem Anstaltsgelände. Insofern ist das 25 km außerhalb der Stadt gelegene Jugendgefängnis Kolpino schon beinahe eine Fürsorgeeinrichtung.

Situation von Mädchen

Mädchen sind unter den Straßenkindern insgesamt eine Minderheit. Ihr Anteil an den jugendlichen StraftäterInnen ist ebenfalls gering, wächst aber kontinuierlich. 1996 wurden nach Aussage des Leiters der St. Petersburger „Kindermiliz“ Krupčenko zehn Prozent der Jugendstraftaten von Mädchen verübt. Die Palette der Straftaten, die von Straßenkindern beiderlei Geschlechts begangen werden, ist erwartungsgemäß nicht allzu breit: Im wesentlichen sind es Eigentumsdelikte wie Raub, Überfall, Diebstahl. Seltener kommen Morde vor, für die Kinder – wegen der Schwere des Verbrechens – bereits ab 14 Jahren strafmündig sind. Bei weniger schweren Verbrechen setzt die Strafmündigkeit in Rußland erst mit 16 Jahren ein.

Prostitution ist in Rußland prinzipiell nicht strafbar, so daß sich potentiell nur die Freier von Minderjährigen und die Zuhälter strafbar machen. Obdachlose Mädchen, die sich prostituieren, verschwinden sehr schnell von der Straße. Denn wachsamen Zuhälter lassen sie nicht lange auf eigene Rechnung arbeiten und holen sie von der Straße weg in die organisierte Prostitution. Schon 13jährige Mädchen verschwanden auf diese Weise aus dem Gesichtskreis der Hilfsorganisationen. Sie werden üblicherweise geschminkt und mit Hilfe provokativer Kleidung älter gemacht als sie in Wirklichkeit sind. Wollen sie „aussteigen“, riskieren sie häufig ihr Leben. In St. Petersburg wurden schon mehrere Morde an Kinder-Prostituierten verübt. Die Kunden dieser Prostituierten sind fast ausnahmslos Landsleute. Auch die Nachfrage nach Jungen geht nahezu ausschließlich von Inländern aus – häufig vermögende „neue“ Russen, die mit ihren Limousinen an einer bestimmten Metrostation vorfahren, an der sie sich die Jungen ins Auto holen. Lisa Gerrit von der Finnischen Bibelgesellschaft, die die Straßenkinder an eben dieser Metrostation zweimal pro Woche mit warmem Tee und gefüllten Teigtaschen versorgt, berichtete der Fachgruppe, daß sie von Freiern mitunter massiv bedroht werde. Denn aus Sicht der Kinderschänder verdirbt Lisa Gerrit das Geschäft: Ein sattes Kind steigt vielleicht nicht mehr ohne weiteres in's Auto ein, oder es nennt einen höheren Preis.

Hilfseinrichtungen

Die Schwedin Lisa Gerrit vertritt gemeinsam mit ihrem finnischen Ehemann die Finnische Bibelgesellschaft in St. Petersburg. Diese Gesellschaft ist eine der wenigen, zumeist ausländischen oder vom Ausland unterstützten privaten Hilfsorganisationen, die sich in der Stadt um Straßenkinder kümmern und Notunterkünfte, sogenannte Fluchtburgen, eröffnen. Insgesamt gibt es in der Stadt 25 solcher Fluchtburgen, davon zehn staatliche, acht, die von einzelnen Stadtteilverwaltungen eingerichtet wurden, und sieben private.

Unter den staatlichen Fluchtburgen findet sich seit Mitte Februar 1997 eine Einrichtung, die nur für Mädchen da ist. Sie ist in einem renovierungsbedürftigen Haus aus der Gründerzeit direkt am Newa-Ufer untergebracht. Hier

herrschen außerordentlich strenge Sitten: Offenbar angeregt durch das im sozialpädagogischen Diskurs des Westens viel diskutierte *contracting* präsentierte die Leiterin das Einrichtungs-Konzept, das eine Art Vertragsabschluß vor Aufnahme der Mädchen vorsieht. Die Zöglinge müssen eine Vereinbarung unterschreiben, in der beispielsweise steht, daß sie künftig auf den Gebrauch von Schimpfwörtern verzichten werden. Bei mehrmaligem Verstoß gegen diese und andere rigide Regeln werden die Mädchen nicht selten wieder auf die Straße gesetzt.

Lisa Gerrit kannte ein Mädchen, das nach der Entlassung aus der staatlichen Mädchenfluchtburg in einem Hausflur Opfer einer Gruppenvergewaltigung wurde und an deren Folgen gestorben ist. Diesen tragischen Fall nahm die Schwedin zum Anlaß, um eine eigene private Fluchtburg ausschließlich für Mädchen aufzubauen.

Hintergründe

Der Unterschied in den Ansätzen der staatlichen im Vergleich zu den privaten Fluchtburgen besteht nicht nur im Grad der Rigidität, mit der die Einrichtung jeweils geführt wird. Es sind vielmehr unterschiedliche sozialpolitische Ziele und pädagogische Konzepte, die die Privaten einerseits und der Staat andererseits verfolgen. So leiten private Einrichtungen prinzipiell keine Verfahren gegen Eltern von Straßenkindern ein, um diesen die Elternrechte zu entziehen. Staatliche Stellen hingegen forcieren solche Verfahren, weil Kinder nach geltendem Recht automatisch den Status von Waisen erhalten, wenn ihren Eltern die Elternrechte aberkannt werden. Die Kinder können dann in Waisenhäuser eingewiesen werden.

Zu Sowjetzeiten mag das „Abschieben“ in Waisenhäuser eine – wenn auch schlechte – Lösung gewesen sein. Heute besitzt das Verfahren jedoch einen entscheidenden Nachteil: Das Kind verliert als Waise seinen Rechtsanspruch auf einen Teil der elterlichen Wohnung.

Da der russische Staat Anfang der 90er Jahre alle Wohnungen den darin lebenden Mietern übereignet hat, leben praktisch alle Familien in St. Petersburg in Eigentumswohnungen. Aufgrund der Wohnungsnot sind diese zu einem begehrten Handelsgut geworden. In zerrütteten Familien, in denen beide Eltern beispielsweise alkoholabhängig und arbeitslos sind, ist die Versuchung groß, auch den letzten Besitz, die eigene Wohnung, zu Geld zu machen, um den Alkoholismus und das Überleben zu finanzieren. Es kommt außerdem häufig vor, daß Immobilienhaie benachteiligten und armen BürgerInnen mit unlauteren Mitteln die Unterschriften unter Wohnungskauf- oder -tauschverträge abpressen. Sofern minderjährige Kinder in der Wohnung leben, haben Eltern aber nicht das Recht, ihre Wohnung zu verkaufen. Sie benötigen dazu die Genehmigung der „Kindermiliz“ oder bei über 18jährigen Kindern deren Unterschrift. Diese Bedingungen entfallen, wenn den Eltern die Elternrechte entzogen wurden.

Sie können dann ungehindert verkaufen. Das Kind verliert dadurch jeglichen Anspruch auf Wohnraum.

Um das zu vermeiden, besuchen die MitarbeiterInnen von „Psalm 23 e.V.“ und anderen privaten Fluchtburgen die Eltern von Straßenkindern und versuchen so, die Chancen für eine Besserung der familiären Situation zu erhöhen und dem Kind u.U. die Rückkehr in die eigene Familie zu ermöglichen. Um sich rechtlich abzusichern, läßt sich „Psalm 23 e.V.“ gleich nach Aufnahme eines Kindes von dessen Eltern unterschreiben, daß gegen seinen Aufenthalt in der Fluchtburg keine Einwände bestehen. Bisher haben alle besuchten Eltern unterschrieben, wie Olga Uchatuk berichtete. Den meisten ist es entweder gleichgültig, wo ihr Kind sich aufhält, oder sie erkennen, daß es ihrem Kind in der Fluchtburg besser geht als irgendwo sonst – das eigene Zuhause mit eingeschlossen.

In der Auseinandersetzung zwischen den Privaten und der Stadtverwaltung besteht ein weiteres grundsätzliches Problem darin, daß es in St. Petersburg kein einheitliches Konzept und keine einheitlichen professionellen Standards für das Führen von Fluchtburgen gibt. Generell sind Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Rußland erst im Aufbau begriffen. Das führt zu Verunsicherung und zu gegenseitigem Mißtrauen zwischen staatlichen Stellen und pri-

vaten Einrichtungen. Die Stadtverwaltung St. Petersburg arbeitet deshalb an einem Lizenz-Verfahren für private Fluchtburgen, das den Mißbrauch mit der Wohltätigkeit von seiten privater Akteure vermeiden soll. Dieser Mißbrauch zeigte sich vor ungefähr drei Jahren in Gestalt der ersten Fluchtburg für Straßenkinder namens „blaue Krähe“. Diese Fluchtburg, in einem Abbruchhaus eröffnet und von ausländischen Sponsoren unterstützt, war kein Straßenkinder-Asyl im eigentlichen Sinne. Hinter der Fassade der Wohltätigkeit vergingen sich die angestellten „Erzieher“ an den Kindern und förderten deren Prostitution in den Räumen der Einrichtung. Wegen dieser Zustände wurde die „blaue Krähe“ bald nach Eröffnung von der Stadt geschlossen.

Für die Fluchtburg-Lizenz, die solche Fälle in Zukunft ausschließen soll, hat die Stadtverwaltung bis heute allerdings noch kein fertiges Konzept vorgelegt. Es gibt aber einen Runden Tisch, an dem private und staatliche Einrichtungen zusammensitzen und über die Gestaltung der geplanten Lizenz diskutieren.

Dr. Britta Schmitt führt derzeit für das Diakonische Werk in Hessen und Nassau das Projekt Qualitätssicherung in der Sozialarbeit mit jugendlichen AussiedlerInnen durch.

Zum 17. Internationalen Festival für orthodoxe Kirchenmusik in Hajnówka

von Aloys Henning, Berlin

Vom 24. bis 31. Mai 1998 fand im ostpolnischen Hajnówka in der Wojewodschaft Podlaskie unter dem Patronat der Ministerin für Kultur und Kunst, Joanna Wnuk-Nazarowa, das 17. Internationale Festival für orthodoxe Kirchenmusik statt. Veranstaltungsort war wiederum die 1988 eingeweihte orthodoxe Dreifaltigkeitskathedrale, zu deren moderner Architektur eine Keramik-Ikonostase gehört nach dem Vorbild der Ikonostase aus japanischem Porzellan im 17 km entfernten Dorf Bielowieża. Dessen Nikolaus-Kirche wurde am 1. September 1939 von der deutschen Luftwaffe bombardiert. Sie gehörte zum durch Kriegseinwirkungen verschwundenen Jagdschloß, das Zar Alexander III. errichten ließ. Eine barocke Sandsteinsäule dokumentiert im Schloßpark polnisch und deutsch, wieviel „Auer“ und „Auer Thiere“ (Wisente und Wisentkühe), ebenso „Elen“ (Elche) und „Elen Thiere“ nebst Hirschen, insgesamt 63 Stück Großwild, Mitte des 18. Jahrhunderts August III. von Polen, Kurfürst von Sachsen, in seinem königlichen Wald erlegt hat. Wegen der Jahrhunderte alten herrschaftlichen Jagdnutzung – schon Jagiełło hat dort angeblich gejagt – war die Urwaldstruktur seit langem angelegt, bevor die polnische Regierung 1921 den Wald bei Bielowieża zum

ersten Urwald-Nationalpark Europas erklärte. Dazu gilt dieser Wald, dessen weitaus größerer Teil zu Belarus' gehört, mit seiner 7000jährigen Geschichte als ältester Wald Europas. Am 28. Mai sang in der Kirche von Bielowieża ein Chor aus Svidnik in der Ostslowakei, der am Festival teilnahm, im ukrainischen Stil die Liturgie zum orthodoxen Himmelfahrtsfest.

Im Touristenkomplex von Bielowieża wohnten wie die meisten anderen Festivalteilnehmer auch Sängerinnen und Sänger mit Instrumentalisten aus Faisal-Giza (Kairo), die als erstes koptisches Kirchenmusikensemble am Wettbewerb in Hajnówka teilnahmen und von dort zum Festival „Musica Sacra“ nach Markdorf in Bayern reisten. Zur koptischen Kirchenmusik gehören im Unterschied zur orthodoxen ausschließlich vokalen Praxis (wenn man vom liturgischen Läuten von Glocken absieht) auch Instrumente, u. a. traditionell Zimbeln, kleine Messingbecken, wie sie häufig orientalische Bauchtänzerinnen benutzen, die mit den Fingern aneinander geschlagen werden und bereits zur Zeit König Davids in Gebrauch waren.

Am Wettbewerb des Festivals 1998 nahmen insgesamt 33 Chöre teil aus Polen, Ägypten, Belarus', Zypern, Deutschland, Lettland, Makedonien, Rumänien, Rußland,

der Slowakei, Tatarstan und der Ukraine, unter ihnen der 1994 von Brigadegeneral J. E. Sawy, Erzbischof von Białystok und Gdańsk, gegründete Chor des Orthodoxen Ordinariats der Polnischen Armee. Das Eröffnungskonzert bestritt der Grand-Prix-Preisträger des Hajnówka-Festivals 1997, der Chor von Studenten der Fakultät für Dirigieren der Belorussischen Musik-Akademie Minsk unter Viktor Rovdo, Mitglied der Festival-Jury, die vom zeitgenössischen polnischen Komponisten Prof. Romuald Twardowski geleitet wurde.

Die Jury, zu welcher neben anderen auch der Leiter des Aleksandr Nevski-Chores in Sofia, Dimitr Dimitrov, gehörte, zeichnete 1998 Chöre in fünf Kategorien aus. Von den ländlichen Pfarrchören erhielt der Chor der Pfarrei



Mitglieder des Minsker Chores „Ranica“

Foto: Renate Henning

Kreuzerhöhung in Fasty (Białystok) den Ersten Preis, der Chor der Pfarrei St. Nikolaus in Bielowieża eine Anerkennung. Erster Preisträger unter den Chören von Stadtpfarreien war der Chor der Diözese Przemyśl-Nowosąd aus Sanok, den Anerkennungspreis bekam der Jugendchor der Heilig-Kreuz-Kathedrale in Hajnówka. Von den sonstigen Kirchenchören wurde der ukrainische Chor „Oranta“ der Dreifaltigkeitskathedrale in Luck unter Vasilyj Majsjuk erster Preisträger, der Anerkennungspreis wurde dem von Anastazija I. Sorokina geleiteten Gemischten Chor der Geistlichen Akademie und des Seminars in St. Petersburg zuerkannt. Den Ersten Preis für weltliche Amateurchöre erhielt der Akademische Chor des Schlesischen Polytechnikums in Gliwice (Gleitwitz) unter Czesław Freund, je einen Anerkennungspreis der Kinderchor „Ranica“ aus Minsk unter Nadja Maslennikova und der Studenten-Kammerchor „Svitoč“ aus Nižin (Nežin) in der Ukraine, geleitet von Ljudmila Šumska und Ljudmila Kostenko.

Von den Festivalteilnehmern veranstaltete die Musikologin Larisa A. Gustova von der Allerheiligen-Gemeinde in Minsk, zu welcher ein Kirchenneubau-Projekt zur Erinnerung an alle unschuldig Verfolgten und Ermordeten in Belarus' und Rußland gehört, vom 2. bis 4. Oktober 1998 das dritte internationale Festival in Minsk für or-

thodoxe Kirchenchöre (Laien- und Kinderchöre) mit dem Schwergewicht auf alten ostkirchlichen Musiktraditionen: Jeder teilnehmende Chor ist gehalten, wenigstens zwei neumatische Gesänge (znamenij rospev) zu Gehör zu bringen. In Hajnówka bot der Chor überwiegend weiblicher Studenten des Geistlichen Studiums Minsk unter Galina Šumik bemerkenswerte Schwerpunkte mit neumatischen Gesängen, die speziell Klostersangesweisen charakterisieren. Höhepunkt und Wettbewerbsabschluß des Festivals 1998 bildete die perfekte Sangeskunst der 60 Sängerinnen und Sänger des Staatlichen Akademischen Chores „A. V. Svešnikov“ aus Moskau unter der Leitung von I. I. Raevskij. Das 1936 gegründete Ensemble belegte den ersten Platz unter den professionellen Chören. Bewundernswert war die im Vergleich „intimere“ Sangeskunst des ukrainischen Kammerchors „Tavričeskij Blagovest“ aus Simferopol unter seinem Dirigenten Volodymyr Nikolenko, dem der Anerkennungspreis in dieser Kategorie ebenso zuerkannt wurde wie dem makedonischen Chor „Sv. Kliment Ochridski“ aus Skopje, dirigiert von Panče Iosifov. Anerkennungspreise für Dirigenten erhielten Alla Igumnova, Leiterin des Knabenchors am Kulturpalast der Gewerkschaften in Brest (Belarus') für die auch zuhörenden bzw. -sehenden Laien bewundernswerte Stimmführungen sowie Tat'jana Volkova als Dirigentin des russischen Jugendchors „Podsnežnik“ aus Dubna.

Mit einem Ehrendiplom zeichnete die Jury den deutschen Evangelischen Chor aus Balingen unter Wolfgang Ehni aus für die Erweiterung des ökumenischen Bewußtseins und Propagierung von Kirchenmusik; seine Sängerinnen und Sänger brachten im Wettbewerb u. a. ein „Veruju“ (Credo) zu Gehör, das Grečaninov 1946 in New York komponiert hat. Dabei wurde erneut deutlich, was osteuropäische Interpreten slawischer orthodoxer Musik von westeuropäischen unterscheidet: das untemperierte Singen entsprechender Kompositionen. Ehrendiplome erhielten ebenfalls der Chor des Byzantinischen Klosters in Kykkos auf Zypern und der Koptische Chor aus Faisal-Giza in Anerkennung ihrer Pflege alter kirchenmusikalischer Traditionen und des hohen Niveaus ihrer Vokalkunst.

Neben der Schönheit der Landschaft hinter dem Bug und der polnisch-weißrussischen Kultur lohnt die Vielfalt orthodoxer Sangeskultur den wiederholten Besuch des Festivals in Hajnówka.

Dr. med. Aloys Henning war bis Februar 1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU. Er ist seit 1977 Mitglied des ökumenischen Chores St. Nikolaus für orthodoxe Kirchenmusik unter Leitung von Dr. Franz Görner.

Internationales Seminar in Żywy/Masuren

(10.–23. August 1998)

von Arne Friedemann, Berlin

Nachdenklich kommt Dima von einem Spaziergang zurück. „Ich habe mir gerade den Sonnenaufgang angesehen“, sagt er, „und da habe ich mich gefragt, ob Schönheit bereits an sich existiert oder erst im Moment ihrer Wahrnehmung durch den Menschen entsteht“, während wir uns morgendliche Marmeladenbrote in den Mund schieben, mancher sich noch den Schlaf aus den Augen reibt, unten im See die Schwimmenden ihre silbernen Bahnen ziehen. Żywy im Sommer – das ist ein Ort, wie er für ein internationales Seminar kaum besser geeignet sein könnte. Drei, vier Gehöfte, ein malerischer See und eine Dorfschule, in deren leeren Räumen wir nächtigen. Hier beschäftigen wir uns – dem Seminarthema folgend – mit der „Geschichte und der aktuellen sozialen und politischen Situation im russisch-polnisch-litauischen Grenzgebiet des ehemaligen Ostpreußens“, lernen zudem einander und den uns umgebenden Landstrich kennen. Die Teilnehmer, 35 Studenten und drei Dozenten unterschiedlichster Fakultäten, kommen aus Polen, Litauen, Deutschland, Rußland. Menschen wie Dima der in Kaliningrad wohnt und dort – in der Stadt Kants – Philosophie studiert. Oder wie Magda aus Olsztyn: „Ich gehe für ein Jahr nach Buchenwald“, erzählt mir Magda lächelnd. „Dort, in der Gedenkstätte, werde ich ein Praktikum machen.“

Die Stimmung ist von Anfang an offen, locker. Von nationalen Antagonismen wirklich keine Spur. Manchmal merkt man, daß sich Sozialisationen unterscheiden, aber das gibt es auch innerhalb nationaler Gruppen. Vorurteile, Stereotypen? Meist müssen wir auf Medienklischees zurückgreifen, wenn uns irgendein gruppenspezifischer Referent – nationenweise, versteht sich – nach unseren Vorurteilen befragt. Unterschiedliche Gefühle gibt es allerdings, vor allem was den Umgang mit Geschichte betrifft. So fällt es den deutschen Studenten schwer, den Teil Polens, in dem wir uns befinden, als „Ostpreußen“ zu bezeichnen. Genauso vermutete jeder der deutschen Teilnehmer hinter der Bezeichnung „Borussia“ zunächstmal eine (womöglich revanchistische) Landsmannschaft. Doch weit gefehlt: Die „Borussia“ ist ein nach 1989 von polnischen Wissenschaftlern gegründeter Verein, dessen Ziel die Erforschung der Region Ostpreußen (lat. *Borussia*) ist. Denn daß diese Region lange Zeit zu Deutschland gehörte, wurde im sozialistischen Polen grundsätzlich verschwiegen. Somit erklärt sich die Zielsetzung von „Borussia“, gerade den hier lebenden Polen die Geschichte ihrer eigenen Heimat näherzubringen und diese Geschichte auch weiterhin zu erforschen.

Rückblickend sind drei Aspekte zu betonen:

1. Diskussionen. Die hierzu von der „Borussia“ nach Żywy eingeladenen Referenten boten meist einen guten Ein-

stieg in das jeweilige Tagesthema. So kamen u.a. ein deutscher „ZEIT“-Korrespondent aus Warschau, eine polnische Soziologin, die in Oppole die schlesische Minderheitenproblematik untersucht, aber auch ein äußerst heimatverbundener masurischer Dichter.

2. Exkursionen – zu Kirchen, in die kleinen und größeren Städte der Region, zu Minderheitenorganisationen, aber auch zur „Wolfsschanze“, dem ehemaligen „Führerhauptquartier“ Adolf Hitlers.

3. Freizeit. Vielleicht am bereicherndsten waren die vielen Stunden, die wir neben der „seriösen“, „wissenschaftlichen“ Tätigkeit mit Volleyballspielen, auf langen Spaziergängen oder abends singend und trinkend am Lagerfeuer verbracht haben. Die Gruppen, die dabei zusammenkamen, setzten sich eigentlich immer und mit der größten Selbstverständlichkeit aus Teilnehmern verschiedenen Nationalitäten zusammen. So hatten wir Gelegenheit, viel über die Länder der jeweils anderen zu lernen und außerdem unsere Sprachkenntnisse zu erproben. Offizielle Konferenzsprachen waren übrigens Polnisch, Russisch und Deutsch.

Bleibt festzustellen, daß solche Seminare für Studierende von Studiengängen wie „Osteuropastudien“ einfach ideal sind: Man lernt – mit allen Sinnen – ein fremdes Land kennen, tauscht sich mit Studenten und Wissenschaftlern unterschiedlichster Couleur aus, kann seine Fremdsprachen üben – und hat dazu noch jede Menge Spaß.

Höchstwahrscheinlich wird es auch im Jahr 1999 ein Lager in Żywy geben. Interessenten sollten auf Aushänge achten oder sich gegebenenfalls direkt mit „Borussia“ in Verbindung setzen (Adresse s. unten). Darüber hinaus soll der Hinweis nicht fehlen, daß vom 8.–18. August 1999 in Kaliningrad unter dem Motto: „Kaliningrad: close and faraway neighbors“ ein ähnliches Seminar stattfinden wird. Dieses Seminar wird von der „Kant Society“ veranstaltet, bis zu fünf Studenten aus Deutschland können daran teilnehmen.

Arne Friedemann ist Student der Osteuropastudien und der Osteuropäischen Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Die Kontaktadressen:

1. Für Żywy: Wspólnota Kulturowa „Borussia“, 10549 Olsztyn, ul. Mickiewicza 4/316. Tel./Fax: +48 (89) 523 72 93
2. Für Kaliningrad: Kant Society. e-mail: kant@history.ksu.kern.ru oder: shaura1@yahoo.com

Der Blaue Vogel und Berliner Aufzeichnungen – Russische Frauen im Berliner Exil

von Milena Büchs, Berlin

Stadtgeschichten und Schichten der Geschichte: Wenn der letzte Anstrich das, was darunter war, zudeckt, keine Gedenktafeln oder Inschriften auf das Vergangene hinweisen, bleibt es verborgen. Auch die Berliner Gesteinschichten verstecken unter ihrer Maserung des ausgehenden Jahrhunderts so einige Fußstapfen und Atemzüge der Vergangenheit: darunter auch die Spuren russischer EmigrantInnen in den 20er und 30er Jahren. Damals: das war die Anfangszeit der Weimarer Republik, oder, russisch betrachtet, die Zeit des Bürgerkrieges. Nach der Oktoberrevolution schnappten sich so manche RussInnen ihren Koffer und verließen ihr Land. Um die 350.000 von ihnen machten Halt in Berlin, viele blieben nur wenige Jahre, traten dann entweder den Heimweg an oder reisten weiter westwärts. Für viele war Berlin eher ein Umsteigebahnhof und keine Stadt der lächelnden Gastgeber. Wer aber waren die, die hier im Exil einen Zwischenstop einlegten? Gemeinsam hatten sie eigentlich nur, daß sie vor den Bolschewiki lieber die Flucht ergriffen, als länger in Rußland zu bleiben: Anhänger der Monarchie und Russisch-Nationale, die später mit den Nazis gemeinsame Sache machten, aber auch Menschewiki und Anarchisten. Unter ihnen fanden sich eine Reihe Intellektueller, die die experimentelle Zeit der Weimarer Republik nutzten und hier ihren Gedanken freien Flug und ihren Pinseln einen ungezwungenen Strich lassen konnten: Es entstanden Verlage, Theater und Kabarets, Künstlergruppen, kulturelle Veranstaltungsräume. Viele der früheren Gebäude im ehemaligen „Charlottengrad“ wurden allerdings im Zweiten Weltkrieg zerstört, und wenn sie noch bestehen, lassen ihre Fassaden kaum die Vergangenheit durchschimmern.

Unter den russischen Emigranten befanden sich bemerkenswert viele Frauen, die an dem regen Berliner Kulturleben dieser Zeit teilnahmen. Ihre flinke Feder schwang da beispielsweise Marina Ivanovna Cvetaeva, die sich im Frühjahr 1922 einige Wochen in Berlin aufhielt. Hier traf sie Andrej Bely, Il'ja Ėrenburg und eine Reihe anderer Literaten, die die Veranstaltungen des russischen Schriftstellerclubs mitveranstalteten oder ihnen beiwohnten. Von Marina Cvetaeva stammen zahlreiche Briefe, Gedichte und Essays. In Berlin schrieb sie u.a. das Essay „Die Begegnung“, dort lernen sich russische ferne Bekannte (namentlich Cvetaeva und Bely) kennen und tauchen in die Berliner Literaturcafészene ein. Cvetaevas Schwester pflegte eine Liaison mit Viktor Šklovskij, was in seinem in Berlin verfaßten Werk „Es war einmal. Zoo oder Briefe nicht über die Liebe“, nachzulesen ist.

Eine weitere zentrale Figur dieser Zeit war Vera Lourié, eine russisch-jüdische Lyrikerin. Schon in ihrer St. Petersburger Zeit besuchte sie Seminare im „Haus der Künste“,

das 1919 von Maksim Gor'kij gegründet worden war. 1921 entschloß sich ihre Familie, nach Berlin zu emigrieren. Ihr Hab und Gut ließen ihre wohlhabenden Eltern in Rußland zurück, weshalb sie sich in Berlin an ein bescheidenes Leben gewöhnen mußten. Vera Lourié verdiente ihr Geld, indem sie Rezensionen für russische Literaturzeitschriften schrieb und Sprachunterricht gab. Sie hatte Kontakt zu Künstlern, die sich im Café Landgraf oder dem Berliner „Haus der Künste“ (das dem Petrograder nachempfunden war) trafen. Auch sie kannte also Marina Cvetaeva, Andrej Bely, Il'ja Ėrenburg, Viktor Šklovskij u.v.a. Unter ihren Freundinnen befand sich die Schriftstellerin Nina Berberova. Beide kannten sich noch aus Petersburger Zeiten, so war die Neujahrsfeier 1922/1923 ein Wiedersehen einiger alter Petersburger Freunde: Lourié und Berberova verbrachten diese Nacht mit weiteren russischen FreundInnen bei Maksim Gor'kij in Bad Saarow (nahe Berlin). Nina Berberova verließ 1923 Berlin, um sich in Paris niederzulassen. Auch Berberova hatte in ihrem Exildasein so vieles erlebt daß sie es in mehreren Romanen und ihrer Autobiographie „Ich kam aus St. Petersburg“ verarbeiten konnte.

Vera Lourié war hingegen eine der wenigen, die mit ihrer Familie in Berlin blieben. 1938 wurde sie von der Gestapo verhaftet, ihr Geliebter, der russische Rechtsanwalt Aleksej Poznjakov, kam 1941 in Dachau um. Vera und ihre Mutter überlebten die Bombenangriffe auf Berlin und das Konzentrationslager Theresienstadt. Bis Ende 1998 lebte Vera Lourié in einer Wilmersdorfer Altbauwohnung, in der sie weiterhin Gedichte und ihre Lebenserinnerungen (1985) schrieb und noch bis kurz vor ihrem Tode regelmäßig Gäste zum Tee empfing.

Zu Vera Louriés Bekannten gehörten Ksenia Leonida Boguslavskaja und deren Mann Ivan Albertovič Puni. Beide malten und hatten zusammen ein Atelier in der Kleiststraße. Viktor Šklovskij beurteilt Boguslavskajas Bilder in „Zoo oder Briefe nicht über die Liebe“ als „süßlich“, aber nicht „schlecht“, außerdem beschreibt er die Geldsorgen, die seine beiden Freunde plagten. 1922 verließen beide Berlin, um ihre Staffeleien in Paris wieder auspacken. Eine weitere gute Freundin des Malerpaars war Elena Liessner-Blomberg. Sie arbeitete für eine Weile in der Berliner russischen Buchhandlung „Tvardy“, wo sie auch ausstellte und unter anderem Vasilij Kandinskij kennenlernte. Teilweise verdiente sie sich ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Stickereien. Dieses Talent verschaffte ihr später den Auftrag, den Bühnenvorhang und das Signet des damals sehr bekannten russischen Theater-Kabarets „Der blaue Vogel“ zu gestalten. Wie es im „Blauen Vogel“ zugeht und wer dort in den ersten Reihen saß, kann in Liessner-Blombergs Erinnerungen nach-

gelesen werden, denn das Malen und Gestalten scheint nicht ihre einzige Begabung gewesen zu sein.

Aus dem Jahre 1930 stammt das Berliner Tagebuch von Liliya Brik, in dem sie das Kurfürstenhotel als unannehmbar beschreibt, überhaupt am Kurfürstendamm nichts besonderes finden kann und von zahlreichen Theateraufführungen dieser Zeit berichtet. Ihr Ehemann Osip Brik war ein Theoretiker der russischen Avantgarde, der Thesen über eine revolutionäre Literatur formuliert hatte. Aus diesen Verkündungen wurde später die „Russische Debatte auf Deutsch“, an der sich auch Walter Benjamin beteiligte. Auf Benjamins Werk soll unter anderem auch die Lettin Asja Lacis großen Einfluß genommen haben. Kennengelernt hatten die beiden sich zwar in Riga, aber sie weilte in den 20er Jahren auch mehrmals in Berlin. Asja Lacis war es zudem, die Benjamin mit Bertoldt Brecht bekannt machte, sie selbst war gut mit Helene Weigel befreundet.

Von da aus ließen sich noch weitere interessante Fäden spinnen, doch schon aus diesen wenigen Zeilen, in denen

viele Namen noch ungenannt bleiben, geht bereits deutlich hervor, wie entscheidend Exilrussen und gerade auch emigrierte russische Frauen an dem blühenden Berliner Kulturleben der Weimarer Republik beteiligt waren.

Milena Büchs ist Studentin der Soziologie an der FU Berlin.

Literatur

Antonowa, Irina, Merkert, Jörn (Hrsg.), Berlin – Moskau 1900–1950, München/New York 1995.

Berberowa, Nina, Ich komme aus St. Petersburg, Reinbeck b. Hamburg 1992.

Burchard, Amory, Duwidowitsch, Ljudmila, Das russische Berlin, hrsg. von der Ausländerbeauftragten des Senates, Berlin 1994.

Liessner-Blomberg, Elena, Cabaret Der Blaue Vogel, in: Mierau, Fritz, Russen in Berlin, Berlin 1991, S. 340–345.

Mierau, Fritz (Hrsg.), Russen in Berlin. Literatur, Malerei, Theater, Film 1918–1933, Berlin 1991.

Cvetaeva, Marina, Die Begegnung, in: Mierau, Fritz, Russen in Berlin, Berlin 1991, S. 12–55.

Förderverein für Internationale Jugendbegegnung Dachau startet Direkthilfe

Verteilung von Spendengeldern an ehemalige Häftlinge in der Ukraine

von Sabine Gerhardus und Marc Müller, Berlin

Frau Gorjainova wohnt in einem kleinen Dorf, nahe der Stadt Jalta. Ihr Holzhäuschen ist direkt an der Steilküste gelegen, und von ihrer Veranda aus kann man auf das schwarze Meer hinabsehen. Früher, sagt sie, habe ihr Mann oft hier gegessen und von einer Reise in die Türkei geträumt. Doch zu dieser Reise kam es nicht. Ihr Mann ist vor einem Jahr nach langer schwerer Krankheit gestorben.

Venjamin Gorjainov wurde als Jugendlicher in das KZ Dachau verschleppt und wartete die letzten Jahre seines Lebens auf versprochene Gelder aus Deutschland. Die alte Bundesregierung hatte 1992 ca. 1 Milliarde Mark für NS-Opfer als einmalige humanitäre Hilfe bereitgestellt. Mit der Verteilung des Geldes wurden die in Moskau, Kiev und Minsk gegründete Stiftung für Verständigung und Aussöhnung beauftragt, die mit ihrer eigentlichen Arbeit aber erst 1994 begonnen hat.

Als Herr Gorjainov krank wurde, kämpfte seine Frau mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür, dieses Geld für Medikamente zu bekommen. „Mein Mann würde vielleicht heute noch leben“, sagt sie, aber von der zuständigen Stelle in Jalta wurde sie nur immer wieder getröstet. Sie solle warten, bis ihr Bezirk an die Reihe käme. Und so warteten sie. Bei einer Rente von umgerechnet vierzig Mark pro Person konnten die beiden sich bei einem Brotpreis von etwa achtzig Pfennig kaum das Nötig-

ste leisten, geschweige denn teure Medikamente. Ihr Mann starb und bis heute hat sie von den ca. neunhundert Mark nichts gesehen. „Ich wollte ihn im Garten beerdigen, weil ich das Geld für die Beerdigung, ja selbst für den Sarg nicht hatte“, erzählt sie unter Tränen, und es ist zu spüren, wie verzweifelt sie ist. Gott sei Dank fanden sich aber Nachbarn bereit, sie zu unterstützen, so daß ihr Mann ein würdiges Begräbnis auf dem Friedhof bekam.

Wir trafen Frau Gorjainova während einer Exkursion mit Herrn Professor Torke, bei der wir vom „Förderverein für Internationale Jugendbegegnung“ damit beauftragt worden waren, ehemaligen Häftlingen des KZ Dachau finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Idee, zusätzlich zu der vom Förderverein organisierten Einladung von ehemaligen Häftlingen zur Befreiungsfeier eine direkte Unterstützung zu organisieren, entstand wegen der großen Anzahl der Hilferufe, die an die Gedenkstätte gerichtet werden und weil viele der Hilfesuchenden schon zu alt oder zu krank sind, um eine Reise anzutreten. Der Förderverein ermöglicht seit fünf Jahren in Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte einen zehntägigen Aufenthalt für ehemalige Häftlinge, bei dem sie finanziell und medizinisch unterstützt werden.

Nicht nur dank der zahlreichen Spenden, die aufgrund von Aufrufen in der „Süddeutschen Zeitung“ von den Lesern beim Förderverein eingingen, konnte die erste Reise

schnell in die Tat umgesetzt werden, sondern auch durch Gelder, die nach dem Willen des verstorbenen Karl-Heinz Hiersemann, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, nicht für Blumen und Kränze, sondern für ehemalige Häftlinge überwiesen wurden. In diesem Jahr konnten 2.500 Mark an 14 ehemalige Häftlinge oder deren Angehörige aus der Ukraine direkt übergeben werden. Obwohl diese Unterstützung angesichts der schwierigen Verhältnisse auch nur eine kleine Hilfe darstellen konnte, waren die Menschen sehr dankbar, denn letztendlich war auch die Geste, die durch die direkte Übergabe und unseren Besuch zum Ausdruck kam, von großer Wichtigkeit.

Frau Gorjainova war, als wir sie besuchten, mit den Vorbereitungen zur Gedenkfeier anlässlich des einjährigen Todestages ihres Mannes beschäftigt. In der Ukraine ist es üblich, nach einem Jahr noch einmal alle Gäste einzuladen, um an den Verstorbenen zu denken. Die kleine Feier wollte sie mit dem Geld bezahlen, daß von uns übergeben wurde, und so kam es indirekt doch noch ihrem Manne zugute. Die meisten, die wir besuchten, lebten weit unter dem Existenzminimum, und wirkliche Überlebenschancen hatten nur diejenigen, die noch dazu in der Lage waren, ein kleines Stück Land zu bewirtschaften, um sich mit Obst und Gemüse zu versorgen. Die spärliche Rente von durchschnittlich umgerechnet fünfzig Mark reicht oft kaum aus, um alleine Strom und Wasser zu bezahlen und alle versuchen trotz ihres hohen Alters, noch irgendwo etwas dazu zu verdienen. Herr Rjabenko aus Jalta lebt mit seiner Frau in einem Mietshaus nahe des Zentrums. Als er vor vielen Jahren dorthin umzog, hatte er sich sofort ein kleines Stück Land auf dem Grundstück des Hauses gesichert, auf dem heute einige Obststräucher stehen und er ein wenig Gemüse anbaut. Herr Rjabenko wußte bis zu unserem Besuch nichts von der Möglichkeit, eine Einladung nach Dachau zu bekommen und hatte sich lediglich mit der Bitte um Unterstützung an die Gedenkstätte gewandt. Nun kann er im nächsten Jahr mit einer Einladung rechnen. Bis heute hat Herr Rjabenko nur einen Teil des Geldes von der Stiftung erhalten. Ungeachtet der Tatsache, daß ihm als ehemaligem KZ-Häftling die volle Summe zusteht, hat er bisher lediglich sechshundert Mark bekommen.

Obwohl die meisten über die Stiftung informiert sind und ihre Anträge gestellt haben, ist die Zustellungsrate bei weitem nicht zufriedenstellend. Lediglich in Gegenden, in denen sich Organisationen der ehemaligen Häftlinge etabliert haben und sich für ihre Mitglieder engagieren, haben die meisten Berechtigten ihre Unterstützung erhalten. Wir konnten außerdem feststellen, daß die Zahl derer, die Geld erhalten haben, auf dem Land weitaus geringer ist als in den Städten. Dabei leben gerade die Ärmsten weitab der Zentren und haben Hilfe am nötigsten. Ist zum Beispiel die medizinische Grundversorgung in den Städten schon kaum gewährleistet, so sind die Verhältnisse auf dem Land katastrophal. Herr Ivanov, der in einem kleinen Dorf in der Nähe der Stadt Dnepropetrowsk wohnt, erlitt vor einem Jahr einen Schlaganfall. Als seine

Frau damals den Notarzt rief, mußte sie drei Stunden auf Hilfe warten und außerdem wurde vom Fahrer das Benzin für die Fahrt verlangt. Zu ihrer Rettung konnte sie von Nachbarn einen Kanister voll bekommen. Herr Ivanov hatte Glück und kann heute wieder gehen. Lediglich sein rechter Arm ist gelähmt. Der große Garten, der das kleine Häuschen, in dem der ehemalige Schuldirektor mit seiner Frau lebt, umgibt, muß jetzt allerdings von ihr allein bearbeitet werden. Wie im Fall von Frau Gorjainova ersichtlich, wurde das Geld selbst in Notsituationen von der Stiftung nicht ausgezahlt oder es verschwand in undurchsichtigen Kanälen. Dies zeigt, wie schwierig die Durchführung solch großer, zentral gelenkter Hilfsaktionen ist und daß viele der eigentlich Hilfsbedürftigen dabei auf der Strecke bleiben. Hinzu kommt, daß viele Häftlingsorganisationen, die ihren Mitgliedern bei der Antragstellung helfen, schlecht über Einzelheiten informiert worden sind. Unklarheit besteht oft auch darüber, wer eigentlich empfangsberechtigt ist. So erzählte zum Beispiel Herr Piskunov, Vizepräsident der Organisation ehemaliger KZ-Häftlinge in der Ukraine (OBAZ), davon, wie zerstritten seine Organisation mit der Vereinigung der „Minderjährigen Häftlinge“ über die Aufteilung der Gelder ist.

Im Vordergrund aller weiteren Bemühungen, die Opfer des Nationalsozialismus in Osteuropa zu unterstützen, muß die schnelle und unmittelbare Vermittlung von Hilfe stehen, denn die Zeit ist sehr knapp geworden. Zwar wird durch scheinbare Wiedergutmachungsaktionen, wie die Versuche der deutschen Industrie, angesichts der Klage ehemaliger Zwangsarbeiter, einen Fond ins Leben zu rufen, der Anschein erweckt, als würde hier viel getan. In erster Linie jedoch dienen solche Aktivitäten dazu, das eigene Image reinzuwaschen, denn sie sind zunächst nicht darauf angelegt, wirklich Hilfe zu leisten. Damit aber solches Geld wirklich den Opfern zugute kommt, müßten sich alle, die bisher Erfahrungen auf diesem Gebiet in der ehemaligen Sowjetunion gemacht haben, an einen Tisch setzen, um gemeinsam zu beratschlagen, wie die Verteilung organisiert werden kann. Dies ist erforderlich, damit nicht weitere Monate und Jahre verstreichen, denn mit dem Faktor Zeit und einer „natürlichen Lösung“ des Problems wird immer noch kalkuliert. Die direkte Vermittlung von Spendengeldern des Fördervereins ist ein guter Ansatz, schnell und verbindlich Hilfe zu leisten, kann aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Deshalb müssen nun weitere Konzepte erarbeitet und der öffentliche Druck erhöht werden, denn weitere Unterstützung ist dringend nötig.

Sabine Gerhardus und Marc Müller sind Studenten der Slawistik und Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Spendenkonto des Fördervereins für Internationale Jugendbegegnung:

Bank für Gemeinwirtschaft München
BLZ 700 10 111
Kto 179 446 2200

Das „Sozialwissenschaftliche Zentrum Riga-Berlin“

von Gottfried Hanne und Manfred Kerner, Berlin

Im September 1997 wurde mit Mitteln der Volkswagen-Stiftung in einer Kooperation des Nordeuropa-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, des Instituts für internationale Politik und Regionalstudien der Freien Universität Berlin und der Universität Lettlands in Riga das „Sozialwissenschaftliche Zentrum Riga-Berlin“ ins Leben gerufen. Dieser Artikel hat das Ziel, interessierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Studenten und Studentinnen aber auch Laien sowie staatliche und nicht-staatliche Institutionen und Organisationen über die Ziele und die Arbeit des Zentrums zu informieren.

1. Ziele

Grundlegendes Ziel des Zentrums ist die Intensivierung der deutsch-lettischen Zusammenarbeit in der Politikwissenschaft unter Anknüpfung an die lange Tradition deutscher Wissenschaft in Lettland. In deutsch-lettischer Richtung zielt das Zentrum auf die Unterstützung des Neuaufbaus bzw. der Umstrukturierung der Sozialwissenschaften in Lettland und in einem späteren Stadium auch in Litauen und Estland. Das Zentrum will einen spürbaren Beitrag zur Verhinderung der personellen Austrocknung und des Niveauverlusts der öffentlichen Universitäten im Baltikum leisten, Interimslücken in der Personalstruktur derselben überbrücken helfen, eine Ausdehnung des Lehrangebots ermöglichen und lettischen Dozenten und Dozentinnen fachdidaktische Weiterbildung, insbesondere eine Einführung in für sie neue, westliche Lehrformen vermitteln. Insgesamt soll der Aufbau eines sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrschwerpunktes „Deutschland“ ermöglicht werden. In lettisch-deutscher Richtung zielt das Zentrum auf die Ergänzung des Lehrangebots in Deutschland durch einen an deutschen Universitäten bisher nicht vorhandenen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt „Baltische Länder“. Außerdem sollen deutsche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Studenten und Studentinnen, die sich mit länderspezifischen Themen befassen, vom Zentrum vor Ort betreut und unterstützt werden.

Das Zentrum bezieht sich auf folgende Schwerpunkte:

- Ergänzung der Lehre in Lettland, insbesondere in bislang noch nicht vertretenen neueren Teilgebieten (etwa Regionalforschung, Friedens- und Konfliktforschung, Komparatistik, Kulturwissenschaft);
- regelmäßige Ausbildungsprogramme mit dem Ziel der Umsetzung der vom lettischen Wissenschaftsministerium angestrebten westeuropäischen Maßstäbe bezüglich Lehr- und Forschungsmitteln sowie Methoden;
- gezielte Förderung von weit fortgeschrittenen lettischen Studenten und Studentinnen, Doktoranden und Doktorandinnen sowie Dozenten und Dozentinnen durch Aufenthalte an den beteiligten Berliner Universitäten;

- Aufbau einer Infrastruktur in Lettland und Deutschland als wesentlicher Voraussetzung des Zentrums.

Wesentliches Merkmal des „Sozialwissenschaftlichen Zentrums“ ist seine Ansiedlung an und nicht neben der öffentlichen Universität Lettlands in Riga. Diese Ansiedlung zielt auf das Erreichen eines möglichst großen Kreises interessierter und qualifizierter Studenten und Studentinnen, Doktoranden und Doktorandinnen sowie Dozenten und Dozentinnen, wie ihn extra-universitäre Institute im Baltikum nicht vorweisen können.

2. Motivation

Die Idee eines lettisch-deutschen „Sozialwissenschaftlichen Zentrums“ entstand aus mehrjährigen intensiven Beziehungen zwischen Berliner Politikwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen der Freien Universität zu Kollegen und Kolleginnen aus Lettland sowie aus ähnlichen Kontakten der Kulturwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen der Humboldt-Universität nach Lettland, Litauen und Estland.

Nach der Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit durch die baltischen Staaten standen die Universitäten Lettlands, Litauens und Estlands vor der Mammutaufgabe, Lehre und Forschung bei laufendem Betrieb, mit den alten Einrichtungen und ohne ausreichende finanzielle Mittel institutionell, inhaltlich und methodisch umgestalten und internationalem Standard anpassen zu müssen.

Aufgrund der sehr niedrigen staatlichen Gehälter des wissenschaftlichen Personals der Universitäten sehen sich gleichzeitig mehr und mehr qualifizierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Studenten und Studentinnen gezwungen, ihre derzeitige Hochschultätigkeit einzuschränken oder gar abzubrechen bzw. eine potentielle zukünftige Hochschulkarriere gar nicht erst ins Auge zu fassen. Nur mit Hilfe einer oder mehrerer Nebentätigkeiten ist es ihnen möglich, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das baltische Hochschulwesen erlebt daher einen zunehmenden Verlust an qualifiziertem Personal und damit an wissenschaftlichem Niveau.

Die Reformbemühungen des lettischen Wissenschaftsministeriums bewirkten bisher keine wesentliche Verbesserung der Situation. Die neben dem staatlichen Hochschulwesen zugelassenen und etablierten privaten und halbstaatlichen Bildungsinstitutionen hatten nicht die erhofften Erfolge. Zwar konnte in einigen Bereichen ein Lehrangebot mit internationalem Standard eingerichtet werden, doch umfaßt dieses bisher nur wenige Fächer und ist oftmals nur Studenten und Studentinnen aus finanzkräftigen Familien zugänglich. Das Angebot anderer extra-universitärer Einrichtungen, die insbesondere mit skandinavischer und amerikanischer Hilfe etabliert wur-

den, stieß aus organisatorischen Gründen und wegen der teilweise mangelhaften Vorbereitung der beteiligten Gastdozenten und -dozentinnen nur auf eingeschränktes Interesse seitens der lettischen Studenten, Studentinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Zur gleichen Zeit entwickelte sich in Deutschland ein zunehmendes Interesse an den seit ihrer Besetzung durch die Sowjetunion im Jahre 1940/44 in der Öffentlichkeit, aber auch der Wissenschaft fast vergessenen baltischen Ländern. Diesem Interesse an Informationen über die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Situation in den drei kleinen Staaten stand aber eine bei weitem nicht ausreichende Fachkompetenz der deutschen Universitäten gegenüber. Dieser Umstand führte über die oben genannten Beziehungen zwischen Berliner und Rigaer Politik- und Kulturwissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen zu Überlegungen für eine an den gegenseitigen Interessen ausgerichtete, institutionalisierte Kooperation. Ende 1996 wandten sich daher das Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin und das Institut für internationale Politik und Regionalstudien der Freien Universität Berlin an die Volkswagen-Stiftung mit einem Projektantrag für ein sozialwissenschaftliches Zentrum in Riga und Berlin.

Am 27. Juni 1997 bewilligte die Volkswagenstiftung den Antragstellern für einen Zeitraum von drei Jahren Personalmittel und Sachkosten in Höhe von über einer halben Million DM. In zwei Jahren soll die Erweiterung der Tätigkeit auf Estland und Litauen beantragt werden. Mit der Einrichtung der Stelle eines Koordinators nahm das „Sozialwissenschaftliche Zentrum Riga-Berlin“ Anfang September 1997 seine Arbeit auf.

3. Tätigkeiten

Seit September 1997 hat das Zentrum sowohl in Riga als auch in Berlin die organisatorischen, materiellen und personellen Grundlagen für seine Arbeit geschaffen und eine breite Palette von Tätigkeiten im Sinne seiner Zielsetzung entwickelt.

a) Riga

In Riga wurden ein für Seminare geeigneter Raum im Gebäude der Universität Lettlands mit Mobilar, EDV- und Telekommunikationsequipment sowie Büromaterial eingerichtet. Durch Buchkäufe und umfassende Spenden von den Landeszentralen für Politische Bildung der deutschen Bundesländer sowie von der Bundeszentrale für Politische Bildung und den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wurde eine eigenständige Bibliothek mit internationaler wissenschaftlicher Literatur sowie speziell deutscher wissenschaftlicher Fachliteratur zu deutschlandspezifischen Themen eingerichtet. Lettischen Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen, Studenten und Studentinnen sowie deutschen Gastdozenten und -dozentinnen, Gaststudenten und -studentinnen stehen somit ge-

eignete Arbeitsplätze für ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit zur Verfügung. Für letztere wurde zudem eine Wohnung angemietet und eingerichtet.

Im Rigaer Zentrum sind ein wissenschaftlicher Assistent des Koordinators sowie zwei studentische Hilfskräfte beschäftigt. Der Assistent des Koordinators leitet die Arbeit des Zentrums in Riga, hält und baut die Kontakte zu anderen universitären Einrichtungen sowie zu staatlichen, halbstaatlichen und privaten Stellen sowie Kooperationspartnern auf. Die studentischen Hilfskräfte stehen interessierten Wissenschaftlern, Wissenschaftlerinnen, Studenten und Studentinnen für informationsmäßige, bibliographische und sonstige wissenschaftliche Dienstleistungen zur Verfügung.

Das Zentrum kooperiert in Riga neben den Lehrstühlen der Universität Lettlands (u.a. Lehrstühle für internationale Beziehungen und für Geschichte) auch mit der Akademie der Wissenschaften Lettlands, dem Institut für Philosophie und Soziologie, der Technischen Universität, der amerikanischen Association for the Advancement of Baltic Studies (AABS), der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Goethe-Institut. Eine engere Kooperation wird auch mit der *Euro-Faculty* und der *Vidzemes augstskola* in Valmiera angestrebt.

Seit dem Sommersemester 1998 lehrt jeweils ein deutscher Gastdozent oder eine deutsche Gastdozentin für jeweils ein Semester an der Universität Lettlands und setzt damit die Gastlehrtätigkeit einzelner Berliner Politikwissenschaftler seit den frühen neunziger Jahren fort. Hauptthema der Lehrtätigkeit ist zunächst das politische System der Bundesrepublik Deutschland in seiner Geschichte und Gegenwart. Hierzu ist ein lettischsprachiges Kurzlehrbuch im Entstehen, das speziell auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der lettischen Studenten und Studentinnen zugeschnitten wird. Für die zukünftigen Semester ist die Ausweitung der Lehrtätigkeit auf die Themenbereiche deutsches Parteienwesen (speziell), politische Wirtschaftslehre, internationale Organisationen, Regionalforschung und Konfliktforschung vorgesehen. Die Lehrveranstaltungen deutscher Gastdozenten und -dozentinnen treffen bisher auf zahlenmäßig sehr ermutigendes Interesse seitens der lettischen Studenten und Studentinnen.

Neben ihrer Lehrtätigkeit betreuen die in Riga weilenden Gastdozenten und -dozentinnen Magister- und Diplomarbeiten lettischer bzw. deutscher Studenten und nehmen an der organisatorischen und verwaltungsmäßigen Arbeit des Zentrums teil. Zur Zeit entstehen im Umfeld des Zentrums sechs Dissertationen. Zudem beteiligen sich die deutschen Gastdozenten und -dozentinnen an der Beratung lettischer Studenten und Studentinnen sowie an der Auswahl von Bewerbern und Bewerberinnen für die Gastdozentur und die Doktoranden- bzw. Studentenstipendien für Berlin. Seit dem Herbst 1998 absolvieren Studentinnen und Studenten aus Berlin Praktika am Zentrum.

b) Berlin

In Berlin ist das Zentrum in den Räumen des Arbeitsbereichs Baltische Länder des Fachbereichs Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität beheimatet. Hier sitzt der Koordinator des Zentrums, der die Arbeit des Zentrums organisiert und Verbindungen mit universitären, staatlichen und privaten Institutionen, Organisationen und Kooperationspartnern hält und koordiniert. Er bereitet außerdem die rechtsverbindlichen Tätigkeiten vor, die durch den Projektleiter und die Volkswagen-Stiftung vorgenommen werden. Bei seiner Tätigkeit steht ihm eine studentische Hilfskraft zur Seite, die neben der Hilfe bei der Koordination und Organisation des Zentrums auch an der Erstellung von Lehrmaterialien, dem konzeptionellen Entwurf der Zentrumsaktivitäten und der Beratung von Nutzern (Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, Studenten und Studentinnen, interessierten Laien) der Bibliothek und Datenbank mitarbeitet. Für die Betreuung der lettischen Gastdozenten und -dozentinnen sowie Gaststudenten und -studentinnen sind mit Hilfe des Berliner Arbeitsamtes weitere Stellen geplant. Von Berlin aus wurde die Ausstattung des Rigaer Zentrumsbüros vorgenommen und die Spenden von deutschen staatlichen und halbstaatlichen Institutionen organisiert. Hier werden auch die deutschen Gastdozenten und -dozentinnen für Riga ausgewählt und auf ihre Tätigkeit in Lettland vorbereitet.

Der Berliner Sitz des Zentrums ist Ansprechpartner für interessierte deutsche (und internationale) Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen, Studenten und Studentinnen, Institutionen und Organisationen, die zu baltikumsspezifischen Themen arbeiten, baltikumsspezifische Informationen benötigen oder an einer Kooperation interessiert sind. Wesentliches wissenschaftliches Umfeld des Berliner Sitzes des Zentrums ist die neben dem Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität und dem Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität im Frühjahr 1995 von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen dieser beiden Institutionen gegründete „Berliner Interuniversitäre Arbeitsgruppe Baltische Staaten“ (BIAB).

Seit dem Sommersemester 1998 lehrt pro Semester jeweils ein lettischer Gastdozent oder eine lettische Gastdozentin an den beteiligten Berliner Universitäten. Die baltikumsspezifischen Themen des Lehrangebots der lettischen Gastdozenten und -dozentinnen erfreuen sich bei den deutschen Studenten und Studentinnen beider Universitäten regen Interesses. Über die eigene Lehrtätigkeit hinaus, die gemeinsam mit den Lehrveranstaltungen anderer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Zentrums bzw. Mitglieder der BIAB eine sichtbare Repräsentierung baltikumsspezifischer Themen im Lehrangebot der Berliner Universitäten ermöglichen, nehmen die lettischen Gastdozenten und -dozentinnen an didaktischen Weiterbildungsveranstaltungen der Arbeitsstelle „Hochschuldidaktische Fortbildung und Beratung“ der Freien Universität teil, um eine praxisnahe Einführung in die für sie neuen, sich deutlich vom im Baltikum weiter vorherr-

schen Frontalunterrichtsstil mit mündlichen Abfrageprüfungen unterscheidenden, westlichen Lehrmethoden zu erhalten. Durch team-teaching in den von ihnen angebotenen Lehrveranstaltungen können die lettischen Gastdozenten und -dozentinnen die hier erworbenen Kenntnisse gemeinsam mit deutschen Kollegen und Kolleginnen umzusetzen versuchen.

Ebenfalls seit dem Sommersemester 1998 studieren pro Semester jeweils zwei weit fortgeschrittene lettische Gaststudenten oder -studentinnen (oder -doktoranden/-doktorandinnen) an den beteiligten Berliner Universitäten. Das Auslandssemester in Berlin nutzen diese vor allem zur Materialsammlung für ihre Magister- bzw. Doktorarbeiten.

Sowohl Gastdozenten und -dozentinnen als auch Gaststudenten und -studentinnen erhalten von der Volkswagenstiftung ein Stipendium für fünf bzw. sechs Monate. Betreut werden sie vom Berliner Sitz des Zentrums. Hier erhalten sie zunächst eine Einführung in das gesamte Berliner, gegebenenfalls deutsche wissenschaftliche Informationsangebot (Bibliotheken, Archive, Datenbanken, Lehrangebote etc.) und werden in deren Nutzung eingeführt. Bei Bedarf wird ihnen auch das für ein Studium bzw. die Lehre an einer westlichen Universität notwendige arbeitsmethodische Wissen, etwa in Hinblick auf die Anfertigung einer schriftlichen Arbeit, vermittelt. Semesterbegleitend stehen das Zentrum und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen den lettischen Dozenten, Dozentinnen, Studenten und Studentinnen in regelmäßigen Treffen, aber auch darüber hinaus für Informationen, Hilfestellungen und andere Betreuung zur Verfügung.

„Sozialwissenschaftliches Zentrum Riga-Berlin“

Projektleiter: Prof. Dr. Bernd Henningsen, Humboldt-Universität zu Berlin, Nordeuropa-Institut, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Bundesrepublik Deutschland, Tel.: ++49/030/20196625, Fax: ++49/030/20196626

Projektkoordinator: Prof. Dr. Manfred Kerner, Freie Universität Berlin, Fachbereich für Politik und Sozialwissenschaften, Arbeitsbereich Baltische Länder, Malteser Str. 74–100, 12249 Berlin, Bundesrepublik Deutschland, Tel.: ++49/030/7792231, Fax: ++49/030/7762082

Leiter des Rigaer Büros: Aigars Dāboliņš, Lātvijs Universitāte, Vācijās-Latvijas sociālzinātniskais centrs, Brīvības bulv. 31, 1050 Rīga, Republik Lettland, Tel. und Fax: ++371/2/7223747

Gastdozentenwohnung (Riga): Augusta-Deglava-Iela 53–4, 1035 Riga, Republik Lettland, Tel. und Fax: ++371/2/571168

Gottfried Hanne ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am FB Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Manfred Kerner ist Professor am FB Politik und Sozialwissenschaften der FU Berlin.

Pressemitteilung

Deutsch-lettische Zusammenarbeit in der Wissenschaft – Das Sozialwissenschaftliche Zentrum Berlin Riga (DeLaSSC) zieht erfolgreiche Zwischenbilanz

Eineinhalb Jahre nach seiner Gründung hat das „Sozialwissenschaftliche Zentrum Berlin – Riga“ am vergangenen Donnerstag seine erfolgreiche Zwischenbilanz der Öffentlichkeit präsentiert. Das Zentrum, das aus einer langjährigen Kooperation Berliner und Rigaer Politik- und Kulturwissenschaftler hervorging, wurde im Juli 1997 aus Mitteln der Volkswagenstiftung als Kooperation der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Berlin mit der Universität Lettlands in Riga ins Leben gerufen. Seitdem bemüht sich das Zentrum um den Ausbau, die Institutionalisierung und die Vertiefung der deutsch-lettischen Zusammenarbeit in den Sozialwissenschaften. Wie der Projektkoordinator des Zentrums, Prof. Dr. Manfred Kerner, in seinem Bericht mitteilte, entwickelte sich nach einer organisatorischen Aufbauphase seit dem Frühjahr 1998 ein intensiver, für beide Seiten nützlicher und gewinnbringender Austausch von lettischen und deutschen Dozenten sowie lettischen und deutschen Nachwuchswissenschaftlern und Studenten.

Von lettischer Seite nehmen zur Zeit Prof. Dr. Maija Kule, Direktorin des Instituts für Philosophie und Sozialwissenschaften an der Universität Lettlands und Mitglied der Akademie der Wissenschaften Lettlands, und Prof. Dr. Peteris Ozolins, Hochschullehrer für Politische Wissenschaft an der Universität Lettlands, zwei Kurzzeit-Gastdozenturen wahr. Beide halten – teilweise zusammen mit deutschen Kollegen, Lehrveranstaltungen und Gastvorträge zu verschiedenen lettland- und baltikumspezifischen Themen. Außerdem sind sie in ein Colloquium für Examenskandidaten und Doktoranden eingebunden, in dem sie gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen deutsche Studenten und Doktoranden betreuen. Beide lettischen Gastdozenten sowie zwei zur Zeit in Berlin ihre Examensarbeiten vorbereitende lettische Studentinnen zogen eine positive Bilanz sowohl ihres Aufenthalts in Berlin, als auch insbesondere der bisherigen Zusammenarbeit der drei beteiligten Universitäten und ihrer Mitarbeiter im Rahmen des Zentrums. Über die materielle Hilfe hinaus würdigten sie vor allem die fruchtbare inhaltliche und gute persönliche Zusammenarbeit.

Der Leiter des Projektes, Prof. Dr. Henningsen vom Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität, würdigte das Zentrum als eines der wenigen gut funktionierenden Wissenschafts-Kooperationen zwischen den Berliner Universitäten sowie zwischen Ost- und Westeuropa, Henningsen plädierte dafür, über die bisher begrenzten Ansätze der traditionellen Wissenschafts-Kooperationen hinaus die erfolgreiche deutsch-lettische Zusammenarbeit im Rahmen weiterer Kooperationsprojekte im gesamten Ostseeraum auf eine breitere Basis zu stellen.

Thomas M. Krüßmann

Privatisierung und Umstrukturierung in Rußland

Zur Rolle des Rechts als Instrument struktureller Wirtschaftsreform im Übergang zur Marktwirtschaft

1998, 646 S., kart., 118, DM, ISBN 3-87061-697-4

Christine Hüper

Unternehmenskauf in Rußland

Der Kauf von Unternehmensanteilen, Unternehmen und sonstigem Staatsvermögen im russischen Zivil- und Privatisierungsrecht

1998, 279 S., kart., 68,- DM, ISBN 3-87061-634-2

Joachim Lippott

Die Strukturreform der Rechte an technischen Erfindungen beim Übergang zur Marktwirtschaft

Die Entwicklung des Erfinder- und Patentrechts in Rußland, in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und in den baltischen Staaten

1998, 248 S., kart., 58,- DM, ISBN 3-87061-765-9

Jens Fischer

Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?

1998, 315 S., kart., 68, DM, ISBN 3-87061-737-3

Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.)

Serbiens Weg in den Krieg

Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung

1998, 526 S., kart., 58,- DM, ISBN 3-87061-694-6

Herwig Roggemann

Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Einführung • Rechtsgrundlagen • Dokumente Zweite, neubearbeitete und erweiterte Auflage.

1998, 470 S., kart., 28, DM, ISBN 3-87061-571-1

Herwig Roggemann

Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Ergänzungsband

Das Statut von Rom für den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof (ICC)

Mit einer Einführung

1998, 102 S., kart., 21,80 DM, ISBN 3-87061-638-5



BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH

Pappelallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de

Spätaussiedler aus der GUS: Sozialisation, Rollenbilder, Wertvorstellungen

von Renate Baum, Berlin

Im Frühjahr 1999 werden in der Reihe Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Spätaussiedler veröffentlicht. Vorab sei ein kurzer Überblick über den Inhalt gegeben.

Die **Sozialisation** der Rußlanddeutschen ist einerseits noch von den Vorgaben der sowjetischen Gesellschaft, andererseits von dem Wunsch geprägt, sich von der post-sowjetischen „Verrohung“ der Russen abzusetzen, und entspricht den Vorstellungen, die in Deutschland den über 60jährigen noch vertraut sind. In der mittleren und älteren Generation wird versucht, diese Tradition zu bewahren. Ein kleiner Teil der jüngeren Aussiedler scheint sich mit den hiesigen andersgearteten Verhältnissen anzufreunden.

Konservatives **Rollenverständnis** und -verhalten sind weitaus stärker verbreitet als unter deutschen Frauen und Männern. Das liegt zum Teil daran, daß weder in der sowjetischen noch in der postsowjetischen Gesellschaft Emanzipation tatsächlich stattgefunden hat. Aber auch die Gebundenheit an alte Traditionen spielt eine wesentliche Rolle.

Gravierend sind die Unterschiede in den **Moralvorstellungen** von Spätaussiedlern und Deutschen. Die Mehrheit der Rußlanddeutschen versucht, auch noch die Kinder in diesem Sinne zu beeinflussen. Hier ist die Entstehung familiärer Konflikte absehbar, denn Kinder und Ju-

gendliche, die hier aufwachsen, die Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren, werden sich früher oder später den freieren Umgangsformen der Deutschen anpassen wollen und damit auf den Widerstand der älteren Generation stoßen.

Die Abhängigkeit der Einstellungen von Geschlecht, Alter, Wohngemeinde im Auswanderungsland und Bildungsstand ist nicht so signifikant, wie man vielleicht vermuten könnte. Traditionsbewußtsein ist in allen Gruppen vorhanden und von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die „alten“ Werte gelten auch – noch – für den überwiegenden Teil der jüngeren und jungen Generation. Nur ganz vorsichtig scheint sich eine Veränderung im Denken der Jüngeren anzubahnen.

Die Integration der Spätaussiedler wird zusätzlich erschwert durch massive Probleme mit der deutschen Sprache, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung von seiten der deutschen Gesellschaft. Die Unterbringung in Wohnheimen und später konzentriert in Wohnkomplexen erweist sich als kontraproduktiv, denn sie führt dazu, daß man sich vorwiegend in den eigenen Kreisen bewegt und sich noch stärker von der fremden deutschen Gesellschaft abkapselt.

Renate Baum ist Mitarbeiterin im Dokumentationszentrum des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Buchankündigung: Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa

von Aloys Henning, Jutta Petersdorf, Berlin

In Kürze erscheint in der Reihe *Multidisziplinäre Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin* als Band 7: Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa, Europa litterarum artiumque scientiam communicans, hrsg. von Aloys Henning und Jutta Petersdorf, Wiesbaden: Harrassowitz 1998, 302 Seiten, 5 Tabellen, 7 Abbildungen, ca. 98 DM.

Der Sammelband enthält die Ergebnisse der 16. Ringvorlesung des Osteuropa-Instituts der FU Berlin im WS 1996/97. Nach einer Idee J. Petersdorfs verdankte sie ihr Konzept vielfältigen wissenschaftshistorischen Arbeitserfahrungen mit dem geographischen und kulturellen Raum, der gemeinhin *Osteuropa* genannt wird. Die 15 Beiträge des Bandes gelten vor allem Rußland und dem mittelosteuropäischen Raum. Neben der Wiedergabe originärer wissenschaftlicher Leistungen erweisen sie den mannigfaltigen Wissenstransfer als Paradigma euro-

päischer Geschichte, das zuletzt im 20. Jahrhundert mit dem Versuch, die Welt dualistisch zu spalten, ideologisch in Frage gestellt worden ist.

Unter Transferaspekten setzte die Ringvorlesung Diskussionen fort, die vom Arbeitsbereich Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts im September 1996 auf dem 1. Deutschen Wissenschaftshistorikertag in Berlin mit dem Workshop „Wissenstransfer Osteuropa – Westeuropa“ in Zusammenarbeit mit der Julius-Hirschberg-Gesellschaft (Deutschsprachige Vereinigung für Geschichte der Augenheilkunde) und deren Workshop „Wenden in der Augenheilkunde“ (vgl. BOI 7/1996, S. 26) begonnen wurden. Aktuellste Realität besaßen die dort referierten Augendruckmessungen bei der deutsch-russischen MIR-Mission 1992 wie auch im amerikanischen Space-Shuttle mit dem Autotonometer nach J. Draeger (Hamburg), die auf dem Meßprinzip von A. N. Maklakow aus dem Jahre

1885 beruhen. Transfers belegende grenzüberschreitende Wissenschaftsbeziehungen waren ebenso thematische Schwerpunkte der Vorlesungsreihe am Osteuropa-Institut. Daß sie mehrheitlich den Naturwissenschaften galt, liegt – soweit dies Rußland betrifft – am bevorzugten Praxisbezug der Reformen unter und nach Peter I. und an traditionellen Schwerpunkten deutscher wissenschaftsgeschichtlicher Forschung und Lehre.

H.-J. Torke hat im *Berliner Jahrbuch für Osteuropäische Geschichte* 1996/I (S. 101–120: *Moskau und sein Westen...*) die vielfältigen geisteswissenschaftlichen Transfers beschrieben, die im 17. Jahrhundert aus dem romanisch-katholischen Westeuropa über Krakau und Kyiv die Ruthenisierung der Moskauer Kultur bewirkten. Sie schufen die Basis für die Petrinischen Reformen zu Beginn des 18. Jahrhunderts und fundamentierten den Absolutismus in Rußland. In seinem Eröffnungsbeitrag *Zur Geschichte der rußländischen Geschichtswissenschaft* zeichnet Torke das Bild einer lebendigen rußländischen Geschichtsschreibung, die aber im 20. Jahrhundert lange Zeit von Ideologen behindert wurde, für die allein der Gedanke an Wissenstransfer schon Sünde genug war. Dabei fußen ihre professionellen Anfänge 1725 an der russischen Akademie der Wissenschaften auf „Wissenschaftstransfers par excellence“.

Dem historiographischen Ansatz folgen die weiteren Beiträge chronologisch gereiht. Die Nutzbarmachung westeuropäischer lateinischer Lehrbücher der Medizin für die Ausbildung russischer Wundärzte seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in *Zur Frühgeschichte der medizinischen Bildung in Rußland: Die Formierung der russischen Medizinalsprache bis 1761* von A. Henning ist exemplarisch für Wissenstransfers. Auch im 19. Jahrhundert bleibt die Medizin die Disziplin, in der sich wissenschaftliche Eigenleistung und Transfer besonders spiegeln, so in *Deutsche Einflüsse bei der Etablierung der Psychiatrie in Rußland im 19. Jahrhundert* von N. Decker und bei I. Kästner, *Die Bedeutung deutschsprachiger Länder für die Ausbildung der ersten russischen Ärztinnen*, verstärkt noch durch den von russischen Frauen erkämpften Zugang zu akademischer Bildung. Ihr Kampf wurde vom Multitalent Aleksandr Borodin unterstützt. Diesem, vor allem aber Borodins originären und Transferleistungen als Musiker, Chemiker und Hochschullehrer gilt B. Zaddach-Dudeks Beitrag *A. P. Borodin – russischer Musiker und Naturwissenschaftler*.

In *Die Geburt der tschechischen Naturwissenschaft: J. E. Purkinje und seine deutschen Kollegen* beschreibt J. Janko naturwissenschaftliche wie sprachliche Transfers im Zuge der Emanzipation der tschechischen Nation. Sein Beitrag berührt die Vorgeschichte der Teilung der Prager Karl-Ferdinands-Universität, die zum Verblasen des Deutschen als einer lingua franca der Wissenschaft beitrug. H. Laitko schildert in *Ernst Mach – Gelehrter in der multinationalen Donaumonarchie* das Lebenswerk seines Protagonisten, oszillierend zwischen

Physik, Sinnesphysiologie, Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsgeschichte im spannungsgeladenen Österreich-Ungarn nach der gescheiterten Revolution von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg. Die zunehmende Polarisierung zwischen Deutschen und Tschechen ließen Mach 1884 als Rektor der deutschen Karl-Ferdinands-Universität in Prag vorzeitig aus dem Amt scheiden. R. Zott macht multinationale Spannungsfelder analog deutlich am deutsch-baltischen Chemiker *Paul Walden – Wissenschaftler zwischen den Kulturen*.

Russische Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts widerspiegelt A. Vogts Beitrag *Von Petersburg nach Moskau: Zur Geschichte der russisch-sowjetischen Mathematik zwischen 1850 und 1875*, der intensive Beziehungen der russischen mathematischen Forschung mit Berlin und Paris aufzeigt. Diffiziler als bei der Institutionengeschichte erscheint in J. Richters *Lues – Lamas – Leninisten: Karl Wilmanns' Tagebuch einer Reise durch Rußland im Sommer 1926* der Transfer-Kontext anhand von Reisenotizen über die deutsch-sowjetische Expedition zur Syphilis-Epidemiologie in die Burjatische Republik 1926. Willmanns Aufzeichnungen partiell vergleichbare Hinweise auf Furcht vor Öffentlichkeit enthält auch J. Petersdorfs Beitrag *Soveršenno sekretno: Lenins Krankheit und Tod als Gegenstand geheimer Parteidokumente*. Ein weiteres Kapitel stalinistischer Wissenschaftsgeschichte schlägt W. v. Meurs auf, der am Beispiel *Nikolaj Marrs* aus Wissenschaft Wahnsinn extrapoliert. Zum letzten gehört ebenso der angstgeschüttelte Bedarf militärisch-technischer Komplexe und ideologischer Gesellschaftskonzepte an destruktiven Technologien, wovon H. Kant einen Ausschnitt skizziert in *Der Weg zu Stalins Bombe: Zur Organisation und Entwicklung der physikalischen Wissenschaften von der Oktoberrevolution bis zum Ende der 40er Jahre*.

Die Veränderungen von Wissenschaft und Technik in Mittel- und Osteuropa im Verlauf des Transformationsprozesses von W. Meske zeigen Notwendigkeiten für zukünftige Wissenschaftssysteme auf. Ihre Zielsetzungen sind, bezogen vor allem auf die osteuropäische Vergangenheit, für die nahe Zukunft auf stark reduziertes Einsatzpotential abzustellen. Die Herausgeber hoffen, daß diese Veröffentlichung mit der Skizzierung von Vielfalt und Bedeutung europäischer Kulturgeschichte und ihrer Schattenseiten auch Hinweise für Erfordernisse der Zukunft gibt.

Dr. med. Aloys Henning war bis Februar 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Dr. sc. phil. Jutta Petersdorf ist Oberassistentin am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Buchankündigung: Osteuropa zwischen Integration und Differenz

von Heiko Hänsel, Dietmar Müller, Berlin

Mit dem Sammelband *Osteuropa zwischen Integration und Differenz* erscheint in Kürze die vierte Veröffentlichung, die im Rahmen des multidisziplinären Graduiertenkollegs „Die Umgestaltungsprozesse der gesellschaftlichen Systeme in Ost- und Südosteuropa seit den 80er Jahre und ihre historischen Grundlagen“ am Osteuropa-Institut der FU entstand.

Im ersten Teil des Bandes setzen sich die Autoren mit Aspekten der Integration ostmittel- und osteuropäischer Staaten und Regionen in westliche Wirtschafts- und Sicherheitssysteme auseinander. Włodzimierz Borodziej, Professor am Historischen Institut in Warschau, zieht eine Zwischenbilanz: *Polen acht Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. In einem impliziten Vergleich mit der Zwischenkriegszeit kommt der Autor für das gegenwärtige Polen zu einem positiven Fazit. Es haben nach 1989 keine den Staat destabilisierenden Grenzveränderungen stattgefunden, das politische Klima wird nicht durch nationale Gegensätze vergiftet und das parlamentarische System erweist sich als stabil. An dieser Einschätzung kann auch die Polarisierung der Parteien in ein ex-Solidarność und ein ex-PVAP Lager sowie die ungefestigten Parteienstrukturen nichts Wesentliches ändern.

Vladimir Handl, der am Institute for German Studies an der University of Birmingham tätig ist, betrachtet die *Einbindung der mittelosteuropäischen Staaten in die westeuropäischen Sicherheitssysteme* unter der Fragestellung, ob diese einen Beitrag zur gesamteuropäischen Sicherheit leisten oder diese belasten. Nach einer ausführlichen Bedrohungsanalyse der mittelosteuropäischen Staaten sowie der bisherigen Integrations Schritte untersucht er die verschiedenen Risiken, die der Transformationsprozeß in sich birgt. Können die Staaten, die eine Integration anstreben, diese überhaupt finanzieren? Wie gestaltet sich das Verhältnis der NATO zu den Ländern, die auf absehbare Zeit keine Aufnahmechance in die gemeinsamen Sicherheitsstrukturen haben? Wird Rußland durch diese Prozesse marginalisiert oder gelingt eine einvernehmlich Zusammenarbeit?

Iris Tschöppe, Mitglied des Graduiertenkollegs von 1996–1997, beschäftigt sich anschließend mit einem konkreten regionalen Beispiel der Integration: *Der Westen, die Nato und die russische Region Kaliningrad*. Sie charakterisiert den Ostseeraum als Experimentierfeld der europäischen Einigung, in dem „nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein bemerkenswertes Geflecht der regionalen und staatlichen Zusammenarbeit geschaffen“ wurde. Kaliningrad kommt dabei als russischer Enklave in Ostmitteleuropa eine spezielle, insbesondere militärpolitische Bedeutung zu. Hinzutreten die wirtschaftlichen Möglichkeiten Kaliningrads, das als einzige Region der Rußländischen Föderation an zwölf EU-Programmen teilnimmt. Die lokalen Politiker haben die Bedeutung der

nachbarschaftlichen Kooperation erkannt und suchen den engen Kontakt zu Polen, Schweden und weiteren Ostseeanrainern. Das Fazit des Aufsatzes lautet, daß Kaliningrad als Bestandteil Rußlands nur eine Perspektive hat, wenn es sich in den baltisch-ostmitteleuropäischen Raum integriert.

Auch die Wirtschaftswissenschaftlerin Kathrin Pingel, von 1996–1997 Mitglied des Graduiertenkollegs, beschäftigt sich mit der *EU-Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten*. Die bisherigen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der EU mit den MOE-Staaten werden dargestellt und die Vorbedingungen für eine Vollmitgliedschaft der EU-Bewerber analysiert. Ein Schwergewicht legt die Autorin auf die Transformation, der sich die EU selbst durch die neuen Herausforderungen der 80er Jahre und die Osterweiterung unterziehen muß.

Diesen vier politikwissenschaftlichen Beiträgen folgen fünf Aufsätze, die unter dem Stichwort „Kulturelle Differenzierung“ zusammengefaßt sind. Alexandra Mey, Mitglied des Graduiertenkollegs von 1996–1997 und z. Z. Doktorandin, eröffnet diesen Teil mit dem Thema *Zur Sicht des Westens im Schaffen Édouard Limonovs in den 90er Jahren*. Limonov ist einem breiten russischen und westlichen Publikum durch seine kontroversen Romane seit dem Ende der siebziger Jahre bekannt (z. B. 1979 „Éto ja – Édička“, 1984 dt. unter dem Titel „Fuck off, Amerika“). Zunächst wendet sich Mey dem öffentlichen und publizistischen Wirken Limonovs in den neunziger Jahren zu. Der Schriftsteller kehrte aus dem westlichen Ausland zurück nach Moskau. Er schrieb Artikel für kommunistische und nationalistische Blätter, in denen er gegen die allzu kritische Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit polemisierte. Er gründete schließlich seine eigene Organisation, die National-Bolschewistische Partei, die „mit bolschewistischen wie nationalsozialistischen Losungen und Emblemen gleichermaßen operiert und sich in erster Linie an alle nonkonformistisch gestimmten Jugendgruppen: Anarchisten, Punker, Skinheads usw. wendet“. Danach analysiert Mey das Bild des Westens in einem Roman Limonovs aus den 90er Jahren: „Smert' sovremennych geroev“ (Tel Aviv 1992 und Moskau 1993). Der Westen wird gezeichnet durch die psychologische Charakterisierung dreier „Westler“, einer Engländerin, eines Kolumbianers und eines US-Amerikaners, die sich gemeinsam auf eine Venedigreise machen, auf der zwei von ihnen den Tod finden. Limonov verkündet den Tod des unheroischen Zivilisationsmodells, dem der Westen folgt.

Die Diskussion um die Neubestimmung der russischen Identität dokumentiert Kerstin Jule Reuter, am Graduiertenkolleg von 1994–1997. Im Mittelpunkt des Beitrages

Peter I. - Symbol gesellschaftlicher Reformen und/oder imperialer Macht? steht die russische Denkmalspolitik der 90er Jahre. „Die Fokussierung der Problematik am Beispiel des Denkmals verdeutlicht, wie stark es als kollektives Symbol fungiert, über das die Gegenwart ihr Verhältnis zur Vergangenheit und damit ihre Identität zu bestimmen sucht.“ Gegenstand der Kontroverse sind das Denkmal Peters von Zurab Cereteli in Moskau (1997) und das 1988 in New York entstandene und 1991 auf der Leningrader/St. Petersburger Peter-Pauls-Festung errichtet Denkmal des russischen Imperators von Michail Šemjakin.

Den Wandel des Bildes über den Westen in der Sowjetunion der 80er und frühen 90er Jahre veranschaulicht Tatjana Eggeling, Mitglied des Graduiertenkollegs 1996–1997, in *Imaginationen des kapitalistischen Auslandes in der sowjetischen Jugendpresse*. Das klischeehafte Bild vom verkommenen Westen ändert sich Mitte der 80er Jahre dramatisch. An seine Stelle treten differenzierte Berichte, die nach dem Ende von Glasnost‘ und Perestrojka in einen entpolitizierenden Diskurs münden.

Den *Barrieren für die Interkulturelle Kommunikation im Integrationsprozeß* und deren Überwindung widmet sich Juliana Roth vom Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde an der Universität München. Als Beispiel dient ihr das russisch-deutsche Verhältnis. Am Beginn der Kommunikation steht häufig die Vorstellung der (Geschäfts-) Partner, sie selbst handelten „richtig“, während sich ihr Gegenüber nicht von den eigenen kulturel-

len Beschränkungen lösen könne. Die Fremd- und Eigenwahrnehmung beider Seiten wird dargestellt und einer Kritik unterzogen.

Hans-Christian Maner, Mitglied des Graduiertenkollegs 1996–1997, dokumentiert die Debatte um den „*Europäismus*“ in Rumänien in den 90er Jahren, und fragt, ob sich in der vielschichtigen und komplexen rumänischen intellektuellen Debatte der „Europäismus“ als eine Art neuer Ideologie herausbilde. Der Spannungsbogen der Auseinandersetzung reicht von der Gleichsetzung der Modernisierung mit Europäisierung bis hin zu antiwestlichen Klischees, wie z. B. die Bewertung des Nato-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ als eine erneute Ausgrenzung Rumäniens aus Westeuropa. „Die Debatten in Rumänien“ – so Maner – „spiegeln in ihren unterschiedlichen Ansätzen und Prämissen zugleich die Vielfalt Europas wider und können demnach auch als Teil des europäischen vielstimmigen Konzerts gesehen werden.“

Heiko Hänsel studiert Osteuropastudien, Ost- und Südosteuropäische Geschichte und Neuere deutsche Literatur.

Dietmar Müller ist M. A. für Osteuropastudien und Ost- und Südosteuropäische Geschichte.

Osteuropa zwischen Integration und Differenz. Probleme europäischer und kultureller Differenzierung, hrsg. von Holm Sundhaussen, Peter Lang Verlag Frankfurt/M. u.a. 1999, ca. 65 DM.

Tagungsband: Eliten in Südosteuropa

von Holm Sundhaussen, Berlin

Die Geschichte Südosteuropas im 19./20. Jh. wurde maßgeblich geprägt durch die Staats- und Nationsbildungsprozesse, die damit verbundene Ablösung der alten multiethnischen Imperien durch junge Nationalstaaten und die völlige Umgestaltung der politischen Landkarte in mehreren Schüben. Sie wurde ferner geprägt durch die tiefe – konfliktreich und widersprüchlich verlaufene – Transformation aller Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens im Anschluß an die jeweilige Staatsbildung und die großen Erschütterungen, die auch die Geschichte des übrigen Europa im 20. Jh. aufgewühlt haben. In allen diesen Ein- und Umbrüchen haben Eliten eine Schlüsselrolle gespielt: Im Kampf um die Neuverteilung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ressourcen, in den Auseinandersetzungen um die Dekonstruktion, Neukonstruktion oder Rekonstruktion von Tradition, in den Konflikten über Ziele, Ausmaß und Tempo der Modernisierung, über Import und Adaption neuer (westlicher) oder Bewahrung bzw. Ausbau überlieferter (indigener) Institutionen.

Je undifferenzierter die südosteuropäischen Gesellschaften zu Beginn dieser säkularen Umgestaltungsprozesse waren und je schärfer sich das Spannungsverhältnis zwischen dem Istzustand und den „Verheißungen“ der Zukunft gestalteten, desto größer war der Einfluß der Eliten. Die Nicht-Eliten wurden in die Rolle von Zuschauern, Leidtragenden, Objekten gedrängt. Gesellschaft als nicht-staatliche, von Bürgern getragene Veranstaltung hat es in Südosteuropa während des 19./20. Jh. allenfalls in Ansätzen gegeben. Die Eliten waren lange Zeit die eigentlichen (und nahezu ausschließlichen) Akteure der Umgestaltung. Sie waren es, die Geschichte auf dem Rücken der Nicht-Eliten machten, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Nation deuteten, die die Regeln für die nationale und schichtenspezifische Inklusion und Exklusion definierten, die bestimmten, wer Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen erhielt, wer dazugehörte, wer draußen blieb, was richtig oder falsch war usw.

Wer waren diese Leute? Wie kamen sie zu Macht und Einfluß? Gab es typische Karriereverläufe? Woher be-

zogen die Eliten ihre Leitbilder? Wie legitimierten sie sich und ihre Macht? Wie erfüllten sie ihre Funktionen? Diese und viele andere Fragen standen im Zentrum der 37. Internationalen Hochschulwoche, die von der Südosteuropa-Gesellschaft (München) in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing vom 6.–10. Oktober 1997 veranstaltet wurde. Die wissenschaftliche Leitung der Tagung lag bei Professor Dr. Wolfgang Höpken (Universität Leipzig) und Professor Dr. Holm Sundhaussen (Osteuropa-Institut der FU Berlin). Der vorliegende Band enthält die überarbeiteten Referate der Tagung in Tutzing.

Aus dem Inhalt:

H. Sundhaussen: Eliten, Bürgertum, politische Klasse? Anmerkungen zu den Oberschichten in den Balkanländern des 19. und 20. Jh.; A. Sterbling: Elitenwandel in Südosteuropa: Einige Bemerkungen aus elitentheoretischer Sicht; F. Adanir: Nicht-muslimische Eliten im Osmanischen Reich; W. Höpken: Zwischen Bürokratie und Bürgertum: „Bürgerliche Berufe“ in Südosteuropa; M. Georgieva: Unternehmer, Staat und Politik: Zur Rolle der Wirtschaftseliten in Bulgarien 1878–1941; D. Stojanovic: Party Elites in Serbia 1903–1914: Their Role, Style of Ruling, Way of Thinking; A. Habibi: Politische Eliten und Klientelismus: Albanien in der Zwischenkriegszeit;

F. Papoulia: Bürgertum in Griechenland: Bürgerliches Selbstverständnis in der Kontroverse – Die Diskurse der Zwischenkriegszeit; M. R. Sorin: Die „überlebte“ Elite: Rumänische Aristokratie in der Zwischenkriegszeit; I. Livezeanu: Nationalist Ideology and the Circulation of Elites in Greater Rumania; M. Bjelajac: Military Elites – Continuity and Discontinuities: The Case of Yugoslavia, 1918–1980; R. Dimitrov: Die bulgarische Elite: Der brüchige Übergang von der Intelligenzija zu Expertentum; J. Roth: Die Intelligenz als „verlorene Elite“: Intellektuelle Diskurse in Bulgarien 1990–1996; N. Zakosek: Elitenwandel in Kroatien 1989–1995; A. U. Gabanyi: Neue Wirtschaftseliten in Rumänien: Von der Nomenklatura zur Oligarchie; Cs. Machos: Eliten im postsozialistischen Ungarn.

Holm Sundhaussen ist Professor für Südosteuropäische Geschichte und Institutsratsvorsitzender des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuität, Brüche in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Höpken und Holm Sundhaussen, München: Südosteuropa-Ges. 1998. 351 S. (Südosteuropa-Jahrbuch 29.) (DM 80.-)

Forschen und Lernen im globalen Dorf

von Ellen Krause, Tübingen

Der vereinzelte Wissenschaftler, der einsam an seinem Schreibtisch hinter einem Stapel Bücher sitzt und nur im Dialog mit sich selbst eine neue Publikation verfaßt, ist ein Relikt, das den modernen Möglichkeiten und Anforderungen der Wissenschaft nicht mehr entspricht. In Zeiten der Globalisierung müssen die Wissenschaftler die Grenzen ihres Herkunftslandes ebenso überwinden wie den Rahmen ihrer Disziplin. Noch vor wenigen Jahren galt ein Wissenschaftler schon als international beschlagen, wenn er oder sie zu Studienzwecken ein Jahr im Ausland verbracht hatte. Damit ist es heute nicht mehr getan. Wissenschaftler sollten permanent in inter- oder besser multinationalem Kontakt stehen. Dazu stehen heute einfache und schnell arbeitende Kommunikationsmedien zur Verfügung. Gleichzeitig ist die persönliche Begegnung und der direkte Austausch weiterhin unersetzbar.

Das Internationale Zentrum (IZ) – ein Zusammenschluß von 17 Universitäten in den USA und in Europa – bietet einen sehr attraktiven Rahmen für die Ansprüche des modernen Akademikers. Jeden Sommer organisiert das Internationale Zentrum multinationale Konferenzen für jun-

ge Wissenschaftler aus ganz Europa und den USA. Beginnend mit dem kommenden Sommer werden erstmals Programme für Doktorandinnen und Doktoranden stattfinden.

Während der zweiwöchigen Sommerschule werden Studenten aus Ost- und Westeuropa zusammentreffen und ihre Dissertationsprojekte diskutieren, moderiert von einer internationalen Gruppe reputierter Wissenschaftler. Diese Koordinatoren werden selbst Vorträge zum Themenkomplex halten und für Einzelberatungen zur Verfügung stehen. Sie werden die qualifiziertesten Doktoranden der Gruppe zu einem weiteren mehrwöchigen Aufenthalt an einer Heimatuniversität der Koordinatoren laden.

1999 werden solche Sommerschulen in der Politikwissenschaft und in der Philosophie stattfinden. Die Politikwissenschaftler werden in englischer Sprache über „Value orientation, authoritarianism and the understanding of pluralist democracy“ debattieren. Die Philosophen werden den Fokus ihrer Arbeiten auf „Metaphysik und Metaphysikkritik in der fortgeschrittenen Moderne“ legen und auf deutsch diskutieren.

Beide Veranstaltungen werden an einer traditionsreichen Universität in Deutschland stattfinden – in Tübingen, der Wirkungsstätte vieler bekannter Philosophen.

Das Spektrum der vom IZ veranstalteten internationalen Konferenzen ist breit. Die Sommerakademie 1999 wird mit einem Seminar in Prag über „Environmental Health“ eröffnet. Im August findet dann ebenfalls in Tübingen ein Seminar zu „Computational Linguistics and Represented Knowledge“ statt. Legale Aspekte und Anpassungserfordernisse der „Osterweiterung der Europäischen Union“ werden das Thema eines Symposiums in Prag sein. In einem weiteren Symposium zur Osterweiterung der Europäischen Union (in Tübingen) werden neben den juristischen Aspekten auch die politischen und kulturellen Bedingungen wissenschaftlich erörtert.

Die Sommerakademie des Internationalen Zentrums wird in diesem Jahr durch ein internationales Symposium in Warschau zu Status und Ergebnissen der „Gender Studies in Osteuropa“ abgeschlossen.

Kosten für die Konferenzteilnahme, Unterkunft und Verpflegung werden vom Internationalen Zentrum über Stiftungsgelder gestellt; zu den Reisekosten kann ein Zuschuß gewährt werden.

Für die beiden Doktorandenprogramme und das Seminar zu „Environmental Health“ läuft die Bewerbungsfrist bis zum 31. März, für alle weiteren Veranstaltungen bis zum 30. April 1999.

Dr. Ellen Krause ist Referentin am Internationalen Zentrum und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

Auskunft über die genaueren Inhalte und Bewerbungsformulare erhalten Sie über die homepage des Internationalen Zentrums oder Sie wenden sich direkt an die Geschäftsstelle:

Internationales Zentrum, Universität Tübingen
Wilhelmstr. 20B, D-72074 Tübingen
Tel.: (0049) 7071 / 297 7352 oder 297 4156
Fax: (0049) 7071 / 29 5989
email: iz@uni-tuebingen.de
homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/IZ>

Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts

Holm Sundhaussen (Hg.) *Was ist Osteuropa?*
Erstes Colloquium des Osteuropa-Instituts, 1/1998

In diesem Heft:

Osteuropa, Südosteuropa, Balkan: Überlegungen zur Konstruktion historischer Raumbegriffe (Holm Sundhaussen)

Was ist Osteuropa? Zu einer Historiker-Debatte zwischen den Weltkriegen und danach (Hans-Joachim Torke)

Einige konzeptionelle Überlegungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (Klaus Segbers)

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge und können gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut, Garystr. 55, 14195 Berlin
<http://userpage.fu-berlin.de/~oei/>

Von Böhmisches Dörfern zur Tschechischen Avantgarde

von Milena Büchs, Berlin

Berlin Mitte – Jerusalemer Straße. Die großen Fenster gebieten Einblick in den schlichten, etwas kühl anmutenden Ausstellungsraum des Tschechischen Zentrums. Was hier und im darüberliegenden Stockwerk – auf weiterer Ausstellungsfläche und im Kino-/Veranstaltungssaal mit seinen blau-bezogenen Stuhlreihen – zu sehen und zu hören ist, spiegelt – wenigstens ausschnittsweise – die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse der Tschechischen Republik (bzw. der damaligen ČSSR) wieder: Das 1955 gegründete Zentrum (damals trug es noch den Namen „Kultur- und Informationszentrum der ČSSR“) untersteht dem tschechoslowakischen Außenministerium (bzw. bis zu den Umwälzungen dem Kulturministerium) – doch was von diesem vor 1989 nicht erwünscht war, wäre auch für die Öffentlichkeit der damaligen DDR unter Verschluss gehalten worden. Seit dem Zusammenbruch des „real existierenden“ Sozialismus können sich die einzelnen Tschechischen Zentren – von denen es 14 in Europa gibt – eines größeren Handlungsspielraumes erfreuen. Die Programmreferentin des Tschechischen Zentrums in Berlin, Christina Frankenberg, fährt heute selbst in die Tschechische Republik, um dort Kontakte zu Künstlern, Autoren oder Regisseuren zu knüpfen.

Verändert hat sich seit der Wende aber nicht nur das Programm. Auch um das Publikum mußte neu geworben werden, das

Interesse der Ostberliner an dem Zentrum hatte kurz nach dem Fall der Mauer eine schnelle Talfahrt angetreten. Im Zusammenhang mit den Veränderungen ist noch zu erwähnen, daß sich 1993 mit der Teilung der Tschechoslowakei das Slowakische Zentrum vom Tschechischen trennte und einige Häuser weiter eigene Veranstaltungsräume bezog. (Von den damals fast 50 Mitarbeitern bleiben dem Tschechischen Zentrum heute noch achteinhalb Mitarbeiterstellen.)

Das Tschechische Zentrum versteht sich als Anlaufadresse für alle an der Tschechischen Republik Interessierten. So werden Arbeiten zeitgenössischer tschechischer KünstlerInnen ausgestellt, es gibt Theateraufführungen, Konzerte und Podiumsdiskussionen. Auf dem monatlichen Programm stehen immer einige Filme – sowohl moderne als auch dokumentarische oder zeitgeschichtliche. Denn neben Kulturellen beinhaltet das Programm des

Tschechischen Zentrums auch politische und geschichtliche Themen, im September war beispielsweise der Prager Frühling ein Veranstaltungsschwerpunkt. Außerdem werden häufig KünstlerInnen und AutorInnen eingeladen, die der ehemaligen Opposition angehörten und die in ihren Werken die Erfahrungen unter einem repressiven Regime – von Publikationsverboten bis hin zu Inhaftierungen – verarbeiten. In der Bibliothek des Hauses finden Neugierige Literatur in tschechischer und deutscher Sprache, Bücher und Zeitschriften zu Politik, Wirtschaft, Geschichte, Landeskunde und einiges mehr. Außerdem bietet das Zentrum verschiedene (und verhältnismäßig günstige) Sprachkurse an, darunter auch das Bohemicum/Slovacicum, das gemeinsam mit der Humboldt-Universität zu Berlin und der Karlsuniversität Prag veranstaltet wird. Das nächste Bohemicum/Slovacicum findet vom 13.–24.9.99 mit dem thematischen Schwerpunkt des zehnten Jahrestages der Samtenen Revolution statt.

Als nächste ausgesprochen frauenspezifische Veranstaltung kann auf die Ausstellung „Körper als Beweis“ hingewiesen werden, an der neun tschechische und slowakische Künstlerinnen beteiligt sind (3.9.–8.10.99).

Vom 14.–16. 4.99 führt die Leipziger Spielgemeinde Vaclav Havels Theaterstück „Die Benachrichtigung“ im Tschechischen Zentrum auf, und bis zum 30.4.99 kann

noch die laufende Ausstellung besucht werden, die bei einem Wettbewerb prämierte Werke tschechischer Architektur zeigt.

Die Veranstaltungen finden in der Regel in deutscher Sprache statt, für Sprachkundige ist einmal im Monat ein tschechischer Film in Originalfassung zu sehen. Weitere Programmhinweise finden sich im monatlich erscheinenden Faltblatt des Zentrums.

Tschechisches Zentrum, Leipziger Str. 60, Eingang: Jerusalemer Straße, 10117 Berlin-Mitte, Tel.: 208 2592. Bibliothek und Information Montag – Freitag 13.00–18.00 Uhr

Milena Büchs ist Studentin der Soziologie an der FU Berlin.



Tschechisches Zentrum

Foto: Katja Trenkler

Gender in Transition in Eastern and Central Europe

Berlin 9. – 11.12.1999

Thursday, 9 December 1999

- Welcome Adress
- 16:30 Hildegard Maria Nickel (Academic Director of the Center for Interdisciplinary Women's Studies, Humboldt University Berlin): Gender in Transition
- Opening Lecture
- 17:15 Birgit Sauer (University of Vienna): "Normalized Masculinities": Constructing Gender in Theories of Political Transition
- 18:15 Reception

Friday, 10 December 1999

- 9:15 Official Opening
- 9:30 – 11:30 Keynote Lecture
Peggy Watson (University of Cambridge): Theorizing Feminism in Postcommunism
- Keynote Lecture
Jirina Smejkalová (Czech Republic/Durham University): Gender as a Category of the Post-Cold-War Studies
- Coffee Break
- 11:45 – 12:45 Keynote Lecture
Irene Dölling (University of Potsdam): 10 Years After: A Review of the East German Research on Women's and Gender Studies
- Lunch Break
- 14:15 – 17:00 Discussion in Sessions (I – IV)
I. Feminist Perspectives and National Identities
II. Feminist Theory and the Public-Private-Debate
III. The Changing Labour Market: Structures and Prospects
IV. Institutionalization of Women's and Gender Studies

Saturday, 11 December 1999

- 9:30 – 11:30 Keynote Lecture
Christine Kulke (Technical University Berlin): Impacts of Globalization on Gender Politics and Gender Arrangements
- Keynote Lecture
Valentine M. Moghadam (Illinois State University): Gender, National Identity, and Citizenship
- Coffee Break
- 11:45 – 12:45 Keynote Lecture
Barbara Einhorn (University of Sussex): Gender and Citizenship in the Context of Democratisation and Economic Transition in East Central Europe
- 14:15 – 17:00 Discussion in Sessions (V – VIII)
V. Feminist Perspectives and National Identities
VI. Feminist Theory and the Public-Private-Debate
VII. Construction of Identities, Images of Women
VIII. Institutionalization of Women's and Gender Studies
- 17:00 – 18:00 Round Table: Comments, Questions, Suggestions
- 18:00 End of the Conference

Session I (Friday, 14:15 – 17:00)*Feminist Perspectives and National Identities*

Ellen KRAUSE (University of Tübingen, International Center): "The State is a Man who protects the Nation" – Gender Relations, and the Concept of State and Nation in Eastern and Central Europe

Joanna REGULSKA (Rutgers University): Gendered Integration of Europe: New Boundaries of Exclusions

Victoria DE FRANCISCO/Letitia TAPIA (University of Northern Iowa): Western Feminist Concepts to Understanding Ethnic and National Conflicts in Eastern Europe

Session II (Friday, 14:15 – 17:00)*Feminist Theory and the Public-Private-Debate*

Libora OATES-INDRUCHOVA (Czech Republic/Central European University Budapest):

Discourses of Femininity, Masculinity and Feminism pre- and post-1989

Zuzana KICZKOVA (Komensky University Bratislava): What Do we Need Feminist Theories for? Or the Private and the Public Revisited

Discussant: Sławomira WALCZEWSKA (Frauenstiftung eFKa Kraków)

Martina RITTER (University of Giessen): The Dynamics of Private and Public Sphere in Transforming Russia

Bożena CHOLUJ (University of Warsaw): Women's Friendships – Women's Antagonism. On the Significance of Rituals in Women's Public Lives

Session III (Friday, 14:15 – 17:00)*The Changing Labour-Market: Structures and Prospects*

Sabine SCHENK (z.Zt. Harvard University): Re-Construction of Gender Stratification. About Men, Women and Families in Changing Employment Structures

Iris PEINL (Humboldt-University Berlin): Setting-Off for a World of More Self-Determination? Women's Gainfull Employment in Service Industries

Elżbieta WOŹNIAKOWA (The Leisure and Quality of Life Institute Wrocław) / Krystyna ROGULSKA (The Active and Creative Women Association Wrocław): The Working and Leisure Time of Women as an Important Problem of Transition

Csilla KOLLONAY-LEKSCZY (angefragt) (Budapest): The Consequences of the Changing Labour Market in Hungary for Women

Session IV (Friday, 14:15 – 17:00)*Institutionalization of Women's and Gender Studies*

Dasa DUHACEK (angefragt) (Belgrade): Necessity of a Association of Gender Studies in Eastern and Central Europe

Irina ZHEREBKINA (State University Charkow): Women's Studies in Post-Soviet Totalitarianism – between Utopia of Institutionalization and Realpolitics

Irina NOVIKOVA (University of Latvia): East European Feminisms – in Rooms of Our Own? On the Problems of Feminist Theorizing and Integrating Women's/Gender Studies in the Baltics/Latvia

Katrin SCHÄFGEN (Humboldt-University Berlin): Gender Studies at Humboldt-University

Agnieszka GRAFF (University of Warsaw): Post-Diploma Gender Studies Course in Warsaw

Session V (Saturday, 14:15 – 17.00)*Feminist Theory and the Public-Private-Debate*

Rada IVEKOVIC (Yugoslavia/University Paris-VIII): Where Gender and "National/Ethnic" Difference Meet

Elena GAPOVA (University of Belarus): Production of Nationalist Discourses: Reinventing Men and Women?

Vlasta JALUSIC (Institute for Contemporary Social and Political Studies, Ljubljana): Ab/Using Rape to Reconstruct National Identities in Serbia and Bosnia

Zarana PAPIĆ (angefragt) (Belgrade): Nationalism, Patriarchy and War

Session VI (Saturday, 14:15 – 17:00)*Feminist Perspectives and National Identities*

Marilyn RUESCHEMEYER (Rhode Island School of Design): Participation of Women in Political Life in Eastern Europe: Some Recent Developments

Małgorzata FUSZARA (University of Warsaw): Political Participation of Women in Poland

Anca GHEAUS (Romania/Central European University Budapest): Feminism and the Public-Private Distinction in Romanian Politics

Maria ADAMIK (Eotvos Lorand University Budapest): The Big Promise – The Biggest Betrayal: Reconstruction of Female Identity Understate Socialism in Hungaria

Session VII (Saturday, 14:15 – 17:00)*Construction of Identities, Images of Women*

Christine EIFLER (University of Bremen): The Social Construction of Gender in the Military: Russian Women Serving in the Army

Iouliia GRADSKOVA (Russia/Kennan Institute for Advanced Russian Studies Washington): Soviet Woman Identity, or Does the History Matter?

Discussant: Larissa LISSJUTKINA

Katarzyna WIĘCKOWSKA (University of Toruń): Universal Women. The Production of Femininity in Popular Discourses

Krassimira DASKALOVA (University of Sofia): Discourses on Women in the Bulgarian Transition

Antonia WILCKE (Humboldt-University Berlin): Standing at the Crossroad? Life Concepts of Women in Present Day's Uzbekistan

Session VIII (Saturday, 14:15-17:00)*Institutionalization of Women's and Gender Studies*

Jirina ŠIKLOVA (Charles University Prague): The Status of Women's and Gender Studies at Universities in Post-Communist Countries: the Example of the Czech Republic. Experiences from the First Few Years after the Change

Zoja KHOTKINA (Russian Academy of Sciences, Center for Gender Studies): Gender Studies in Russia: Problems and Perspectives

Elena ZDRAVOMYSLOVA (angefragt) (Center of Gender Studies St. Petersburg)

Andrea PETO (Central European University Budapest): Discontinuity and Disruption.

Writing Women's History in Hungary

Christina CROWDER (European University Budapest/Gender Studies):

Melissa STONE (Network of East-West Women): What can Western Feminist Ideals Contribute to Evolving Global Education Models that Use New Media?

Die internationale wissenschaftliche Tagung „Gender in Transition in Eastern und Central Europe“, 9.–11. Dezember 1999 in Berlin, wird vom Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt Universität zu Berlin veranstaltet.

Nähere Informationen: Geschäftsstelle des ZiF, Sophienstr. 22a, 10178 Berlin, Tel.: 030/30882331, Fax: 030/30882216, email:frauenforschung=zif@rz.hu-berlin.de

Dr. Gabriele Jaehnert ist Geschäftsführerin am Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung; Initiierung und Betreuung von Forschungsprojekten und Herausgebertätigkeit.